



Plenarprotokoll

33. Sitzung

Mittwoch, 21. August 2013

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“.....

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/861

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1067

2637

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Landesstraßen und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013

2637

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/883

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1066

Modernisierungsprogramm: Fortschritt für Schleswig-Holstein....	2637	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/949	
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1059		Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/1034	
c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Sanierung und Instandhaltung von Landesstraßen.....	2637	Christopher Vogt [FDP], Bericht-erstatte.....	2637
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/927		Johannes Callsen [CDU].....	2638, 2671
		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	2640, 2661
		Christopher Vogt [FDP].....	2644, 2665
		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2649
d) Klares Bekenntnis zur festen Fehmarnbelt-Querung.....	2637	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	2652, 2671
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1010		Lars Harms [SSW].....	2655
		Hans-Jörn Arp [CDU].....	2659
		Wolfgang Kubicki [FDP].....	2660
		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2662
		Tobias Koch [CDU].....	2664
		Torge Schmidt [PIRATEN].....	2665
		Torsten Albig, Ministerpräsident... Christopher Vogt [FDP], zur Geschäftsordnung.....	2667 2673
e) Jütlandroute zukunftssicher entwickeln.....	2637	Beschluss: 1. Absetzung des Änderungsantrags Drucksache 18/1066 zu den Artikeln 2 und 3 2. Ablehnung der Anträge Drucksachen 18/1010, 18/1030 und 18/1047 3. Annahme der Anträge Drucksachen 18/1029 und 18/1069 4. Annahme der Beschlussempfehlung Drucksache 18/1034.....	2673
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1029			
f) Sperrung der Rader Hochbrücke: Verkehrsinfarkt in Schleswig-Holstein beseitigen.....	2637		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1030			
g) Nord-Süd-Verbindung sanieren und ausbauen.....	2637	Lokale Bündnisse für Familie in Schleswig-Holstein weiter stärken ..	2673
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1047		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1032	
h) Finanzierungsmöglichkeiten der westlichen Elbquerung der A 20	2637	Kinder und Familien stärken - Politische Priorität für Schleswig-Holstein.....	2673
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/832		Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1068	
Finanzierung der westlichen Elbquerung optimieren.....	2637		

Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	2673	Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN], Berichterstat- terin.....	2696
Dr. Gitta Trauernicht [SPD].....	2674	Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	2696
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2675	Daniel Günther [CDU].....	2697
Anita Klahn [FDP].....	2676	Martin Habersaat [SPD].....	2698
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	2677	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2699
Flemming Meyer [SSW].....	2678	Christopher Vogt [FDP].....	2701
Kristin Alheit, Ministerin für So- ziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....	2679	Sven Krumbek [PIRATEN].....	2702
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1032		Jette Waldinger-Thiering [SSW]..	2703
2. Annahme des für selbstständig erklärten Antrags Drucksache 18/1068.....	2681	Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 18/710 in der Fassung der Drucksache 18/1037.....	2704
Ortung von Bürgern durch nicht individualisierte Funkzellenabfra- gen in Schleswig-Holstein.....	2681	Erste Lesung des Entwurfs eines Anerkennungsgesetzes Schleswig- Holstein.....	2704
Große Anfrage der Fraktion der PI- RATEN Drucksache 18/244		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/994	
Antwort der Landesregierung Drucksache 18/1021		Birgit Herdejürgen [SPD], zur Ge- schäftsordnung.....	2704
Andreas Breitner, Innenminister....	2681	Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss, den Bildungs- ausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	2705
Uli König [PIRATEN].....	2683	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Polizei- organisationsgesetzes.....	2705
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	2686, 2695	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/1019	
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	2687, 2694	Andreas Breitner, Innenminister....	2705
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2689	Astrid Damerow [CDU].....	2705
Wolfgang Kubicki [FDP].....	2691	Simone Lange [SPD].....	2706
Lars Harms [SSW].....	2693	Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2707
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	2694	Dr. Heiner Garg [FDP].....	2707
Beschluss: Überweisung der Antwort der Landesregierung Drucksache 18/1021 an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließen- den Beratung.....	2695	Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	2708
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Hoch- schulgesetzes	2695	Lars Harms [SSW].....	2708
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/710		Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss.....	2709
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 18/1037			

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 13. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Ich hoffe, dass Sie alle eine angenehme und erholsame Sommerpause hatten.

Ich teile Ihnen mit, dass der Kollege Jürgen Weber von der SPD-Fraktion erkrankt ist. - Wir wünschen ihm gute Besserung!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 3, 7, 10, 19, 36, 37 und 39 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 4, 11, 41, 42 und 43.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 2, 18, 22, 23, 32, 38, Gesetzentwürfe zur Sanierung von Landesstraßen, Anträge zur Verkehrssituation an der Rader Hochbrücke, zur Fehmarnbelt-Querung und zur Elbquerung, und die Tagesordnungspunkte 13 und 34, Sicherung von bezahlbarem Wohnraum.

Anträge zu einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 13. Tagung. Wir werden heute und am Donnerstag jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist eine einstündige Mittagspause von 13 bis 14 Uhr vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, wir werden entsprechend verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer der Marineunteroffizierschule in Plön und Schülerinnen und Schüler des Wolfgang-Borchert-Gymnasiums Halstenbek. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2, 18, 22, 23, 32 und 38 auf:

(Präsident Klaus Schlie)

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/861

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1067

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Landesstraßen und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/883

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1066

Modernisierungsprogramm: Fortschritt für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1059

c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Sanierung und Instandhaltung von Landesstraßen

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 18/927

d) Klares Bekenntnis zur festen Fehmarnbelt-Querung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1010

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1069

e) Jütlandroute zukunftssicher entwickeln

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1029

f) Sperrung der Rader Hochbrücke: Verkehrsinfarkt in Schleswig-Holstein beseitigen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1030

g) Nord-Süd-Verbindung sanieren und ausbauen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1047

h) Finanzierungsmöglichkeiten der westlichen Elbquerung der A 20

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/832

Finanzierung der westlichen Elbquerung optimieren

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/949

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 18/1034

Zum Tagesordnungspunkt „Westliche Elbquerung“ erteile ich dem Herrn Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Christopher Vogt, das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident, ich verweise auf die Drucksachen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Berichterstatter, wir danken Ihnen für die ausführliche Berichterstattung. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Wird das Wort zur Begründung der Anträge gewünscht? - Das ist auch nicht der Fall. Ich denke, wir werden bei der Worterteilung folgendermaßen verfahren: Die CDU hat als stärkste Fraktion als erste Fraktion das Wort, da die erste Lesung der Gesetzentwürfe mit Aussprache erfolgte. Ferner ist sie Antragstellerin zu d) und f). Dann folgen die SPD mit dem Antrag zu e), die FDP mit dem Antrag zu g) und dann die Fraktionen nach Stärke. Im Anschluss daran erhält die Landesregierung das Wort.

Ich eröffne die Aussprache. Ich erteile dem Herrn Oppositionsführer und Abgeordneten Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit vier Wochen versinkt Schleswig-Holstein im **Verkehrschaos**. Seit vier Wochen stehen Pendler, Transport- und Logistikunternehmen sowie Touristen regelmäßig im Stau, wenn sie über den Nord-Ostsee-Kanal hinaus wollen. Weniger als anderthalb Kilometer Brücke und Straße sind zu einem Riesenproblem für dieses Land geworden; für die Pendler, für die Touristen und für die Wirtschaft. Egal ob sie aus Schleswig-Holstein, aus Dänemark oder aus anderen Bundesländern oder den benachbarten EU-Staaten kommen: Die Teilspernung der **Rader Hochbrücke** bremst alle aus. Ich sage auch mit Blick auf meine Herkunft: Gerade für den Landesteil Schleswig und die Verbindung nach Skandinavien ist das eine ausgesprochen dramatische Situation.

(Beifall CDU und vereinzelt PIRATEN)

Herr Dr. Tietze, es ist schön, dass auch Sie gemerkt haben, dass der Zustand unserer Brücken miserabel ist. Es ist schön, dass für Sie die Rader Hochbrücke für ein Wegducken bei den Verkehrsinvestitionen steht. Diese Weisheit hätte ich mir allerdings von den Grünen gewünscht, als Verkehrsminister auf Bundesebene, Verkehrsminister der SPD, es über ein Jahrzehnt - bis 2009 - nicht geschafft haben, ausreichende Mittel für die Brückeninstandsetzung bereitzustellen:

(Beifall CDU und FDP - Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Müntefering nicht, Klimmt nicht, Bodewig nicht, Stolpe nicht und Tiefensee schon gar nicht. Es gab fünf SPD-Bundesverkehrsminister in zehn Jahren.

Alle sind gescheitert. Alle standen für eine Verkehrspolitik auf Verschleiß, alle hatten den Blick für die Zukunft verloren.

(Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will daran erinnern: Damals standen im Durchschnitt jährlich 330 Millionen € für Brückensanierungen bereit. Heute sind es - dank Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer - allein in diesem Jahr 830 Millionen €. 2015 werden es knapp 1 Milliarde € sein. Das ist der Weg in die Zukunft.

(Beifall CDU)

Die CDU hat in Berlin Verantwortung übernommen und die Versäumnisse der rot-grünen Bremser und Zauderer stetig aufgearbeitet,

(Beifall CDU - Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

während Rot, Grün und Blau im Land ihre Verantwortung immerzu nur nach Berlin abschieben. Das gilt nicht nur für Bayern, sondern auch für Schleswig-Holstein. Aber genau das ist der falsche Weg. Denn es ist diese Landesregierung, die für dieses Land Schleswig-Holstein Verantwortung trägt.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Die Landesregierung ist verantwortlich für die Planung, und Planen heißt strategisch gestalten. Unsere zukünftige Infrastruktur in Schleswig-Holstein muss strategisch gestaltet werden.

Ihre Planung, Herr Ministerpräsident, endet allerdings immer im Chaos: Chaos auf der A 7. Die Autobahn wird noch nicht einmal ausgebaut. Chaos im Rendsburger Kanaltunnel. Chaos auf der A 1. Chaos auf der B 5 im Bereich Hattstedt. Chaos bei der Umsetzung des Achsenkonzeptes. Und jetzt sogar noch Chaos

(Martin Habersaat [SPD]: Chaos bei der CDU! - Heiterkeit und Beifall SPD)

in der SPD bei der festen Fehmarnbelt-Querung.

(Beifall CDU und FDP)

Um die Worte des Ministerpräsidenten aufzunehmen: Da laufen SPD-Abgeordnete in Ostholstein offenbar wie Rumpelstilzchen herum und rufen zur Beltquerung: Nein! Nein! Nein! - Das, meine Damen und Herren, zeigt, dass sie nicht die Verantwortung für Schleswig-Holstein übernehmen. Deshalb erwarten wir heute eine klare Position der Koalition und auch eine klare Position des Ministerpräsidenten zur **festen Fehmarnbelt-Querung**.

(Johannes Callsen)

(Beifall CDU und FDP)

Ich kann Ihnen sagen: Die Feststellung in Ihrem Änderungsantrag, der hier eben verteilt worden ist, dass die Belt-Querung Schleswig-Holstein und Dänemark verbinden soll, ist eine tolle geographische Erkenntnis.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Im Übrigen strotzt dieser Antrag inhaltlich nur so von Worten wie „wenn“ und „falls“ und von anderen Bedenken. Das ist kein klares Bekenntnis zur festen Fehmarnbelt-Querung.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung muss alles daran setzen, dass die Verkehre in Schleswig-Holstein wieder fließen und auch in Zukunft fließen können.

Herr Meyer, als verantwortlicher Verkehrsminister müssen Sie dafür sorgen, dass die Sanierungsarbeiten so schnell wie möglich zum Abschluss gebracht werden. Natürlich reden wir am Ende auch über die Vorbereitung für ein **Ersatzbauwerk** über den Nord-Ostsee-Kanal. Ich kann Ihnen sagen: Unsere Unterstützung, die Unterstützung der CDU, die haben Sie dafür.

Dass nun allerdings ver.di kräftig im Wahlkampf mitmischte und sich Herr Stegner offenbar an die Spitze des **Streiks in Brunshüttel** stellt, ist, wie ich finde, angesichts der schwierigen Situation, in der sich Schleswig-Holstein im Moment befindet, schon ein starkes Stück.

(Zuruf SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: In Schleswig-Holstein fahren Unternehmen fast vier Wochen lang Millionenverluste ein, weil die wichtigste Nord-Süd-Verbindung für ihre Lkw gesperrt ist. Wir haben doch erst vor wenigen Monaten eine ähnliche Situation auf dem Nord-Ostsee-Kanal erleben müssen, weil dort die Schleusen nicht funktionierten.

(Zuruf SPD)

- Wir haben doch ausführlich über die Ursachen diskutiert. - Diese Schleusen jetzt wieder lahmzulegen, ist unverantwortlich gegenüber unserem Land und den Arbeitsplätzen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Es ist auch unverantwortlich gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung; denn die Zusagen von

Herrn Ramsauer sind verbindlich, und sie sind umfassender als jeder Tarifvertrag.

Noch ein Wort zu Ihnen, Herr Ministerpräsident: Sie haben in dieser Krise nichts Besseres zu tun, als munter durchs Land zu radeln, während die wichtigste Verkehrsachse lahmgelegt ist, während Schleswig-Holstein in kilometerlangen Staus versinkt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unglaublich!)

Ich freue mich ja für Sie - das meine ich wirklich aufrichtig -, dass Ihnen Ihr Vorgänger im Amt besser gesonnen ist als Ihr Fraktionschef.

(Beifall CDU und FDP)

Das liegt nicht nur am Honig. Aber als Regierungschef haben Sie dort zu sein, wo es im Land Probleme gibt, und das ist in diesen Tagen die **Rader Hochbrücke**. Ich sage Ihnen: Sie haben Angst davor, Verantwortung zu übernehmen. Dabei - das ist ein ehrliches Zugeständnis - können Sie für die Konstruktionsfehler an der Rader Hochbrücke nun wirklich überhaupt gar nichts. Aber Sie haben Angst davor, mit den Problemen an der Rader Hochbrücke auch nur irgendwie in Verbindung gebracht zu werden. Deswegen tauchen Sie dort lieber gar nicht erst auf, sondern schicken Ihren Verkehrsminister vor.

(Vereinzelt Lachen SPD)

Ich frage mich ernsthaft: Was werden Sie tun, wenn Sie eines Tages wirklich für ein Problem Verantwortung tragen? Ich sage Ihnen: Die Menschen in diesem Land fragen sich mittlerweile: Um welches Problem hat dieser Ministerpräsident sich überhaupt selbst gekümmert?

(Zuruf SPD)

- Meine handwerklichen Fähigkeiten sind zugegebenermaßen nicht besonders groß, was das Umgehen mit Maurerkellen angeht.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Andere auch nicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Rader Hochbrücke ist allerdings nicht der einzige Bremsklotz auf schleswig-holsteinischen Straßen. Viele **Gemeindestraßen** und viele **Landesstraßen** befinden sich in einem ebenso jämmerlichen Zustand mit Schlaglöchern so weit und so tief das Auge reicht. Im Februar musste der Landesbetrieb Straßenbau die erste Landesstraße sperren. Erst vor wenigen Wochen haben hunderte Anwohner für die Sanierung der kaputten Landesstraße 199 demonstriert. Es muss in diesem Land endlich Schluss sein mit

(Johannes Callsen)

der leidigen Flickschusterei. An die Adresse der Landesregierung sage ich: Es muss auch Schluss sein mit der Jammerei in Richtung Berlin.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Wir brauchen in diesem Land ein **Sofortprogramm des Landes**. Wir haben ein Sofortprogramm mit drei Maßnahmen vorgeschlagen: Erstens, mehr Geld für die Sanierung von Landesstraßen, zweitens mehr Geld für die Planung und drittens mehr Geld für die Gemeindestraßen. Unser Vorschlag ist, noch in diesem Jahr 60 Millionen € für die Sanierung von Landesstraßen bereitzustellen, ausschließlich für die Sanierung von Landesstraßen. Das sind 60 Millionen €, mit denen wir Schlaglöcher beseitigen und die maroden Straßen wieder vernünftig befahrbar machen können. Hier muss ganz klar der Schwerpunkt liegen; denn hier geht es um die Zukunft des Landes.

(Beifall CDU)

Die CDU - auch daran will ich Sie gern erinnern - hat in den letzten Monaten immer wieder, zum Beispiel in den Haushaltsberatungen und in den Verkehrsdebatten im Frühjahr, die Erhöhung der Investitionsmittel für den Straßenbau gefordert, und zwar für die Landesstraßen, aber auch für die Kommunalstraßen. Ich erinnere an die **GVFG-Mittelverteilung**. SPD, Grüne und SSW haben dies immer wieder abgelehnt. Sie haben uns als Betonköpfe bezeichnet und gesagt, die Investitionen seien nicht notwendig. Diese Haltung zeigt: Diese Landesregierung und diese Koalition haben überhaupt kein echtes Interesse daran, den Sanierungsstau zu beseitigen, aber genau das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall CDU)

Es ist doch völlig klar: Wir können in diesem Land eine noch so gute Bildung und noch so gute Weiterbildungschancen anbieten, aber ohne eine gute Infrastruktur haben die Jugendlichen in Schleswig-Holstein kaum Chancen, eine Ausbildung oder Arbeit zu finden. Infrastruktur ist eben kein lästiges Übel, sondern sie ist Voraussetzung für Wachstum und Arbeitsplätze. Wer eine starke Wirtschaft will, der muss in die Straßen investieren.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Das bedeutet im Übrigen nicht nur Investitionen in das bestehende Straßennetz, sondern auch in **neue Verkehrsachsen**. Zu diesen neuen Verkehrsachsen gehören die feste **Fehmarnbelt-Querung** mit der entsprechenden Hinterlandanbindung und die A 20 mit einem Sprung über die Elbe. Es darf keine Frage sein, ob die feste oder die **westliche Elbquerung**

kommt. Wir brauchen die feste Elbquerung westlich von Hamburg so schnell wie möglich. Deshalb muss die Landesregierung die Planung für die A 20 unbedingt vorantreiben. Hier muss der Schwerpunkt liegen.

(Beifall CDU)

Frau von Kalben, verschließen Sie und Ihre Partei sich dem nicht länger, sondern sorgen Sie dafür, dass der Sprung über die Elbe endlich Realität wird. Schleswig-Holstein kann es sich für die Zukunft nicht leisten, dass die A 20 an der A 7 endet.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Unser Land wird seine Chancen für die Zukunft nur mit einer guten Infrastruktur, mit der A 20 und mit der westlichen Elbquerung, mit der festen Fehmarnbelt-Querung und mit einer funktionsfähigen Jütlandroute wahren können. SPD, Grüne und SSW sind dabei, diese Chancen zu verspielen. Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie auf: Handeln Sie endlich! - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es um unser **Modernisierungsprogramm für Schleswig-Holstein**,

(Lachen FDP)

um Fortschritt für unser schönes Land. Die Opposition stellt eine Menge Anträge, die mehr oder weniger plausibel sind. Wir hingegen präsentieren ein umfassendes Modernisierungsprogramm. Uns geht es um nachhaltigen Fortschritt, um ökologische Vernunft, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Wohlstand. Wir begrüßen den Finanzplan 2013 bis 2023, den Bericht für den Stabilitätsrat 2013 und den Halbjahresbericht über den Haushaltsvollzug 2013 ausdrücklich. Sie spiegeln die Erfolge der Landesregierung wider.

(Lachen CDU und FDP)

Unser Ministerpräsident Torsten Albig führt eine Landesregierung an, die gerade auch mit der klugen Haushaltsführung von Finanzministerin Monika Heinold für eine seriöse Finanzpolitik steht und trotz der engen Spielräume vieles möglich macht.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir investieren in die Zukunft und konsolidieren gleichzeitig den Haushalt. Beides gehört zusammen. Unsere Ziele sind beste Bildung, gute Infrastruktur und nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen. Soziale Gerechtigkeit bleibt dafür die Grundlage. Das ist eine Dimension, die die Vorgängerregierung völlig aus den Augen verloren hatte.

Deshalb legen wir heute ein Programm auf, mit dem wir Kommunen unterstützen, indem wir in den Ausbau der Kinderbetreuung und den Erhalt unserer Infrastruktur investieren, sowie unsere Hochschulen sanieren und gleichzeitig die Neuverschuldung reduzieren. Wir setzen Prioritäten und investieren entsprechend.

In sechs Punkten werde ich Ihnen im Folgenden den Politikwechsel zur Modernisierung Schleswig-Holsteins deutlich machen, den SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SSW partnerschaftlich und erfolgreich in der Koalition für Schleswig-Holstein umsetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Erstens. Wir arbeiten mit den **Kommunen des Landes** eng zusammen. Andreas Breitner ist endlich wieder ein Innenminister, dem die Kommunalpolitiker vertrauen.

(Lachen CDU)

Die schwarz-gelbe Landesregierung wurde von ihnen noch verklagt. Wir setzen politische Konzepte gemeinsam um und unterstützen uns gegenseitig. Deshalb erhalten die Kommunen sofort die zusätzlichen Finanzmittel aus dem Zensus und nicht erst dann, wenn es rechtlich geboten wäre. Wir haben Vertrauen in ihre Arbeit, und wir wissen, dass Kommunen auch finanziell dazu in der Lage sein müssen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Nicht zuletzt der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft hängt entscheidend davon ab. Mit der Fähigkeit der Kommunen, zu investieren, steht und fällt die Modernisierung unseres Landes. Auch deshalb unterstützen wir sie.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens. Wir machen eine Politik, die den Menschen **Mobilität** in der Gegenwart, aber auch zukünftig ermöglichen will. Mobilität ist die Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft und die

Lebensqualität aller Generationen, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung.

(Zuruf CDU: Warum machen Sie es nicht?)

Deshalb werden die **Mittel** für die **Verkehrsinfrastruktur** erheblich aufgestockt. Dem dient die dringend erforderliche Sanierung unserer Landesstraßen. Das stärkt gleichzeitig unsere Wirtschaft. Es ist aber auch ein Aufruf an die Bundesregierung, ihre Pflicht für das Land endlich ernst zu nehmen. Die vor uns liegenden Anträge und die Rede von Herrn Callsen sagen uns: Der Union ist das alles viel zu wenig.

Richtig ist, dass auch wir in der **Vergangenheit** nicht immer genug getan haben. Das räume ich gern ein. Sie machen es sich aber schon sehr einfach. Ich darf an Ihre Regierungszeit erinnern. Haben Sie das schon vergessen? Herr Marnette „von den Grünen“, Herr Biel „vom SSW“ und nicht zuletzt die „bekannten Sozialdemokraten“ Dietrich Austermann und Jost de Jager haben in den vergangenen sieben Jahren dafür gesorgt, dass unsere Landesstraßen so marode sind, dass Herr Arp sagt, er fühle sich an die DDR erinnert. Geht's noch?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer soll eine solche Haltung eigentlich ernst nehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Bundesverkehrsminister Ramsauer ist nicht von der SPD, sondern von der CSU. Jahrelang wurden notwendige Investitionen verschleppt, unsere Anträge im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags niedergestimmt, gepfuscht und die Lebensader des Landes, der Nord-Ostsee-Kanal, systematisch heruntergewirtschaftet.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird in einer schwierigen Lage der dringend notwendige, eigentlich selbstverständliche **Tarifvertrag** verweigert. Die Zentrale der **Wasser- und Schifffahrtsverwaltung**, die die Verantwortung für die größte künstliche Wasserstraße der Welt hat, geht in den Welthafen Bonn. Na prima! Was tun Sie? Sie schimpfen nur auf die Gewerkschaften.

Diese haben auch eine Verantwortung. Das habe ich in der Versammlung in der vergangenen Woche übrigens ausdrücklich betont. Ich sage aber auch: Im Grundgesetz steht: Tarifautonomie, aber nicht huldvolle Worte von Monarchen und Ministern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Im Übrigen wird Geld allein nicht reichen. Vielmehr ist ausreichendes, qualifiziertes und motiviertes Personal notwendig, aber nicht Outsourcing und Personalabbau.

Die **A 20** ist Ihren Ausführungen nach die wichtigste Verkehrsader des Landes. Wie weit sind Sie in Ihrer Regierungszeit bei diesem Projekt vorangekommen?

(Christopher Vogt [FDP]: Wir hatten kein Baurecht!)

Fehlanzeige! Wir bauen konkret bis zur A 7 weiter. Das ist ein deutlicher Fortschritt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das unterscheidet uns von Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Nein. Zu diesem Herrn komme ich gleich noch. Ich möchte jetzt erst noch etwas zu den Lebensadern des Landes sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in Sachen **Fehmarnbelt-Querung** haben Sie wenig für eine gute Hinterlandanbindung, für den Tourismus oder gar für die Akzeptanz in der Region getan. Der Staatsvertrag gilt. Keine Angst: Der Koalitionsvertrag gilt auch. Ihr Schaufensterantrag schreckt die Koalition nicht ab. Darüber wird abgestimmt. Wir stimmen unseren Antrag durch, und fertig ist die Laube.

(Lachen CDU und FDP - demonstrativer Beifall Wolfgang Kubicki [FDP] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Der Staatsvertrag gilt. Wenn Sie ernsthaft glauben, Sie bringen uns mit so einem Quatsch in Verlegenheit, dann täuschen Sie sich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke unserem Minister Reinhard Meyer für sein hervorragendes und umsichtiges Krisenmanagement bei den schwierigen Problemen um Kanaltunnel und Rader Hochbrücke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die wichtigsten Maßnahmen werden sofort ergriffen, langfristige Konzepte werden solide geprüft und auf den Weg gebracht. In schwieriger Lage wird entschlossen und schnell gehandelt.

Wenn man dann noch etwas von Pfusch hört, dann muss ich Ihnen sagen: Was man über Großprojekte hört, zeugt auch nicht von einem Musterbeispiel der deutschen Industrie. Das ist nicht immer nur Politik, sondern es ist auch ein Ausweis, der uns zu denken geben müsste, wie mit solchen Projekten gelegentlich umgegangen wird.

Wir werden - da bin ich ganz sicher - auf der Basis dessen, was Reinhard Meyer tut, die anstehenden Herausforderungen gemeinsam meistern. Das wird sicher noch besser gelingen, wenn der Politikwechsel in Berlin geschafft ist.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Was tut die Opposition in dieser Situation? Jetzt bin ich bei Ihnen. Sie beschimpfen die Regierung und stehlen sich selbst aus der Verantwortung. Eben noch die Heimatpartei des Landes, heute schon die „Mit-Schleswig-Holstein-haben-wir-doch-nichts-zu-tun-Gruppe“. Der Chef der Jungen Union will Ihnen eine Frischzellenkur verordnen, um Ihr desolates Erscheinungsbild aufzupäppeln. Die Kur soll wohl in Polen stattfinden. Gute Reise!

Wenn alles nichts hilft, wird wieder zur alten Masche aus der Carstensen-Zeit gegriffen, und ich werde mit Dauerangriffen persönlich öffentlich zum Buhmann und Feindbild für alles gemacht, was bei Ihnen falsch läuft.

(Zurufe CDU: Oh!)

Abgesehen davon, dass man sich Neid bekanntlich erarbeiten muss und Mitleid geschenkt bekommt, sage ich Ihnen mit Christian Fürchtegott Gellert: „Ein kleiner Feind, das lerne fein, will durch Geduld ermüdet sein.“ Sie werden bei mir noch sehr viel Geduld brauchen und sehen mich fröhlich und entspannt. Arbeiten Sie sich ruhig an mir ab, wenn Sie nichts Besseres zu tun haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir tun hier, was wir können. Frau Merkel hingegen mit ihrer angeblich erfolgreichsten Regierung nach der deutschen Einigung, die sich selbst schon einmal als Gurkentruppe bezeichnet hat, schläfert nicht nur in diesem Bundestagswahlkampf das Land ein, sondern sie hat bereits die Arbeit eingestellt, wenn es um Infrastrukturaufgaben geht. Nehmen Sie doch einmal Einfluss auf Ihre Parteifreun-

(Dr. Ralf Stegner)

de in Berlin! Da könnten Sie sich um unser Land verdient machen. Dies gilt insbesondere für den nächsten Punkt unseres Modernisierungsprogramms.

Drittens. Wir investieren in unsere Zukunft, in die Köpfe unserer Kinder und Enkel. Wie wäre es, wenn Sie mithelfen würden, das unsinnige Betreuungsgeld, also die Kita-Fernhalteprämie, wieder abzuschaffen? Wir können diese Milliarden € tausendmal besser brauchen für **Betreuungsplätze**, für den Qualitätsausbau in den **Kitas** und langfristig für die Beitragsfreiheit. Das brauchen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb gehen wir mit dem Sondervermögen Kindertagesstätten voran. Unsere Sozialministerin Kristin Alheit hatte die frühkindliche Bildung gemeinsam mit den Kommunen entschlossen vorangebracht. Die Wartelisten werden abgearbeitet. Diesen Weg werden wir intensivieren. Wir werden die Kommunen weiterhin unterstützen und gleichzeitig das Wohlergehen und die Förderung von Kindern finanzieren. Hier entscheidet sich unsere Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das erleichtert übrigens auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist somit Bestandteil unseres Verständnisses von guter Arbeit und dem Konzept einer starken Wirtschaft. Sie hingegeben sind auf der Seite der Vergangenheit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Viertens. Wir fördern **Bildung** von der Kita bis zur Universität. Das Sondervermögen Hochschulbau wird weiter aufgestockt, um Studium und Forschung im Norden zu stärken. Bildung hat für diese Regierungskoalition und unsere Bildungsministerin Wara Wendt Priorität. Deshalb bleibt es in Schleswig-Holstein beim klaren Nein zu Studiengebühren und beim Ausbau guter Studienbedingungen.

(Vereinzelt Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Wenn Sie die Zeit anhalten, machen wir das.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Dr. Stegner, ich bin etwas verwirrt. Vielleicht können Sie mir helfen. Geben Sie hier gerade unpassenderweise eine Regierungserklärung ab oder sprechen Sie zum Tagesordnungspunkt „Sanierung von Landesstraßen, Anträge zur Verkehrssituation an der Rader Hochbrücke, zur Fehmarnbelt-Querung und zur Elbquerung“?

(Beifall CDU)

- Herr Kollege Koch, Sie haben letzters der Presse gegenüber zum Ausdruck gebracht, Sie seien verzweifelt über die Regierung. Ich kann das nachvollziehen. Wenn die Regierung so erfolgreich ist, ist man schon einmal leicht verzweifelt, wenn man in der Opposition ist. Wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, statt hier nur Versatzstücke vorzutragen, die Anträge einmal zu lesen, dann hätten Sie festgestellt, dass wir einen Antrag gestellt haben für ein Modernisierungsprogramm für Schleswig-Holstein, das genau die Punkte enthält, die ich hier vortrage. Wenn Sie dazu nicht reden mögen, weil Sie nur über Beton reden können, dann ist das Ihr Problem, nicht unseres.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie sind kurzsichtig, wenn Sie nicht begreifen, dass Infrastruktur sowohl Straßen als auch Bildung, Breitband und viele andere Dinge - nebenbei bemerkt: auch Schuldenabbau - umfasst.

Fünftens. Wir setzen die **Energiewende** konsequent und umfassend um. Dafür müssen wir etwas tun. Das geht nicht mit Kürzungen, sondern nur mit Investitionen. Mit einem Sondervermögen zur energetischen Sanierung wird die Wirtschaft vor Ort unterstützt, die Energiewende umgesetzt und der Haushalt konsolidiert. Dank energetischer Sanierung wird es möglich, nicht nur Energie, sondern auch Finanzmittel einzusparen. Sie mögen auf Ihren Nebenkriegsschauplätzen der Haushaltstechnik herumreiten; ich meine, wir gehen in die richtige Richtung. Auch darin unterscheiden wir uns in der konzeptionslosen und wirren Energiepolitik, auf die sich die Herren Rösler und Altmaier nicht einigen können und zu der die Kanzlerin lächelt und schweigt. Ich betone: Wir mit unserer Mehrheit hier unterscheiden uns von der, die in Berlin im Augenblick noch da ist.

Sechstens. Wir konsolidieren den Haushalt.

(Lachen FDP)

(Dr. Ralf Stegner)

Dies geschieht allerdings nicht auf Kosten, sondern zugunsten der nachfolgenden Generationen. Die **Haushaltskonsolidierung** wird mit den genannten Maßnahmen unterstützt. Wir investieren, um später Reparaturkosten zu vermeiden. Wir beschleunigen mit zusätzlichen Mitteln den Schuldenabbau.

Sie von der Opposition stellen eine Reihe von Forderungen auf, allerdings ohne ein Gesamtkonzept zu haben: Soeben waren Sie noch selbsternannte Musterschüler in Sachen Haushaltskonsolidierung mit immer neuen Forderungen, die Schuldenbremse zu verschärfen; heute sind Sie wieder bei „Wünsch Dir was“ und „Im Himmel ist Jahrmarkt“. Sie machen es sich viel zu leicht und übernehmen null Verantwortung.

Die Einhaltung der Schuldenbremse und der Abbau unserer Altschulden bleiben fester Bestandteil unserer Finanzpolitik. Monika Heinold hat in der vergangenen Woche die weitere Planung dargestellt. Die Rückführung der Neuverschuldung bis 2020 ist nur der erste Schritt; danach werden wir mit der Tilgung beginnen - übrigens erstmals seit 1962.

Gibt es von der Opposition jedenfalls dafür Applaus? Weit gefehlt! Sie nörgeln und hadern, produzieren Kassandrarufer und hyperventilierende Pressemitteilungen im Akkordtempo. Das ist alles.

Der griechische Philosoph Hippias wusste schon:

„Die neidischen Menschen sind doppelt schlimm dran: Sie ärgern sich nicht nur über das eigene Unglück, sondern auch über das Glück der anderen.“

Sicherlich ist bei der Steuerentwicklung und dem Zensus auch Glück dabei. Ich sage Ihnen aber auch: Glück hat auf Dauer nur der Tüchtige.

Dass wir bisher so gut durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen sind, liegt auch an dem Konjunkturprogramm aus der Feder von Frank Steinmeier und Peer Steinbrück - das übrigens die gleiche FDP entschieden bekämpft hat, die sich heute für den XXL-Aufschwung feiern lassen will. So sieht Logik bei Ihnen aus.

Wir handeln, Sie hadern und nörgeln. Wenn etwas gut geht, sind Sie es gewesen; wenn etwas schlecht läuft, sind immer die anderen schuld. Das ist Ihr Problem; bei uns ist das anders.

(Lachen FDP)

Wenn Sie sich die heute vorliegenden Anträge anschauen, sehen Sie, was wir investieren - in die Infrastruktur des Landes, in Kitas, in Hochschulen, in die Verringerung der Neuverschuldung. Das sind

vier richtige Maßnahmen. Sie dagegen haben keine vernünftige Alternative anzubieten. Sie schimpfen nur und sagen: Wir sind seit einem Jahr in der Opposition. Dann kann man alles vergessen, wozu man sich vorher bekannt hat. Schuld sind immer die anderen.

Wir laden alle Abgeordneten ein - auch den scheidenden Kollegen Kubicki und alle anderen, die hier sind -, mit uns gemeinsam Beschlüsse zu fassen, damit die Landesregierung umgehend handeln kann.

Ich bitte Sie alle im Namen der regierungstragenden Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW um Unterstützung. Unsere Politik ist finanziell solide, entwickelt eine Zukunftsperspektive für Schleswig-Holstein und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Das ist gut für unser Land. Deswegen sollten Sie sich einen Ruck geben. Hören Sie mit dem Nörgeln auf! Stimmen Sie zu! Machen Sie mit! Wir sorgen für großen Fortschritt - im Interesse Schleswig-Holsteins. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

(Christopher Vogt [FDP]: Ist nicht erst die FDP dran?)

- Pardon! Das ist ein kleiner Aufruffehler gewesen. Ich bitte um Entschuldigung. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich drängele mich ungern vor, wenn es darum geht, die Kollegin von Kalben zu hören. Aber so haben wir alle Gelegenheit, noch etwas länger die Vorfriede zu genießen. Es tut mir leid, dass ich mich vordrängen muss.

Meine Damen und Herren! Wenn man derzeit auf den allgemeinen Zustand unserer **Verkehrsinfrastruktur** in Schleswig-Holstein blickt, stellt man fest: Es sieht ziemlich düster aus im Land der Horizonte. Die Rader Hochbrücke ist nur einspurig und nur für PKW befahrbar, während im Rendsburger Kanaltunnel nur eine Röhre frei ist. Der Nord-Ost-

(Christopher Vogt)

see-Kanal war zuletzt wegen Ausfalls der Schleusen oder wegen Streiks für große Schiffe gesperrt. Viele Landesstraßen sind zu Schlaglochpisten verkommen.

Nicht nur die Logistikbranche und die mittelständische Wirtschaft in unserem Land halten diesen Zustand für unhaltbar, sondern auch viele Pendler und Touristen, die in unser Land kommen, sind mittlerweile ziemlich genervt und stellen sich die berechnete Frage, wie die Politik die Verkehrsinfrastruktur so verkommen lassen konnte.

Wenn es etwas Positives an diesem Mix aus maroden Schleusen, kaputten Landesstraßen und teilgesperrter Hochbrücke gibt, dann ist es die Tatsache, dass jetzt der großen Mehrheit im Land klar wird, wie sehr wir alle jeden Tag auf intakte Verkehrswege angewiesen sind und dass die öffentliche Hand - Herr Stegner, ich versuche, an das Thema etwas konstruktiver heranzugehen, als Sie es getan haben -, die jedes Jahr unglaubliche Steuereinnahmen allein durch die **Steuern und Abgaben** bei den Autofahrern generiert, mehr Geld in den **Verkehrsreich zurückgeben** muss. Diese Debatte ist überfällig.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Es wurde über viele Jahre zu wenig in den Erhalt und - das trifft leider insbesondere auf Schleswig-Holstein zu - den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investiert; daran sind in der Tat mehrere Parteien schuld. Das gilt sowohl für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes in Schleswig-Holstein als auch für die landeseigene Infrastruktur, hier insbesondere für die Landesstraßen.

Der Bundesebene möchte ich den mangelhaften Ausbau der Bundesverkehrswege in unserem Bundesland allerdings gar nicht vorwerfen. Das Land hat es lange Zeit schlicht versäumt - teilweise auch nicht gewollt -, Neubauprojekte zu planen. In den vergangenen beiden Jahrzehnten lag der Schwerpunkt des Bundes der Infrastrukturpolitik natürlich in den neuen Bundesländern.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bayern ist neu?)

- Nein, Frau von Kalben. Dazu komme ich jetzt. Allerdings sind hier auch die Grünen gefragt. Frau von Kalben, Sie sind ja neuerdings mit im Club, wenn es darum geht, die Straßen zu sanieren, wie wir gerade hören konnten.

Hinzu kommt, dass in den vergangenen Jahren die süddeutschen Landesregierungen, aber auch, wie man immer wieder hört, die süddeutschen Abgeord-

neten - übrigens über die Parteigrenzen hinweg - im Haushaltsausschuss des Bundestages viel besser und konstruktiver als die norddeutschen, auch die Schleswig-Holsteiner, zusammengearbeitet haben. Das sollten wir uns zu Gemüte führen.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Andresen, das ist in der Tat so. Mittlerweile ist das sogar bei den Grünen dort angekommen. Wenn es darum geht, sich im Haushaltsausschuss Geld zu bewilligen, sind auch die süddeutschen Abgeordneten der Grünen dabei. Die norddeutschen Abgeordneten streiten manchmal noch nicht einmal für die eigenen Projekte.

Derzeit wird bundesweit darüber diskutiert, woher **zusätzliche Mittel** für die Verkehrsinfrastruktur kommen sollen. Meine Fraktion hält nichts von der Einführung einer **Pkw-Maut** oder der erneuten **Ausweitung der Lkw-Maut** sogar auf Gemeindestraßen, wie die Grünen es derzeit fordern. Autofahrer und Logistikbranche werden bereits heute massiv finanziell belastet. Aber nur ein Bruchteil der Einnahmen aus diesem Bereich wird wieder in die Infrastruktur investiert. Ich betone: Der Verkehrsbereich gibt nicht zu wenig, sondern jede Menge Geld, und das in jedem Jahr. Nur ein Bruchteil wird zurückgegeben. Wenn man sich den Subventionsanteil im Bundeshaushalt anschaut, sieht man: Dort ist noch viel Luft für ein Umschichten in den Verkehrsetat.

Wenn jetzt Forderungen an den Bund gestellt werden - da sind alle gern dabei -, sollte man Folgendes beachten: Man wird nur dann ernst genommen, wenn man auch die eigene Infrastruktur in Schuss hält und den eigenen Zuständigkeitsbereich im Griff hat.

Ein großer Teil des **Landesstraßennetzes** ist marode; Frau von Kalben, Sie werden sich sicherlich gleich dazu äußern. Der Sanierungstau beläuft sich mittlerweile auf knapp 200 Millionen €. Ich halte das nicht für unrealistisch. Das ist für unser Land wahrlich kein Pappentier, sondern angesichts der finanziellen Lage Schleswig-Holsteins ein gewaltiges Problem.

Nun wird diese Landesregierung finanzpolitisch vom Glück fast verfolgt: Zunächst konnten Sie die Spielräume, die die schwarz-gelbe Vorgängerregierung Ihnen hinterlassen hatte, nutzen. Nun kommt das **Zensusergebnis**, und sie erhalten nicht nur künftig strukturell mehr, sondern auch rückwirkend für die Jahre 2011 und 2012. Das sind immerhin rund 50 Millionen €. Meine Fraktion hatte vor die-

(Christopher Vogt)

sem Hintergrund bereits im Juni 2013 beantragt, dieses Geld, mit dem hier wirklich niemand gerechnet hatte, in das Landesstraßennetz zu investieren, um es in den nächsten ein bis zwei Jahren zumindest so weit zu sanieren, dass die Verkehrssicherheit wieder gewährleistet ist und ein Großteil der zustandsbedingten Einschränkungen aufgehoben werden kann. Die CDU hatte zwischenzeitlich eine ähnliche Summe beantragt.

Die Koalitionsfraktionen wollen dagegen einen anderen Weg gehen und nun rund 26 Millionen € in die Verkehrsinfrastruktur des Landes investieren, was angesichts des Sanierungsstaus allenfalls ein Anfang sein kann. Es ist erfreulich, dass mittlerweile auch die Grünen erkannt haben, dass das Land mehr Geld in seine Straßen investieren muss. Wir haben noch gut in Erinnerung, dass Sie uns immer als „Betonpolitiker“ betitelt haben. Die kleine Anmerkung sei erlaubt: Es müsste an dieser Stelle eigentlich „Asphaltpolitiker“ heißen. Aber das nur dazu.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Sei's drum. Die betroffenen Regionen interessiert, welcher Anteil der 26 Millionen € - die übrigens nicht allein für die Landesstraßen bestimmt sind, sondern für die Verkehrsinfrastruktur insgesamt - am Ende tatsächlich bei den Landesstraßen ankommt. Ich befürchte, dass ein Großteil wieder für andere Dinge verwendet wird und dass es bei den Landesstraßen am Ende nur ein kleines Strohfeuer sein wird.

Immerhin haben Sie jetzt etwas vorgelegt, das etwas handfester ist als Ihr bisheriger völlig unzureichender und leider auch verfassungswidriger Entwurf, der über Wochen im Finanzausschuss vorlag.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, Sie haben mit Ihrem Gesetzentwurf nicht die Frist einhalten können. Herr Stegner, ich habe es Ihnen gestern schon gesagt: Im Sinne der Sache werden wir das Verfahren an der Stelle nicht blockieren. Insofern werden wir jetzt so verfahren können.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle betonen - denn es geht in der Tat auch um diese Fragen -: Gegen **Investitionen im Hochschul- und Kita-Bereich** kann man grundsätzlich wenig sagen. Auch hier gibt es ohne Frage in Schleswig-Holstein großen Bedarf. Aber wir hatten und haben an dieser Stelle andere Vorstellungen. Es ist nicht falsch, mehr Mittel für die

Kinderbetreuung und die Hochschulen bereitzustellen. Aber für diese Bereiche gab es zuletzt bereits Sonderprogramme, die teilweise auch auf Vorschlag beziehungsweise durch Unterstützung der FDP-Fraktion geschaffen wurden. Die von der Koalition beantragte Aufstockung des Sondervermögens Hochschulbau auf nun 50 Millionen € entspricht sogar unserer ursprünglichen Forderung.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann stimmen Sie doch zu!)

Insofern, Frau von Kalben, ist dieser Punkt Ihres Gesetzentwurfes für uns kein Beinbruch. Aber für das Landesstraßennetz und insbesondere für die betroffenen Regionen, in denen die Menschen mittlerweile auf die maroden Straßen gehen, deren Sanierung sie fordern, wäre hier deutlich mehr drin gewesen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Geld kann man nur einmal ausgeben!)

- Genau! - Nicht nur verkehrs-, sondern auch finanzpolitisch wäre ein höherer Betrag für die Landesstraßen zum jetzigen Zeitpunkt aus unserer Sicht sinnvoll. Wenn man sich vor Augen führt, dass 80 % der Straßen über keine ausreichende Tragfähigkeit und Frostsicherheit verfügen, kann man sich vorstellen, was bei weiteren harten Wintern in den kommenden Jahren auf diesen Straßen passieren wird.

Insofern, Frau Heinold, bleibt festzuhalten: Die Folgekosten weiterer Unterlassungen sind deutlich höher, als wenn man jetzt schnell reagieren würde. Das möchte ich an dieser Stelle nur einmal anfügen. Das weiß das Finanzministerium eigentlich auch. Deswegen hatten wir gesagt, die 50 Millionen €, die man jetzt zur Verfügung hat, sollte man komplett dort hineingeben, um weitere Folgeschäden zu verhindern.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, die Sperrung der L 205 ist uns allen noch in guter beziehungsweise schlechter Erinnerung. Weitere **Sperrungen von Straßen** sollten unbedingt vermieden werden. Die Menschen haben schlichtweg kein Verständnis dafür, wenn sie nicht mehr vernünftig an ihren Arbeitsplatz oder nach Hause kommen. Zudem sind bei über einem Drittel aller Bauwerke, in erster Linie bei den Brücken, Erhaltungsmaßnahmen erforderlich. Diese sind deutlich teurer als die reine Straßensanierung.

(Christopher Vogt)

Dazu gehört auch eine **Brücke** im Kreis Herzogtum Lauenburg, und zwar in **Büchen**, die seit über 23 Jahren nur noch einspurig befahrbar ist. Mittlerweile hat sich, wie wir sehen konnten, auch die Senkung „extra 3“ damit beschäftigt. Die Landesregierung hat kundgetan, dass es auch jetzt noch keine Planungen gibt. Ich möchte nur einmal anfügen: Im Landesverkehrswegeplan, den Sie immer so kritisiert haben, stand zum Beispiel die Sanierung dieser Brücke drin. Das wurde jetzt von Ihnen gestrichen. Ich habe mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, Herr Meyer, dass Sie sich die Brücke gestern immerhin schon einmal angeschaut haben. Es ist ja auch schön, einmal eine andere Brücke zu sehen als immer nur die eine an der A 7. Insofern hoffe ich, dass das ein gutes Signal ist und dass da jetzt endlich einmal etwas passiert.

Meine Damen und Herren, nach der von Ihnen im aktuellen **Landeshaushalt** vorgenommenen Kürzung bei den Mitteln für Landesstraßen auf einen Ansatz von nur noch 6,5 Millionen € reagieren Sie nun auf den öffentlichen Druck und korrigieren sich erneut. Leider enthält Ihr Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 keine Steigerung der Mittel für Straßensanierungen. Es sollen erneut 5 Millionen € für den kommunalen **Radwegebau** bereitgestellt werden, die dann für den kommunalen Straßenbau erneut fehlen werden. Dieser ist ohnehin schon unterfinanziert. Da werden noch einmal 5 Millionen € herausgenommen. Meine Damen und Herren, ich bin wirklich gespannt, ob Sie nach der Bundestagswahl die prekäre Lage der Landesstraßen und des kommunalen Straßenbaus auch noch im Blick haben werden. Auf jeden Fall haben viele Menschen wenig Verständnis dafür, dass neben völlig maroden Straßen nagelneue Radwege gebaut werden, so schön diese auch immer sein mögen.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, dort, wo es zuletzt die Demonstrationen gab, nämlich an der L 199 im Kreis Herzogtum Lauenburg, gibt es eine Gemeinde, die an der Demonstration beteiligt war. Dort führen nur drei Straßen auf diesen Ort zu. Zwei wurden in den letzten Jahren mit neuen Radwegen ausgestattet. Nur leider kommt man dort mit dem Auto nicht mehr hin. Ich habe gehört, dass es jetzt mit der Sanierung losgehen soll. Wenn das nicht passieren sollte, muss man da bald mit einem Hubschrauber hinfliegen oder mit dem Fahrrad hinfahren. Es gibt also nur zwei Möglichkeiten. Insofern hält sich das Verständnis bei vielen Menschen in Grenzen.

Herr Meyer, ich habe zur Kenntnis genommen, dass Ihr Staatssekretär gestern schon die **Sanierung** der **L 199** und auch der **L 257** zugesagt hat, obwohl die entsprechenden Mittel vom Parlament noch nicht bewilligt worden sind. Das ist schon ein komisches Parlamentsverständnis. Aber gut, ich habe gehört, Herr Stegner hat gesagt, dass das durchgestemmt wird. Insofern kann die Landesregierung das Geld ja schon einmal verteilen.

Ich möchte noch zu einem anderen Punkt kommen, nämlich dem **Nord-Ostsee-Kanal**. Allen Unkenrufen zum Trotz, Herr Stegner, wird jetzt der Schleusenneubau in Brunsbüttel vorangetrieben. Das ist ja auch keine kleine Maßnahme. Das sind rund 300 Millionen €. Die weiteren Maßnahmen müssen jetzt ebenfalls vorbereitet werden. Da würde mich auch einmal interessieren, Herr Meyer, was denn eigentlich aus dieser **Vereinbarung zwischen Bund und Land** geworden ist, die wir alle befürwortet haben und bei der noch nichts herausgekommen ist. Es würde mich freuen, wenn die Landesregierung etwas dazu sagen würde, was mit dieser Vereinbarung zum Erhalt und Ausbaus des Kanals los ist.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, der Streik, den Ver.di dort veranstaltet hat, hat die Situation des Kanals alles andere als besser gemacht. In der Tat gilt die Tarifautonomie. Ich wundere mich allerdings schon, dass der Ministerpräsident, als der Ausfall bei der maroden Schleuse war, der die großen Schiffen betraf, sich aus dem Ausland meldet und mit markigen Worten in Richtung Berlin - er war einmal Sprecher des Bundesfinanzministeriums; er müsste eigentlich wissen, woran es liegt - Wahlkampf betreibt, jedoch dann, wenn Ver.di tagelang den Kanal stilllegt, beim Ministerpräsidenten vornehme Zurückhaltung herrscht und stattdessen fröhlich Fahrrad gefahren wird. Meine Damen und Herren, das passt nicht zusammen. Stringent ist das nicht.

(Beifall FDP und CDU)

Auch bei den anderen großen Neubauprojekten in unserem Land, dem Weiterbau der **A 20** und der festen **Fehmarnbelt-Querung**, liefert diese Koalition noch immer ein konfuse Bild. Herr Dr. Stegner, ein Hinweis: Was die A 20 angeht, so hatten wir von Ihrer Regierung kein Baurecht. Ich meine, ohne Baurecht darf man nicht bauen. Oder hätten wir die A 20 schwarz bauen sollen? Es ist nun wirklich ein irrer Vorwurf, den Sie uns da ständig machen. Die Grünen - darum sollten Sie sich einmal kümmern -

(Christopher Vogt)

nutzen jede Gelegenheit, um den Weiterbau der A 20 infrage zu stellen, und tun bei den Großbauprojekten immer so, als hätten sie mit dieser Landesregierung gar nichts zu tun. Insofern ist Ihr Koalitionsantrag dazu wirklich ein schlechter Scherz.

Vom Bau der festen Fehmarnbelt-Querung, Herr Ministerpräsident, konnten Sie bisher noch nicht einmal die eigenen Genossen in Ostholstein überzeugen und - wenn wir den heutigen Antrag dazu sehen - anscheinend auch nicht die eigenen Koalitionsfraktionen.

Der Kollege Winter hier aus dem Landtag und Frau Hagedorn aus dem Bundestag machen den Wählern in ihren Wahlkreisen interessante Angebote: Erststimme SPD gegen die Querung, Zweitstimme SPD für die Querung. Das ist wirklich ein breites Angebot, das die SPD den Wählern dort macht.

(Beifall FDP und CDU)

Der aktuelle Bundestagswahlkampf von Frau Hagedorn in Ostholstein ist eine Blamage für diesen Ministerpräsidenten, für diese Landesregierung und auch für die Landespartei, Herr Stegner.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Lars Winter [SPD])

- Herr Winter, das könnte uns eigentlich relativ egal sein. Wir könnten uns ja darüber freuen.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

- Herr Winter, Sie können ja fordern, was Sie wollen. Nur, wir als Opposition und die Menschen erwarten, dass die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen bei den Großprojekten nach über einem Jahr endlich einmal mit einer Stimme sprechen. Das darf man erwarten.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Was Sie persönlich fordern, ist mir relativ egal. Aber Sie sollten endlich zu einer gemeinsamen Haltung kommen.

Es geht bei der Querung schon lange nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie, vor allem was die **Hinterlandanbindung** angeht. Es ist auch nicht so, dass das Land damit nichts zu tun hat. Das Raumordnungsverfahren ist bei der Staatskanzlei angesiedelt. Insofern ist es nicht so, dass es eine reine Bundesangelegenheit wäre. Das Wie bei der Hinterlandanbindung ist vor allem Aufgabe der Landesregierung. Insofern fordere ich Sie auf: Finden Sie endlich eine gemeinsame Linie. Dann können Sie auch wieder kontern, Herr Stegner.

Das große Problem, das bei der festen Fehmarnbelt-Querung und bei der A 20 besteht - da outet sich Herr Meyer ja auch immer als großer Fan -, ist, dass die Landesregierung keine eigene Mehrheit hat. Das große Problem ist, dass Sie keine eigene Mehrheit hier im Parlament haben. Das sieht man bei dem Antrag zur A 20 und auch bei der festen Fehmarnbelt-Querung.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, das ist wirklich das Problem. Das wurde von uns, von der Wirtschaft und auch von weiten Teilen der Bevölkerung schon kritisiert. Es ist ein Armutszeugnis, dass Sie nach über einem Jahr immer noch keine gemeinsame Linie mit der Landesregierung gefunden haben. Herr Albig, vielleicht sollten Sie einmal miteinander sprechen und nicht über die eigenen Abgeordneten in der Öffentlichkeit sprechen. Die permanente Selbstbeschäftigung der Koalition muss endlich ein Ende haben.

(Heiterkeit SPD - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, ich versuche, von Ihnen zu lernen, auch wenn Sie in Sachen Humor bisher nicht mein Vorbild waren. Aber das kann ja noch kommen.

Abschließend möchte ich noch zur **Rader Hochbrücke** kommen. Ich möchte ausdrücklich betonen: Das Krisenmanagement von Minister Meyer ist in Ordnung. Auch die Informationspolitik und das, was der Staatssekretär uns letzte Woche mitgeteilt hat, sind vollkommen in Ordnung. Da gibt es nichts zu beanstanden. Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten muss man sich darum kümmern, ob die Rader Hochbrücke erneuert werden muss und ob vielleicht eine Schienentrasse integriert werden muss. Insofern herrscht dort Einigkeit, Herr Dr. Stegner. Ich bin nicht für den Abriss der Eisenbahnbrücke. Das ist ein Denkmal, das als Wahrzeichen der Stadt Rendsburg erhalten bleiben muss. Aber ich glaube nicht, dass die Eisenbahnhochbrücke angesichts ihres derzeitigen Zustands und des ständigen Sanierungsaufwands ihr 150-jähriges Jubiläum als aktive Eisenbahnbrücke noch erleben wird. Insofern müssen die Planungen da gemeinsam mit dem Bund beginnen. Da sind wir ausnahmsweise einmal einer Meinung.

Insofern kann ich Sie abschließend nur dazu auffordern: Finden Sie endlich eine gemeinsame Linie, Herr Albig! Sprechen Sie einmal mit Ihren eigenen Abgeordneten! Wenn Sie ein so großer Fan der A 20 und der festen Fehmarnbelt-Querung sind, dann wäre es schön, wenn auch die Anträge der Koalitionsfraktionen zukünftig entsprechend ausse-

(Christopher Vogt)

hen würden. - Ganz herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Nun hat die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abgeordnete Eka von Kalben, das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die finanziellen **Auswirkungen des Zensus** haben dem Land Luft verschafft. Extrageld? Glück des Tüchtigen? Als Grüne muss ich bekennen: Volkszählungen haben auch ihr Gutes.

(Zurufe: Oh! - Beifall Volker Dornquast [CDU])

Es lebt sich gut bei uns im Norden. Das beweisen nicht zuletzt die vielen Bürgerinnen und Bürger, denen wir die zusätzlichen Zensus-Millionen zu verdanken haben. Es lebt sich gut im Norden, das zeigt auch der Glücksatlas 2012, die Studie der Deutschen Post. Das Glück ist vielleicht doch mit den Tüchtigen, und tüchtig ist diese Landesregierung allemal.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Unruhe)

Unsere Finanzministerin hat gemeinsam mit dem gesamten Kabinett im ersten Jahr ihrer Amtsführung die Weichen erfolgreich gestellt. Bildung und Klimaschutz sind die Leitplanken dieser Koalition. In diese Richtung hat Schleswig-Holstein nun Fahrt aufgenommen. Bildung und Klimaschutz sind die Zukunftsfelder, die eindeutig am dauerhaftesten wirken.

Die Landesregierung hat uns einen **Haushaltsplan** vorgelegt, nach dem wir mit Sicherheit im Jahr 2020 oder - wenn die Konjunktur gut läuft - sogar schon im Jahr 2017 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen werden.

(Unruhe)

Das ist schon weit mehr als Licht am Ende des Tunnels, das ist erfolgreiche Finanzpolitik. Vielen Dank, Frau Ministerin!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Konsequenter Personalabbau und Aufgabenkritik, Landeseinnahmen erhöhen und das Vorziehen von Investitionen bestimmen unseren Kurs.

(Lachen FDP)

Wir sanieren heute Gebäude und sparen morgen Energie. Wir erneuern die Decken der Landesstraßen und sparen uns so spätere Flickschusterei. Wir investieren heute in Kindertagesstätten und sparen morgen teurere Extraförderung für Kinder, die zu spät gefördert wurden. So sieht eine Politik der Nachhaltigkeit aus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Callsen, es ist falsch, Straßenbau gegen Schulbildung auszuspielen.

(Zurufe CDU und FDP: Das machen Sie doch gerade!)

Sie haben gesagt, es nütze nichts, Geld in Bildung zu stecken, wenn man da nicht hinkomme. Da haben Sie völlig recht. Aber es nützt uns auch nicht, eine Straße zu bauen, die nirgends hinführt, außer vielleicht in die Elbe.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine Damen und Herren, die Opposition ist sprachlos - nein, das wäre zu schön, sie ist verwirrt. Das hat Herr Koch eben selbst gesagt. Da wäre Sprachlosigkeit das kleinere Übel. Schade, dass sich die Opposition nicht auf den Weg macht, um mit uns um das bessere **Konzept** zu streiten, sondern unkoordiniert Forderungen stellt: Wir sollen mehr sparen und mehr investieren, wir sollen die Grunderwerbsteuer nicht erhöhen, aber den Beamten auch rückwirkend mehr zahlen.

Zurück auf Los, Herr Callsen! Legen Sie uns endlich ein stimmiges Oppositionskonzept für den Landeshaushalt vor! Das haben wir Grünen in Oppositionszeiten auch getan; wir haben uns immer konstruktiv eingebracht. Sie aber belassen es beim Mäkeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine Damen und Herren, die zusätzlichen **Zensus-Millionen** lösen nicht alle Probleme. Sie geben uns etwas Beinfreiheit und beschleunigen die Konsolidierung unserer Landesfinanzen. Im Himmel ist deswegen noch lange nicht Jahrmarkt. Ich warne sehr vor allzu großen **Begehrlichkeiten**. Wir haben nicht mehr Staatseinnahmen zum Ausgeben, son-

(Eka von Kalben)

dern ein weniger großes Defizit. Das muss man sich klarmachen. Noch immer müssen im Jahr 2014 circa 14 % unseres Landeshaushalts aus Krediten finanziert werden. Daher wird diese Koalition mit äußerster Sorgfalt und mit Augenmaß über die Verwendung der Zensus-Mittel entscheiden.

Der **Abbau der Neuverschuldung** und dann in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft auch der **Schuldenabbau** sind eines unserer zentralen Anliegen. Die Altschulden sind die Eisenkugel am Bein jeden Regierungshandels. Ohne die Zinslasten der Vergangenheit hätten wir schon heute einen ausgeglicheneren Haushalt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Volker Dornquast [CDU]: Das liegt doch an Ihnen!)

Aber auch Straßen und Brücken und der Nord-Ostsee-Kanal, die man jahrzehntlang nicht oder unzureichend gepflegt hat, sind Schulden. Diese Schulden stehen nicht in Bilanzen, stehen nicht im Landes- oder Bundshaushalt, diese Schulden spürt aber jeder, der morgens zur Arbeit fährt. Diese Schulden, die uns die Verkehrspolitik der vergangenen Jahrzehnte hinterlassen hat, sind Schulden in Form von Schlaglöchern und bröckelnden Brücken, kaputten Schulen und Turnhallen. Diese Schulden spüren die Reeder mit ihren Schiffen, die nun einen großen Bogen um unser Land machen müssen. Wir schätzen diese **Infrastruktur-Schulden** - da liegen wir sogar noch höher, als Herr Vogt es angegeben hat - allein auf den Landesstraßen auf rund 1,1 Milliarden €, wenn wir alles sanieren würden. Auch diese Schulden muss diese Landesregierung tilgen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wollen und müssen investieren, um die vernachlässigte Infrastruktur wieder zu ertüchtigen. Wir werden zunächst 26 Millionen € in die Straßenrenovierung stecken. Das ist gemessen an den Herausforderungen wenig. Ohne eine grundlegend andere **Finanzierung im Verkehrssystem** werden wir nicht umfassend sanieren können. Da müssen Bund und Länder eine gemeinsame Strategie entwickeln.

Wenn der Bund zur Finanzierung der Bundesstraßen und Autobahnen eine **LKW-Maut** erhebt, ist es nur recht und billig, wenn dieses Recht auch dem Land und den Gemeinden zugesprochen wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich denke, die Konjunktur soll brummen! - Zuruf Tobias Koch [CDU])

Um der LKW-Maut auf Autobahnen und Bundesstraßen auszuweichen, weichen die LKW auf unse-

re **Landesstraßen** aus, die für solche Lasten nicht ausgelegt sind. Da können wir viele Löcher stopfen, perspektivisch bringt das aber nichts. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir auch prüfen müssen, ob wir die Landesstraßen „bemaunten“.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir werden aus den zur Verfügung stehenden Zensus-Mitteln auch in den **Kita-Ausbau** investieren. Die Kleinsten in unserer Gesellschaft brauchen mehr Unterstützung. Das ist gerecht und zukunftsgerichtet. Jeder Euro, den wir heute in Bildung investieren, wird sich in Zukunft mehrfach amortisieren.

10 Millionen € werden in einen Investitionsfonds für Kindertagesstätten bei der Investitionsbank fließen, um die Kommunen beim Ausbau weiter zu unterstützen. Dies geschieht zusätzlich zu den strukturellen Mitteln, die wir bis zum Jahr 2017 auf 80 Millionen € aufwachsen lassen wollen.

Auch das Sondervermögen Hochschulbau wird um weitere 10 Millionen € aufgestockt, um den Sanierungsstau bei den Hochschulen, insbesondere im Bereich der energetischen Sanierung, abzubauen.

Das sind Investitionen, die sich auf lange Sicht auszahlen werden, durch einen Beitrag zum Klimaschutz, durch geringere Energiekosten und nicht zuletzt durch eine Attraktivitätssteigerung unserer Bildungseinrichtungen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die restlichen 30 Millionen € aus den Zensus-Nachzahlungen wird die Koalition zur **Absenkung der Neuverschuldung** einsetzen.

Also, Investitionen in Bildung und Klimaschutz, Erhalt der Infrastruktur und Sanierung des Haushalts, das ist vorausschauend und nachhaltig. Das ist die Politik der Küstenkoalition.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW)

Meine Damen und Herren, die **Infrastrukturpolitik** der vergangenen Jahrzehnte hat einen entscheidenden Denkfehler. Es wurde immer nur geschaut: Was kostet der Bau einer Straße, einer Brücke, eines Tunnels, einer Philharmonie? Die langfristigen Kosten für den Erhalt wurden aber nicht berücksichtigt. Das ist so ziemlich das Gegenteil von dem, was ich als **nachhaltig** bezeichnen würde.

(Eka von Kalben)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben es nachhaltig verhindert!)

„Wenn du deine Sachen pfleglich behandelst, hast du lange Freude daran“, diese Binsenweisheit bringen wir schon unseren Kindern bei. Erhalt statt Neubau, das ist eine im besten Sinne verstandene konservative Politik, eine bewahrende Politik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nicht nur im Naturschutz, sondern auch in der Verkehrspolitik sind die Grünen die besseren Konservativen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Große Einigkeit in der Koalition!)

Gleich mehrere Landes- und Bundesregierungen haben den Erhalt der Infrastruktur total außer Acht gelassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Waren Sie daran nicht beteiligt?)

- Wenn wir Grünen hier für die gesamte Infrastruktur verantwortlich gemacht werden: Es wäre ja schön, wenn wir in den letzten Jahren überall die Verkehrsministerien hätten besetzen können. Das wäre voll in meinem Sinne gewesen, es ist aber de facto nicht so.

(Volker Dornquast [CDU]: Gott sei Dank! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Die SPD ist an allem schuld!)

- Was denn nun: Gott sei Dank? Entweder sind wir nun schuld, oder wir sind nicht schuld. Sie können uns nicht vorwerfen, dass wir hier eine falsche Politik gemacht haben, obwohl wir gar nicht in der Verantwortung waren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie waren nicht in der Regierung von 1996 bis 2005?)

Der Erhalt der Infrastruktur wurde außer Acht gelassen. Stattdessen wurden immer mehr und immer neue Straßen und Tunnel geplant. Die feste Fehmarnbelt-Querung ist nur das bekannteste Beispiel dafür. Ich fordere: Für jeden Neubau in öffentlicher Hand - Straße, Brücke, oder Kanal - muss zukünftig eine **Rückstellung zum Erhalt** eingeplant werden, die der natürlichen Abnutzung entspricht. Wenn diese Kosten von vornherein eingepreist werden, werden die Kosten auf lange Sicht transparent, und manche Wirtschaftlichkeitsrechnung wird anders aussehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Und bei den Beamten?)

Planen Sie für eine zusätzliche **Elbquerung bei Glückstadt** die Erhaltungs- und Sicherungskosten mit ein. Dann wird sich zeigen, ob sich noch Investoren für ein ÖPP-Modell finden. Diese sind ja schon heute Mangelware.

(Christopher Vogt [FDP]: Und bei den Beamten?)

Wir haben weit dringendere Baustellen als eine feste Fehmarnbelt-Querung oder einen Tunnel unter der A 20.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr stark, das wollten wir hören!)

Sie fordern uns auf, an dieser Stelle eine Meinung zu haben. Es ist wirklich lächerlich. Wenn Sie sich in den letzten Wochen die Debatten hier im Landtag zum Betreuungsgeld, zur Optionspflicht und zur gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft angehört haben und sich dann anschauen, wie Sie gegenteilig im Bund regieren, dann kommt hier immer das Argument: Wir sind unterschiedliche Parteien, wir können unterschiedlicher Meinung sein, und die Landes-FDP war schon immer ganz anderer Meinung als die Bundes-FDP. Von einer einheitlichen Meinung zu sprechen, die wir haben müssten, ist deshalb absurd. Wir leben in einer Demokratie.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie haben Regierungsverantwortung!)

Wir haben einen Koalitionsvertrag. Sie erwarten in jeder Sitzung, dass wir ihn kopieren, dabei können Sie den im Netz finden. Dort stehen ganz präzise Sätze zur Fehmarnbelt-Querung. Aus die Maus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die **A 7**, die Jütlandroute, ist die Herzschiachader des schleswig-holsteinischen Verkehrs. Hier fließt der Verkehr zwischen Deutschland und Skandinavien. Ist diese Ader verstopft oder eingeengt, droht der Infarkt. Wir wissen heute nicht, ob noch weitere Engpässe drohen? Ich sage: Erhalt statt Neubau. Erhalt statt Neubau, ich kann es gar nicht oft genug wiederholen. Wir brauchen diesen Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik. Das Durchschneiden roter Bänder bei der Einweihung neuer Straßen ist ein Bild, das wir nur noch selten sehen werden. Wir müssen jetzt erst einmal die Schaufel in die

(Eka von Kalben)

Hand nehmen und unser Verkehrsnetz wieder flicken.

(Christopher Vogt [FDP]: Mit der Schaufel?)

Die einseitige Sicht auf den Straßenbau, um Verkehrsströme zu lenken, ist ein Fehler, den diese Koalition korrigieren wird. Wir haben das feste Ziel, die Mittel für den **öffentlichen Verkehr** aufzustocken. Ja, die S 4 und die S 21 werden im Hamburger Rand viele Pendlerinnen und Pendler aufnehmen können und so die weitere schnelle Abnutzung der Straßen vermindern. Der ÖPNV trägt so auch zum Erhalt der Straßeninfrastruktur bei. Nur, wir brauchen neue Konzepte. Wir brauchen eine neue Mobilitätspolitik. Wir brauchen die Verkehrswende.

Bildung, Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und Haushaltskonsolidierung sind das magische Viereck modernen Regierungshandelns. Substanzverfall, Zukunftsverweigerung, Kurzsichtigkeit und Kleinkaro-Sparpolitik, das ist das schwarze Viereck der schleswig-holsteinischen CDU. Die Küstenkoalition hat also eindeutig das bessere Konzept. Wir sind stolz auf unsere Arbeit. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die heutige Debatte etwas Neues gebracht hat, dann, dass der Bundestagswahlkampf begonnen hat. Wir haben die entsprechenden Schaukämpfe hören dürfen.

(Heiterkeit)

Ich versuche einmal, zur Sache zu sprechen: Der **Sanierungsbedarf** unserer **Landesstraßen** ist unbestritten und dringlich. Nach der letzten Messung haben 25 % unserer Landesstraßen Substanzmängel. Das bedeutet, dass sie Risse enthalten oder geflickt sind. In anderen Bundesländern ist diese Situation übrigens nicht viel besser, das macht sie dadurch bei uns aber auch nicht besser.

Um die kalkulierte Nutzungsdauer einer Straße zu erreichen, ist es notwendig, dass ausreichende **Erhaltungsmaßnahmen** durchgeführt werden, zum Beispiel Deckenerneuerungen, sonst fallen nämlich später höhere Kosten an, als wenn man es rechtzei-

tig macht. Inzwischen sind 700 km unseres Landesstraßennetzes verkehrsbeschränkt, aus Gründen des Straßenzustands. Der Landesverkehrsbetrieb sagt, wir benötigen 36 Millionen € pro Jahr, allein um den jetzigen Zustand zu erhalten.

Das Thema eignet sich denkbar schlecht für die **Schuldzuweisungen**, die ich heute Morgen gehört habe. Denn es sind doch Regierungen aller Couleur verantwortlich für diesen Zustand: FDP, CDU, Grüne, SPD. Sie alle waren doch in der Vergangenheit an der Regierung, und wir hören vom Landesbetrieb, dass sich der Zustand unserer Straßen beständig verschlechtert hat, egal in welcher Regierungszeit. Deswegen ist es das Ergebnis Ihrer Politik. Da machen gegenseitige Schuldzuweisungen überhaupt keinen Sinn.

(Beifall PIRATEN)

Was sind die Ursachen dafür? Erstens. In der Praxis machen Sie genau das Gegenteil von dem, was Eka von Kalben eben gesagt hat. Sie machen **Neubau** vor **Erhalt**. Schauen Sie sich allein Ihren Haushaltsplan für das nächste Jahr an. Darin sind 8 Millionen € für den Um- und Ausbau von Landesstraßen vorgesehen, und zwar nicht nur für bereits begonnene Projekte - es ist okay, dass man die zu Ende baut -, sondern auch für bereits zugesagte Projekte. Ich fordere Sie auf, diese Zusagen abzuräumen. Wir können es uns nicht länger leisten, neue Straßen zu bauen oder zu erweitern, während unsere bisherigen verkommen. Das ist volkswirtschaftlich unsinnig.

(Beifall PIRATEN)

Es geht nicht an, dass Sie weiterhin immer mehr Geld in solche Aus- und Umbauten stecken als in die Erhaltung des bestehenden Straßennetzes. Es geht auch nicht an, dass Sie anlässlich einer Sanierung dann immer noch Um- und Ausbauten dazufügen, wie es bei der L 192 der Fall ist. Alle Um-, Aus- und Neubauprojekte müssen in dieser Situation auf den Prüfstand. Ich fordere Sie auch auf, den **Wegfall** der **Zweckbindung** der Mittel zur **Gemeindeverkehrswegefinanzierung** zu nutzen, um eben nicht nur auf Neubau von Gemeindestraßen zu setzen, sondern auf den verstärkten Erhalt dieser Straßen. Sie haben dadurch die Möglichkeit, dass ab 2014 die Bindung an den Neubau entfällt. Dadurch können Sie diese Mittel eben auch für den Erhalt nutzen. Davon muss Gebrauch gemacht werden.

Was die **Bundesmitten** angeht, die sind leider auch **zweckgebunden**. Hier muss auch darüber nachgedacht werden, ob diese Neubaumittel im Verkehrs-

(Dr. Patrick Breyer)

wegeplan nicht in Sanierungen umgewidmet werden müssen. Einstweilen ist es richtig und wirtschaftlich sinnvoll, dass die **A 20** weitergebaut wird. Falsch ist es dagegen, sie als ÖPP-Projekt weiterzubauen, sodass dann die Tunnelbenutzer auch noch Maut zahlen müssen. **Straßenprivatisierungen** sind mit uns nicht zu machen.

(Beifall PIRATEN)

Schließlich fordern wir PIRATEN: Sie müssen dieses Projekt der **festen Fehmarnbelt-Querung** sofort stoppen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie denn?)

Auf deutscher Seite sollen 2 Milliarden € in dieses Projekt fließen. Dafür könnten Sie sämtliche Landesstraßen neu machen und noch neue Laternen daneben setzen. Das ist ein völlig unsinniges Projekt.

(Beifall PIRATEN und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wollen Sie vielleicht, dass unsere Straßen so verkommen, dass man irgendwann von Flensburg nach Lübeck über Kopenhagen und durch den Tunnel fahren muss?

(Beifall PIRATEN - Heiterkeit)

Das ist das Ergebnis davon, dass Sie Großprojekte neu bauen, während unsere bestehenden Straßen hier verkommen. Wir PIRATEN sind auch nach der Wahl gegen die feste Fehmarnbelt-Querung - leider inzwischen nur noch als die einzigen. Dass in der SPD immerhin einzelne örtliche Abgeordnete dagegen sind und dass sie sich trauen, gegen die falsche Mehrheit ihrer Partei aufzubegehren, lobe ich ausdrücklich.

Natürlich besteht eine Möglichkeit, aus dem Vertrag herauszukommen, nämlich wenn sich die Grundlagen verändern. Dann sind neue Verhandlungen im Vertrag vorgesehen und eventuell auch ein Vertragsausstieg. Durch die Kostensteigerung um mehr als das Zwei- oder Dreifache ist die Situation längst gegeben, um diese Verhandlungsklausel zu nutzen.

Was sind die Ursachen für die Misère bei den Landesstraßen? Ich habe gesagt, erstens, die Praxis des Neubaus vor Erhalt. Zweitens. Seit Monaten versäumt der Verkehrsminister, endlich für eine **Kostenbeteiligung** des **Transportgewerbes** für den Schwerlastverkehr zu sorgen. Der Landesbetrieb für Straßenbau sagt doch ganz klar: Eine Ursache für diesen schlechten Zustand ist, dass die Landesstraßen für Schwerlastverkehr genutzt werden, für den sie nicht gebaut sind. Dann ist es doch nur an-

gemessen, dass man an den Ursachen des schlechten Straßenzustands ansetzt und Sondergenehmigungen für Schwerlastverkehr nur noch gegen Kostenbeteiligung erteilt, und diejenigen für die Schäden aufkommen, die sie verursachen.

Dritte Ursache. Wir PIRATEN fordern, dass die **Subventionen**, die im Landeshaushalt vorgesehen sind, auf den Prüfstand gestellt werden. Das ist nämlich auch eine Ursache dafür, warum so wenig Geld für den Erhalt der Straßen da ist. Sie haben entgegen der Ankündigung in Ihrem Koalitionsvertrag die einzelbetriebliche Förderung, das heißt die Subventionierung von Hotels oder von Spaßbädern, munter fortgesetzt. Das ist ein Fehler. Sie haben eine Marketingstrategie für eine halbe Million € vorgesehen, für die bis heute kein nachvollziehbares Konzept vorliegt. Auch dieses Geld wäre im Straßenerhalt besser angelegt.

Bei der Kofinanzierung, das heißt, wenn Subventionen von Bund oder EU teilweise mitfinanziert werden, springen Sie über jedes Stöckchen, das Ihnen die EU oder der Bund hinhält. Eine Kofinanzierung kann auch kein Grund dafür sein, alles mit Landesmitteln zu unterlegen, egal was vorgeschlagen wird. Wir brauchen eine **Umorganisation** im **Haushalt** des **Wirtschafts- und Verkehrsministeriums**.

(Beifall PIRATEN)

Die vierte Ursache dafür, dass kein Geld für den Erhalt vorhanden ist: Das Land zahlt **Zinslasten** von bald 1 Milliarde € jährlich. Was könnten wir davon für Straßen bauen, wenn Sie in der Vergangenheit nicht so übermäßig viele Schulden zulasten zukünftiger Generationen aufgenommen hätten! - Deswegen sind diese Sondervermögen, die Sie jetzt vorschlagen, allesamt der falsche Weg; denn diese Schuldenlast, die wir schon heute zu tragen haben, ist doch gerade die Ursache für den Investitionsstau. Deswegen fehlt uns doch gerade das Geld, das wir hier brauchten. Deswegen ist es auch falsch, Herr Ministerpräsident, wenn Sie die Schuldenbremse modifizieren wollen, um für Investitionen noch mehr Schulden aufnehmen zu können. Dem kann ich nur eine klare Absage erteilen.

(Beifall PIRATEN und Volker Dornquast [CDU])

Der richtige Weg, um die Finanzierung des Straßenerhalts zu stärken, ist ein **Nachtragshaushalt** an dieser Stelle. Da machen wir auch gern mit, wenn Sie für diesen Weg offen sind. Was mit mir nicht zu machen ist, ist eine **Umgehung der Schuldenbremse** durch **Sondervermögen**.

(Dr. Patrick Breyer)

Falsch sind auch weitere Vorschläge, die teilweise gemacht werden. Vonseiten der Grünen wird eine **Nutzerfinanzierung der Straßen** gefordert. - Wir brauchen überhaupt keine Pkw-Maut. Die Straßen sind schon heute nutzerfinanziert, nämlich über die Mineralölsteuer. Wenn Sie da mehr Geld wollen, trauen Sie sich, eine Steuererhöhung zu fordern! Fordern Sie nicht eine unsinnige Pkw-Maut, die überhaupt nicht an den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen gebunden ist - anders als zum Beispiel die Mineralölsteuer.

(Beifall PIRATEN - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP schlägt vor, den **Radwegebau** einzustellen. Diese Diskussion ist die völlig falsche Baustelle. Es geht hier um die Mittel für den Neubau. Die können nicht genutzt werden, um den Bestand zu erhalten. Im Übrigen ist der Radwegebau wichtig für den Tourismus und die Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

An dieser Stelle zu sparen, ist der völlig falsche Weg.

(Beifall PIRATEN und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist schon jetzt absehbar, dass auch dieses Zusatzpaket, das Sie für den Straßenerhalt planen, auf Dauer nicht reichen wird, um unsere Straßen in einem vertretbaren Zustand zu erhalten. Wir brauchen deswegen eine ehrliche und offene Diskussion über Prioritäten. Alle Um-, Aus- und Neubauprojekte müssen auf den Prüfstand, und das Land muss sich ehrlich überlegen, welche Straßen es überhaupt noch unterhalten kann.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Gern.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege. Minister Dr. Habeck hat recht: Wo wir gerade beim Unterhalten sind, wollte ich Sie einmal fragen, ob Sie vielleicht zur Kenntnis nehmen würden, dass dieser Topf für den kommunalen Straßenbau, aus dem die 5 Millionen € für den Radwegebau herausgenommen wurden, zwar „Mittel für

kommunalen Straßenbau“ heißt, aber das aus den etwas über 29 Millionen € - jetzt 5 Millionen € weniger - vor allem der Erhalt von kommunalen Straßen finanziert wird und nicht, wie Sie gerade gesagt haben, ein Neubau. Es gibt nämlich fast keine Neubauprojekte in diesem Bereich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Weiß er nicht!)

- Das weiß ich nicht genau, das muss ich nachprüfen. Danke für den Hinweis!

(Christopher Vogt [FDP]: Dann machen Sie das! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Das **Verfahren**, wie Sie bisher planen, welche Straßen wann zu erhalten sind, läuft völlig **intransparent** ab. Wir bekommen immer wieder Ankündigungen vonseiten des Ministeriums mit, es gibt aber keinerlei Kriterien dafür, welche Straße wann saniert wird. Andere Länder machen das viel besser. Da gibt es einen Plan, in dem steht, welche Kriterien angelegt werden und welche Reihenfolge für die entsprechenden Projekte gilt. Ich fordere Sie auf, genauso ehrlich und offen und transparent einen Plan aufzustellen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Transparenz!)

welche Prioritäten Sie bei der Sanierung der Landesstraßen setzen.

Ich komme auf die anderen Anträge zu sprechen. Der Antrag, den die Koalitionsfraktionen zum Verkehrsknotenpunkt Rendsburg vorgelegt haben, geht in die richtige Richtung, deswegen kann ich dem auch zustimmen. Auch der CDU-Antrag ist in vielen Punkten unterstützenswert, aber deswegen inakzeptabel, weil Sie sich darin für die feste Fehmarnbelt-Querung aussprechen und nicht anerkennen wollen, dass Erhalt vor Ausbau gehen muss. Sie machen eine große Wunschliste auf, was Sie alles gern hätten, was aber überhaupt nicht finanzierbar ist. Sie wollen gar mehr Mittel in den Neubau von Straßen stecken - das ist überhaupt nicht möglich - und sprechen sich für Sondervermögen aus.

Was den FDP-Antrag angeht, fehlt ihm ebenfalls dieser Realitätsbezug. Vor allem spricht er sich für öffentlich-private Partnerschaften aus, wohl wissend, dass diese nach einschlägigen Untersuchungen den Steuerzahler teurer zu stehen kommen, als wenn man das öffentlich finanziert.

Was den Koalitionsantrag „Unser Modernisierungsprogramm“ angeht, ist das eine reine Lobhudelei, die mit der Realität wenig zu tun hat.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

(Dr. Patrick Breyer)

Diesem Eigenlob kann ich überhaupt nicht zustimmen. Der Finanzplan, den Sie da loben, sieht eine übermäßige Verschuldung vor, die dazu führen wird, dass wir später sehr starke Belastungen haben werden. Jetzt, wo die Einnahmen steigen, müsste man das nutzen, um die späteren Belastungen abzufedern. Wenn Sie das nicht tun, wird nach der Bundestagswahl das große Heulen und Zähneklappern kommen.

Schließlich loben Sie den Schuldenabbau. Da frage ich mich schon, in welchem Land ich lebe. Von welchem Schuldenabbau reden Sie denn? Wir nehmen doch von Jahr zu Jahr neue Schulden auf. Die Finanzpolitik, die Sie für diese Legislaturperiode vorgesehen haben, hat mit Schuldenabbau nichts zu tun.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Da hat er recht! - Beifall PIRATEN - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zu Ihrem Änderungsantrag zu den Sondervermögen für Straßenbau, Kinderbetreuung und Hochschulbau: Sie können doch nicht ernsthaft von uns PIRATEN erwarten, dass wir bei diesem **Schnellverfahren** in nur einer Lesung mitmachen.

„Die Zeitabfolge zwischen den Veröffentlichungen“

- des Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes -

„und der Frist zum Einreichen von Anträgen hätte es durchaus hergegeben, den Antrag auch innerhalb der normalen Antragsfrist einzureichen. Insofern sehen wir die Dringlichkeit überhaupt nicht, denn man hätte - das ist zugegebenermaßen etwas ambitioniert - das rechtzeitig vorlegen können. Das erwarten wir an anderer Stelle hier im Haus auch.“

(Beifall PIRATEN)

Wenn Sie es nicht erkannt haben: Das war ein Zitat der Kollegin Herdejürgen, mit der sie die Dringlichkeit unseres PRISM-Antrags abgelehnt hat.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das hier ist kein Dringlichkeitsantrag! - Olaf Schulze [SPD]: Das ist kein Dringlichkeitsantrag!)

Wir erwarten, dass dieser Änderungsantrag, der komplett andere Sondervermögen betrifft als sie ursprünglich im Verfahren waren, im ordentlichen Verfahren - das heißt in zwei Lesungen - behandelt wird und nicht im Brachialverfahren. Diese Zensus-Millionen, um die es hier geht - eigentlich eine Verringerung der Neuverschuldung und überhaupt keine Einnahmeerhöhung -, kommen ohnehin erst zum

Jahresende rein. Wenn Sie das trotzdem jetzt im Eilverfahren durchziehen wollen, kann das eigentlich nur drei Gründe haben: Entweder, es ist ein Wahlkampfmanöver vor der Bundestagswahl, dass Sie Geld verteilen wollen, oder Sie fürchten, dass dieser Zensus neu aufgerollt werden muss. Wir wissen, dass es Klagen dagegen gibt, weil der Zensus nicht repräsentativ ist. Wir PIRATEN haben ihn übrigens von vornherein abgelehnt.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Oder Sie zweifeln daran, dass die Landesregierung in der nächsten Tagung noch im Amt sein wird - nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts. Nur das sind die Gründe, die ich mir vorstellen kann.

Im Übrigen ist weder Kindern noch Studenten geholfen, wenn Sie auf deren Kosten die finanziellen Handlungsspielräume der Zukunft einengen, indem Sie die Schuldenbremse umgehen. Ich sage: Wenn Sie das über einen **Nachtragshaushalt** lösen wollen, entsprechende Bereiche zu stärken, bin ich gern dabei, aber nicht in diesem unseriösen Verfahren zur Umgehung der Verfassung.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine chinesische Weisheit besagt: Wer die Wahrheit sagt, braucht ein schnelles Pferd. - Ich rate Ihnen: Schaffen Sie sich schnelle Pferde an, und sagen Sie die Wahrheit, was den Zustand unserer Landesstraßen und die Möglichkeiten des Landes angeht. Machen Sie keine Versprechungen, von denen Sie wissen, dass Sie sie nicht einhalten können, denn das befördert Politikverdrossenheit und erschüttert das Vertrauen in unsere Demokratie. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN - Christopher Vogt [FDP]: Uns fehlt das Geld für Pferde!)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt natürlich immer wieder nahe, vonseiten der Opposition riesige Ausgaben zu fordern und dann die Regierung darauf hinzuweisen, dass sie selbstverständlich auch die Schuldenbremse einzuhalten habe.

(Lars Harms)

(Christopher Vogt [FDP]: Die Ausgaben sind gleich!)

Allerdings ist es nicht mehr wirklich ernst zu nehmen, wenn die Ausgabenwünsche - wie bei der CDU - nicht mehr zum Schuldenabbau passen. Wenn die Forderungen überzogen sind und den finanziellen Rahmen sprengen, kann man nur von unseriöser Politik sprechen.

(Beifall Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

Glücklicherweise ist nur die virtuelle Politik der Opposition in diesem Bereich unseriös, die Politik der Landesregierung ist es aber nicht.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Es ist die gleiche Höhe, aber unseriös!)

Die Regierungspolitik setzt das Machbare um und hält sich selbstverständlich an die verfassungsmäßigen Vorgaben der Schuldenbremse.

Es mag die Opposition vielleicht ärgern, dass sie in ihrer eigenen Regierungszeit nicht darauf gekommen ist, finanzielle Spielräume für **Zukunftsinvestitionen** zu nutzen. Uns dies jetzt aber vorwerfen zu wollen, geht ins Leere. Sie haben die Möglichkeit gehabt, etwas für die Modernisierung des Landes zu tun und nachhaltige Investitionen zu tätigen.

(Christopher Vogt [FDP]: Haben wir auch getan! - Landesverkehrswegeplan, Lars Harms!)

Allerdings haben Sie sich dafür entschieden, das Sparen um jeden Preis zum obersten Mantra zu erklären. Wer das tut, hat sich für einen Weg entschieden. Nach unserer Auffassung ist das der falsche Weg. Es ist der Weg, der unser Land an die Wand fährt, und es ist der Weg, der unser Land endgültig von den anderen Bundesländern abhängt.

Deshalb kann es für uns nur einen Weg geben: nachhaltig in Infrastruktur, frühkindliche Bildung, Hochschulen und Kommunen zu investieren und dabei gleichzeitig bei der Umsetzung des laufenden Haushalts die **Schuldenbremse** einzuhalten. Auch hier noch einmal: Die Einhaltung der Schuldenbremse ist Verfassungsauftrag, und keine Regierung oder Koalition dürfte gegen diesen Verfassungsauftrag verstoßen.

(Beifall Abgeordneter Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Im Übrigen verweise ich noch einmal auf den damaligen Beschluss zur diesbezüglichen Verfassungsänderung, der nicht nur von CDU und FDP,

sondern eben auch von SPD, Grünen und SSW beschlossen wurde. Deshalb ist es unredlich, hier immer wieder zu behaupten, dass unsere Regierung die Schuldenbremse nicht einhalten werde. Im Gegenteil, wir haben immer einen Puffer eingeplant, der groß genug ist, dass die Schuldenbremse auch bei außergewöhnlichen Ereignissen eingehalten wird.

Das sieht im Übrigen auch der **Stabilitätsrat** so. Erstmals hat uns der Stabilitätsrat bescheinigt, dass wir nicht mehr ein Land mit drohendem Haushaltsnotstand sind. Unter Schwarz-Gelb waren wir das ja noch.

(Johannes Callsen [CDU]: Das ist wohl eine Frechheit! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist eine Unverschämtheit! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Das liegt an mehreren Faktoren. Wie gesagt, halten wir erstens immer einen Puffer zur Schuldengrenze ein. Zweitens gehen die Personalabbaubemühungen unvermindert weiter. Drittens investieren wir in Projekte, die uns zukünftig den Unterhalt von Gebäuden und Ähnlichem erleichtern. Viertens investieren wir in Zukunftsbranchen. Fünftens generieren wir auch Einsparungen im Haushaltsvollzug. All dieses führt beim Stabilitätsrat zu der berechtigten Einschätzung, dass man es bei der rot-grün-blauen Koalition mit einem verlässlichen Partner zu tun hat, der spart und gleichzeitig in die Zukunft des Landes investiert.

Genau das ist das, was unsere Politik ausmacht. Wir machen im Prinzip das, was jeder kluge Privatmann oder jeder kluge Unternehmer tun würde: Anstatt in einer Niedrigzinsphase krampfhaft Schulden zu tilgen, um geringe Prozentsätze an Zinsen zu sparen, investiert man in sein Haus oder seine Firma. Man saniert oder isoliert Wände, um Betriebskosten zu sparen, die die möglichen Zinseinsparungen übertreffen. Man investiert in eine neue Heizungsanlage, um diese effektiver und damit kostengünstiger steuern zu können. Der Privatmann wie der Unternehmer versuchen, sich die niedrige Zinsphase zunutze zu machen, indem sie längere Zinsbindungsfristen mit den Banken vereinbaren. Genau das tun wir auch. Das gibt Planungssicherheit und führt zu geringeren Aufwendungen in der Zukunft.

Nehmen wir den Bereich der **Hochschulen**. Schon früher haben wir festgestellt, dass die notwendigen baulichen Maßnahmen einen Umfang von 160 Millionen € haben. Die schwarz-gelbe Regierung hatte hierfür keinen konkreten Plan. Wir haben schon in

(Lars Harms)

den Koalitionsverhandlungen deutlich gemacht, dass dies einer der Schwerpunkte unseres Regierungshandelns sein wird. Schon im allgemeinen Haushalt wurde dies deutlich. Dass wir jetzt zusätzlich Zensusmittel gerade in diesem Bereich einsetzen werden, erhöht die Chance, dass hier in den nächsten Jahren ein großer Anteil des Investitionsstaus abgebaut werden kann. Das Programm PROFI und die jetzt noch einmal aufgewendeten zusätzlichen 10 Millionen € für die Hochschulen zeigen den deutlichen Unterschied zwischen alter und neuer Regierung. Wir investieren und senken laufende Kosten.

Oder betrachten wir die **Verkehrsinfrastruktur**. Auch da haben wir festgestellt, dass unsere eigene Verkehrsinfrastruktur in großen Teilen saniert werden muss. Deshalb haben wir schon in den Koalitionsverhandlungen beschlossen, dass dem Erhalt und der Renovierung der Infrastruktur Priorität gegenüber neuen Projekten eingeräumt werden muss.

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bevor wir also eine neue **Landesstraße** bauen, müssen wir erst einmal grundsätzlich die bisher kaputten Wege instand setzen. Was haben wir nicht alle am Anfang der Wahlperiode gehört? Jeder im Landtag vertretene Dorffürst der Opposition schrie Zeter und Mordio und sah all seine Neubauten entschwinden. Heute wird uns wohl jeder recht geben, dass genau dieser Ansatz der richtige ist. Deshalb lenken wir jetzt 8 Millionen € im Programm PROFI um und stocken diese Mittel mit weiteren 18 Millionen € auf. Wer hier meckert, darf gern einmal sagen, wann er zuletzt insgesamt 26 Millionen € zusätzlich für den Straßenbau des Landes investiert hat. Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern, dass eine Landesregierung das jemals geschafft hat.

Erlauben Sie mir beim Thema Verkehr einen kleinen Exkurs auf die **Bundesebene**. Dass das Nadelöhr Rader Hochbrücke für Lkw gesperrt ist, zeigt vor allem eines, nämlich, dass nur eine Linieneinführung von Nord nach Süd nicht genug ist. Im Licht der Teilspernung der Rader Hochbrücke wird deutlich, dass der B 5 und der A 23 in Zukunft mehr Bedeutung beigemessen werden muss.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Diese Strecke dient nicht nur der wirtschaftlichen Erschließung der Westküste, sondern eben auch der mittel- und langfristigen Entlastung der A 7. Wer einen Verkehrsinfarkt auf der A 7 verhindern will, kommt an der Ertüchtigung der Westküstenstrecke nicht vorbei. Dies beinhaltet konsequenterweise

den weiteren Ausbau der A 20 und einer westlichen Elbquerung bei Glückstadt. Das ist alles für die meisten nicht neu, aber die marode Rader Hochbrücke macht dies jetzt noch einmal deutlich.

Während unser Verkehrsminister hier im Land sehr schnell gehandelt und sämtliche Maßnahmen zur Behebung des Problems in Angriff genommen hat, scheinen der Bundesverkehrsminister und die Bundesregierung den Ernst der Lage noch immer nicht erkannt zu haben. Inzwischen ist die verkehrliche Situation des Landes Schleswig-Holstein nämlich nicht nur ein regionales Ärgernis, sondern auch ein handfestes **internationales Problem**. Der Verkehr von und nach Skandinavien wird hier bei uns abgeblockt, weil verschiedene Bundesregierungen unser Land nicht auf dem Zettel hatten. Das muss sich ändern. Die **Südlastigkeit** der **Vergabe von Infrastrukturmitteln** hat dazu geführt, dass die Situation so ist, wie sie ist. Da nutzen auch Beschlussvorschläge wenig, wenn sie das falsche Thema oder den falschen Adressaten haben.

Nicht die Landesregierung ist das Problem, denn sie tut alles Menschenmögliche, sondern die Bundespolitik steht hier in der Verantwortung. Dass die Rader Hochbrücke repariert wird und der Bund Mittel zur Verfügung stellt, ist eine Selbstverständlichkeit. Dass sich der Bund jetzt auf den Weg macht und eine neue Kanalquerung für Straße und Schiene plant, finanziert und umsetzt, ist die eigentliche Aufgabe. Hier hört man weder etwas von Herrn Ramsauer noch von Frau Merkel.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das muss das Land erst einmal anmelden!)

Wie gesagt, lieber Kollege Kubicki, tun wir als rot-grün-blaue Koalition alles, um die verkehrliche Situation in unserem Land zu verbessern. Wir planen Verkehrsprojekte, so schnell es irgend geht. Wir werden gerade auch die notwendige Planung der A 20 inklusive der Elbquerung vollständig abschließen. Das haben wir versprochen, und das werden wir auch halten. Wir stecken mehr Geld in die Landesstraßen, wobei der Erhalt und die Instandsetzung der Straßen absolute Priorität haben. Mit den 26 Millionen €, die in die Verkehrsinfrastruktur gesteckt werden, schaffen wir Handlungsspielräume, die wichtig für unser Land sind.

Damit wären wir wieder bei den **finanzpolitischen Herausforderungen**. In der vergangenen Wahlperiode hat die damalige Landesregierung ein Sondervermögen zum Ausbau der U3-Kita-Versorgung aufgelegt. Dieses Sondervermögen diente dazu, den Anspruch auf einen Kita-Platz besser erfüllen zu

(Lars Harms)

können. Dabei konnte es nicht bleiben. Zwar war die Einrichtung des **Sondervermögens** lobenswert, aber wenn wir uns mit den Kommunen nicht über die dauerhafte Finanzierung des Betriebs der **Kindergärten** geeinigt hätten, hätten die besten Ausbaupläne nichts genutzt. Deshalb muss man die Aufstockung des Sondervermögens für die Kitas durch uns jetzt auch vor einem anderen Hintergrund sehen. Während die Finanzierung des Anspruchs auf einen Kindergartenplatz die Pflicht war, ist die Aufstockung des Sondervermögens quasi die Kür. Wir wollen mehr als nur die Pflicht erfüllen. Wir wollen nicht nur den Zugang zur Kindertagesstätte für die Kleinsten der Kleinen durch ein Betreuungsgeld nicht erschweren, sondern wir wollen alles daran setzen, dass noch mehr Kinder eine Chance auf **Bildung im Kindergarten** erhalten können. Deshalb stecken wir zusätzlich 10 Millionen € in genau diesen Bereich.

(Beifall SSW und SPD)

Man mag mit Recht behaupten, dass sich diese Maßnahme nicht sofort in Heller und Pfennig in einer Bilanz auszahlen wird. Aber der gesellschaftliche Effekt ist bei solchen Maßnahmen nicht zu unterschätzen. Wir schaffen mehr Bildungsgerechtigkeit, und wir tragen gerade durch diese Maßnahme zu einer besseren Integration von ausländischen Mitbürgern bei. Es gibt keine bessere Maßnahme, als sich an die ganz Kleinen zu wenden und ihnen neue Chancen zu ermöglichen. Der gesellschaftliche Schaden, der entsteht, wenn hier nicht gehandelt wird, ist größer als die Zinseinsparungen, die manch ein Buchhalter sich erhofft, wenn man das Geld nicht investiert.

(Beifall SSW und Wolfgang Baasch [SPD])

Die einzige Maßnahme, die sich für das Land im ersten Moment in der Bilanz nicht rechnet, ist die sofortige Weiterleitung sämtlicher ihnen zustehender Zensusentnahmen an die **Kommunen**, auch wenn die Gelder noch nicht vollständig bei uns angekommen sind. Der eben zitierte Buchhalter würde auf dem Geld sitzen und es erst dann weiterleiten, wenn es nicht mehr anders geht.

Der verantwortungsbewusste Politiker leitet das Geld jedoch gleich weiter, damit die Kommunen es investieren können. Wir glauben, dass wir den Kommunen mit dieser Maßnahme kurzfristig helfen können und ihre Situation nachhaltig verbessern. Somit kann man sehen, dass die Kommunen gerade in dieser rot-grün-blauen Koalition einen verlässlichen Partner haben, und das wird auch so bleiben.

Trotz dieser Maßnahmen bleibt voraussichtlich immer noch eine Summe von rund 30 Millionen €, die wir in die Senkung der Schulden stecken können. Man kann also sehen, dass sich **Sparen und kluges Investieren** nicht ausschließen müssen, sondern zwei Seiten der gleichen Medaille sind.

Mit den Maßnahmen, die ich Ihnen gerade beschrieben habe, legen wir ein sehr ansehnliches **Konjunkturprogramm für die heimische Wirtschaft** auf. Wir reden hier mit PROFI A und B, dem Sondervermögen Kita, den Maßnahmen für die verkehrliche Infrastruktur und den Maßnahmen für die Hochschulen von einem dreistelligen Millionenbetrag. Diese Maßnahmen sind somit eine wesentliche Unterstützung unserer heimischen Betriebe und unserer hier tätigen Beschäftigten. Ich glaube, auch das ist etwas, das sich die Landesregierung durchaus als Verdienst anrechnen kann. Das ist etwas, was andere Landesregierungen in der Vergangenheit trotz guter Spielräume nicht geschafft haben.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir tun Gutes für die Wirtschaft. Dabei ist für die Wirtschaft die einzige Bedingung, dass für Vollzeitarbeit ein Lohn gezahlt wird, bei dem niemand mehr zusätzlich zum Sozialamt laufen muss. Ich glaube, in der Wirtschaft kapiert man mehr und mehr, dass das der richtige Weg ist.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Dieses Programm für die Wirtschaft kann sich sehen lassen. Es wird die konjunkturelle Entwicklung positiv beeinflussen. All das Gute, das wir hier tun, ist auch gut für die Wirtschaft, und zwar insbesondere für den Mittelstand, denn auch an diesen haben wir mit unserem Programm gedacht. Abschließend kann man also mit Fug und Recht feststellen, dass die rot-grün-blaue Koalition dem Land gut tut, dass wieder in unser Land investiert wird, dass es sozial gerechter zugeht und dass das Land bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW in den allerbesten Händen ist, Herr Kollege Kubicki.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Kaiser-Karl-Schule Itzehoe, die sich in einem Seminar der Hermann-Ehlers-Akade-

(Präsident Klaus Schlie)

mie befinden. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag! Einen besonders herzlichen Glückwunsch richten wir an die Teilnehmerin, die heute mit uns hier ihren 18. Geburtstag feiert. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Hans-Jörn Arp. Aus dem Redezeitkontingent der CDU-Fraktion stehen ihm noch 4 Minuten Redezeit zu.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Geburtstagskind kommt zufällig aus Wacken.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Stegner, Sie haben mich veranlasst, noch einmal an das Rednerpult zu gehen, denn Ihre Aussagen machen mir Sorgen. Sie haben wörtlich gesagt: Wir tun, was wir können. Das ist schlimm genug, wenn ich nur daran denke, was wir im letzten Jahr unter den Stichworten Antikorruptionsgesetz, Spielhallengesetz und Sparkassengesetz erlebt haben. All dies hat Arbeitsplätze vernichtet und wird in Zukunft Arbeitsplätze vernichten. Wenn wir uns darauf verlassen sollen, dass Sie das als Motto für die **Verkehrsinfrastrukturpolitik** nehmen, dann mache ich mir große Sorgen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, einer Ihrer Vorgänger, Björn Engholm, hat Schleswig-Holstein einmal als das Brückenland zwischen Skandinavien und Zentraleuropa dargestellt. Er hat virtuelle Straßen gebaut. Leider ist er damit nicht weitergekommen, weil später unter Frau Simonis die Grünen als Koalitionspartner jeden Neubau verhindert haben.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Jetzt sind Sie wieder in der gleichen Situation. Ich sehe mir die großen Verkehrs- und Infrastrukturprojekte an, die wir in Schleswig-Holstein benötigen. Um die Funktion zwischen Skandinavien und Zentraleuropa wahrzunehmen, brauchen wir die Fehmarnbelt-Querung. Für diese finden Sie jedoch nicht einmal in Ihrer eigenen Partei eine Mehrheit. Es gibt nur noch eine knappe Mehrheit, zumindest hier in der Fraktion. Wenn diese dazu steht, was öffentlich aus den Reihen gesagt wird, dann haben Sie keine Mehrheit mehr. Ein weiteres Problem haben Sie mit den Grünen, die das Projekt **Fehmarnbelt-Querung** jederzeit öffentlich ablehnen.

Ein großes Thema nicht nur für die Westküste, sondern für ganz Zentraleuropa ist die **A 20**, die Ost- und Westeuropa miteinander verbindet. In diesem Zusammenhang haben Sie im Koalitionsvertrag als Erstes die Elbquerung gekippt. Sie haben damit die Ahrensburger Liste verlassen. Das ist ein Thema, bei dem immer alle gesagt haben: Wir in Norddeutschland müssen uns mit den anderen norddeutschen Ländern einig sein. Diese Einigkeit haben Sie einseitig aufgekündigt. Jetzt beklagen Sie sich, dass wir nicht so stark sind wie die süddeutschen Länder. So geht das nicht. Wenn wir das wollen, dann müssen wir auch zusammenstehen. Dann müssen wir zur Ahrensburger Liste stehen. Man kann sich die Dinge nicht immer so aussuchen, wie es einem gerade gefällt.

(Beifall CDU und FDP)

In der Frage der **Elbquerung** haben Sie in Ihrer eigenen Koalition keine Mehrheit. Die Grünen betonen immer wieder, dass sie diese nicht wollen. Das ist die Situation. Zu der **östlichen Elbquerung**, die danach käme, sagt selbst der Verkehrsminister: Diese ist zurzeit nicht realisierbar. Sie kommt auch nicht infrage.

Die **B 5** ist wichtig. Hier sind wir uns glücklicherweise einig. Für dieses Projekt finden Sie sogar in Ihrer Koalition eine Mehrheit. Das ist der kleinste gemeinsame Nenner. Das reicht nicht, um die Funktion wahrzunehmen, die Schleswig-Holstein als Brückenland einnehmen könnte. Das ist Ihre Aufgabe. Hier müssen Sie führen. Ich verlange von Ihnen die Führung, und ich bin gespannt, ob die Rede, die Sie gleich halten werden, diesen Führungsanspruch zeigt.

Vorgänger von Herrn Meyer, angefangen beim ehrenwerten Herrn Rohwer bis hin zum ehrenwerten Jost de Jager, haben immer wieder auf die Landespolitik gehört und gesagt: Diese Baumaßnahme ist 2011 planfestgestellt. Dann kamen die Jahre 2012 und 2013. Ich kenne die Zahlen, die wir gleichermaßen immer von allen aus allen Parteien gehört haben. Es gab nie einen Vorwurf, aber planfestgestellt ist außer dem Streckenabschnitt Weede-Wittenborn im Moment nichts. Wenn wir uns andere Bundesländer - nicht unbedingt Bayern und Baden-Württemberg, aber zum Beispiel Sachsen - als Vorbild nehmen wollen, dann sage ich: Von diesen Ländern weiß man, dass sie immer fertige Pläne in den Schubladen haben. Daher sage ich: Stocken Sie Ihr Personal beim Landesbetrieb auf oder schaffen Sie sich durch Werkverträge externen Sachverstand!

(Hans-Jörn Arp)

(Beifall CDU und FDP)

Das wäre in dieser Phase psychologisch das Beste, was Sie der Wirtschaft in Nordeuropa und in Skandinavien jetzt signalisieren könnten. Es würde zeigen: Ja, wir haben gelernt. Wir reagieren jetzt. Das ist eine Maßnahme, die wir mit eigenen Mitteln umsetzen können. Für diese brauchen wir keine Bundesmittel. Das wären eine Geste und ein Symbol, um zu sagen: Das darf uns nie wieder passieren.

(Beifall CDU)

Herr Ministerpräsident, ich bin gespannt auf Ihre Worte. Ich werde Sie an dem messen, was Sie hier sagen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geschehen manchmal noch Zeichen und Wunder. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, der Kollege Dr. Ralf Stegner, trägt hier mit relativ zerknirschem Gesicht vor, welche Erfolge diese Landesregierung vorzuweisen hat, und zwar im Rahmen einer Wahlkampfrede. Das ist wahrscheinlich so, weil Sie, Herr Kollege Dr. Stegner, mittlerweile begriffen haben, dass Rot-Grün bei der Bundestagswahl keine Mehrheit mehr erreichen kann.

(Beate Raudies [SPD]: Schwarz-Gelb auch nicht!)

- Das werden wir sehen. Warten Sie ein paar Tage ab. Diese wunderbaren Sozialdemokraten warten jetzt noch einmal ab.

(Weitere Zurufe SPD)

- Wer mit Schwarz-Gelb 12 Prozentpunkte vor Rot-Grün liegt, der muss sich weniger Sorgen machen als umgekehrt, aber sei es drum.

(Beifall FDP und CDU)

Ich will jetzt keine Schuldfrage stellen, aber einige Daten sollte ich klarstellen. In Diskussionen begegnet mir immer wieder die Tatsache, dass sich Menschen aus ihrer eigenen geschichtlichen Verantwortung stehlen wollen. Frau von Kalben, Sie sagen, die **maroden Straßen** seien geschichtlich bedingt.

Ich möchte daran erinnern, dass in der Zeit von 1988 bis 2013 die Sozialdemokraten in diesem Land 22 Jahre von diesen 25 Jahren regiert haben. Wenn wir von Erblasten sprechen, dann müssen die Sozialdemokraten etwas damit zu tun haben.

Herr Kollege Dr. Stegner, es gibt in der schleswig-holsteinischen Politik eine Phase, die ich für verantwortungslos gehalten habe. Hier können Sie sich jetzt nicht aus der Verantwortung stehlen. Ich nenne das Stichwort **A 20**. Frau von Kalben hat neulich im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung gesagt: Die Grünen seien erst seit einem Jahr an der Regierung. Sie hat völlig ausgeblendet, dass die Grünen von 1996 bis 2005 mit in der Regierung gesessen haben.

(Beifall FDP und CDU)

Es gibt eine Protokollnotiz zur Koalitionsvereinbarung, in der die Grünen ausdrücklich darauf bestanden haben, dass sie an ihrer Verhinderungspolitik im Zusammenhang mit der A 20 festhalten dürfen. Ich kann mich daran erinnern, dass Rainer Steenblock selbst, damals Umweltminister, hier, wenn auch von einem anderen Pult aus, erklärt hat, er sei stolz darauf, die A 20 nicht durch Regierungspolitik, aber dadurch zu verhindern, dass er zusammen mit Freunden auf der geplanten Strecke Grundstücke aufkauft, um den Planungsprozess zu verschieben und Enteignungsmaßnahmen einzuleiten, um das Projekt zeitlich zu verzögern und so teuer zu machen, dass nicht mehr gebaut werden kann.

Die heutige Politik der Grünen sieht nicht anders aus. Frau von Kalben schleicht herum. Frau von Kalben, ich nehme das zur Kenntnis. Sie sind - wie ich auch - Bundestagskandidatin für den Kreis Steinburg-Dithmarschen Süd. Sie haben dezidiert erklärt, die A 20 soll von der A 7 an nicht weiter gebaut werden. Die westliche Elbquerung lehnen Sie ab. Erklären Sie den Menschen in Dallgow und Dithmarschen-Süd, was das für sie bedeutet.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jeden Tag!)

- Ich war dabei. Sie haben sich drumherumgemogelt und gesagt: Gucken wir mal.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist überhaupt nicht wahr!)

- Selbstverständlich. - Nächsten Montag haben wir die nächste Veranstaltung. Wir werden dezidiert zur Kenntnis geben: Die Grünen wollen die A 20 nicht weiterbauen. Sie wollen das verhindern. Sie wollen die **westliche Elbquerung** verhindern. Erklären Sie den Menschen, wie die Westküste weiterentwickelt

(Wolfgang Kubicki)

werden soll, wie Brunsbüttel weiterentwickelt werden soll, wie die Menschen ihre Arbeitsplätze behalten sollen, wie Neuansiedlungen stattfinden sollen. Wenn Sie das können, erhalten Sie einen Glaubwürdigkeitsbonus. Den haben Sie momentan nicht.

Frau von Kalben, Sie haben ja, wenn ich das richtig verstanden habe, geradezu zur Wahl von Schwarz-Gelb im Bund aufgerufen. Sie haben doch erklärt: Wenn die Konjunktur so weiterläuft wie bisher, dann kann es dem Land gelingen, schon 2017 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Jedenfalls machen Sie sie nicht besser. - Wenn die Konjunktur gut läuft, dann haben die Menschen doch keine Veranlassung, die politischen Rahmenbedingungen zu verändern. Dann müssen sie doch Schwarz-Gelb wählen, damit sich die Situation durch Ihre Politik nicht verschlimmert.

(Beifall FDP und CDU)

Frau von Kalben, ich habe viel Verständnis dafür, dass Sie nicht wissen wollen, was die **Bedingungen für Wachstum** sind. Ich erkläre es Ihnen noch einmal: gute Infrastruktur, gute Verkehrsanbindung. Wenn Sie keine gute Verkehrsanbindung haben, siedeln sich keine Unternehmen an. Warum? Weil sie nicht zu ihren Märkten kommen können. Gehen Sie doch einmal zu den Unternehmen in Schleswig-Holstein und lassen Sie sich das erklären. Lassen Sie sich von den Herstellern der Windkraftanlagen erklären, was es bedeutet, wenn sie von Schleswig-Holstein aus den Süden beliefern sollen. Dann werden Sie verstehen, dass Schleswig-Holstein mehr als nur eine Querung über die Elbe braucht. Stellen Sie sich vor, dass das Nadelöhr Hamburg einmal ähnlich wie das in Rendsburg zu ist. Was machen wir dann? Dann ist Schleswig-Holstein vom Rest der Republik abgeschnitten. Dann werden wir erleben, dass sich die Menschen, die für Wachstum sorgen sollen, anders als gegenwärtig orientieren. Ich sage es noch einmal.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident, ich bin fertig. - Man kann **Neubau und Sanierung** nicht gegeneinander ausspielen. Wir brauchen Neubaustrecken. In der Vergangenheit wurden viele Sanierungen verschleppt. Wir

sollten jetzt dieses Thema angehen. Die Menschen werden es Ihnen sonst heimzahlen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens. Die Debatte hat deutlich gemacht: Wir wollen Landesstraßen reparieren, Kitas stärken, Hochschulen sanieren, Kommunen helfen und die Neuverschuldung reduzieren. So kann man das zusammenfassen. Man kann auch sagen: Die Regierung arbeitet, und die Opposition nörgelt. Das ist das, was wir hier feststellen können.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Zweitens. Reden Sie doch nicht dauernd darüber, dass es Abgeordnete gibt, die eine unterschiedliche Auffassung vertreten. Das ist so. Das ist bei der **Fehmarnbelt-Querung** so, das ist auch bei der **A 20** so. Ich will Ihnen aber eines sagen: Sie können so viel reden, wie Sie wollen, wir machen hier keine Pickelhaubenzusammenarbeit, weder in der Partei noch in der Fraktion. Am Ende gilt das, was wir vertraglich vereinbaren, und da kommen wir deutlich weiter als Sie. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bei der **A 7** reden Sie, und wir machen das.

Natürlich können wir das nicht durchsetzen. Ich habe gehört, was der Kollege Breyer gesagt hat. Wenn Sie das blockieren wollen, dann erklären Sie den Menschen, warum das mit den Kitas und den Hochschulen erst im September geht. Dann machen wir das in Gottes Namen so. Erklären Sie das den Leuten. Blockade überzeugt niemanden. Wir werden das machen, weil es sachlich gut ist, etwas für **Kitas** und **Hochschulen** zu tun. Wir werden das tun, auch wenn Sie das Verfahren aufhalten.

Ich will Ihnen noch etwas sagen - wir haben eben die zweite Freiheitsstatue nach Guido gehört -: Sie sagen zu allem, was Ihnen politisch nicht passt, Pfusch. Wir haben vor der Wahl gesagt: Wir machen das mit der Tariftreue, wir machen das mit der Mitbestimmung, wir machen das mit dem Korruptionsregister, wir machen das mit dem Mindestlohn-

(Dr. Ralf Stegner)

gesetz. Das nennen Sie Pfusch, weil es Ihnen nicht passt. Wenn die Leute gewollt hätten, dass Sie weitermachen, dann wären Sie wiedergewählt worden. Sie sind aber nicht wiedergewählt worden. Wir machen das, was wir gesagt haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Solche Aussagen sind geradezu absurd. Vor Ihrer Bundesregierung mit Frau Schröder, Herrn Ramsauer und Herrn Rösler fürchten sich die Menschen doch. Warten Sie einmal ab, wie das ausgeht. Wenn Sie nicht so aufgeregt wären, hätten Sie das hier nicht vortragen müssen.

Der Kollege Arp hat mir ein schönes Stichwort gegeben. Sie haben mich korrekt zitiert - das kommt selten vor, deswegen will ich das ausdrücklich würdigen -, denn ich habe gesagt: Wir tun, was wir können. Ich muss sagen: Das gilt auch für Sie. Für uns gilt aber auch: Wir können, was wir tun. Das unterscheidet uns.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Kubicki, ich muss mich schon sehr wundern. Erklären Sie doch den Menschen in Schleswig-Holstein einmal, dass nach der Bundestagswahl weiterhin ein Bayer, Herr Ramsauer, Verantwortung für die Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein tragen soll. Er wusste bis vor einem Jahr noch nicht einmal, wo Fehmarn liegt, geschweige denn, dass es einen Nord-Ostsee-Kanal gibt. Nein, Herr Kubicki, Ihre Politik sorgt dafür, dass **Schleswig-Holstein** ein blinder Fleck in der **Verkehrspolitik in Berlin** bleibt. Ich gebe Ihnen ja recht: Die Verkehre müssen fließen. Wenn Sie all das fordern - A 20 und so weiter -, dann müssen Sie aber auch erklären, wo Sie das Geld hernehmen wollen. Die Verkehre sollen fließen, aber Sie setzen keine Prioritäten. Sie wollen alles haben. Ich sage Ihnen: Wer alles fordert, bekommt am Ende nichts.

(Christopher Vogt [FDP]: Wer gar nichts fordert, bekommt am Ende überhaupt nichts!)

Wenn Sie nach Berlin fahren, dann seien Sie doch mindestens genauso wie wir darauf erpicht, dass die Herzschlagader Rader Hochbrücke endlich wieder funktioniert, dass der Verkehr dort wieder fließt. Das nutzt der Wirtschaft, das bringt uns weiter. Dort sind täglich 100.000 Fahrzeuge unterwegs. Dabei geht es nicht um irgendeine virtuelle Wirtschaft in der Zukunft, sondern um die reale Wirtschaft. Die Spediteure verlieren durch diesen Engpass täglich 1 Million €. Da geht es um Wirtschaft, da geht es um Verantwortung, da geht es um Priorität.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Tietze, ich habe bisher nicht gewusst, dass Herr Ramsauer im Kieler Kabinett sitzt. Das kann sich ja möglicherweise noch ändern. Wenn Sie insinuiieren, dass die Frage, wer Verkehrsminister in Berlin ist, etwas mit der Mittelverteilung zu tun hat, dann müssen Sie dafür Sorge tragen, dass ich ein starkes Ergebnis bekomme; denn dann wird das Gewicht Schleswig-Holsteins bei der Mittelverteilung zunehmen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Kubicki, es wäre schön, wenn Sie all das einfordern würden, was Sie immer mit großer Muskelkraft sagen. Ich glaube, da ist viel heiße Luft dabei. Ich bin nicht überzeugt, dass Sie mehr Verkehrsmittel nach Schleswig-Holstein bringen als Ihre Vorgänger.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Nein, Herr Kubicki, wir brauchen keine Ankündigungspolitik mehr. Wir brauchen endlich eine reale Politik, die erkennt, dass die Probleme der Menschen heute und jetzt gelöst werden müssen. Heute staut sich der Verkehr an der Rader Hochbrücke. Heute haben wir die Probleme. Wir dürfen das nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. - Herr Arp, zu Ihnen komme ich gleich auch noch.

Präsident Klaus Schlie:

Gestatten Sie denn trotzdem eine Zwischenfrage?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte. Er kann ja nicht warten.

Hans-Jörn Arp [CDU]: Herr Kollege Tietze, welche Infrastrukturmaßnahme in Schleswig-Holstein ist daran gescheitert, dass der Verkehrsminister oder der Finanzminister in Berlin kein Geld bereitgestellt haben?

- Herr Arp, dass Sie sich trauen, diese Frage in diesem Hause zu stellen, zeigt, dass Sie im Grunde genommen die ganze Debatte über den Nord-Ostsee-Kanal überhaupt nicht mitbekommen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben riesige Finanzierungslücken.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: An welcher Stelle?)

- Herr Arp, ich bin dran, nicht Sie. Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Ihr Maulheldentum geht mir so was von auf den Keks! Sie gehen ständig durchs Land und fordern und fordern und fordern. Sie haben für Schleswig-Holstein nicht mehr Kilometer erreicht, sondern Sie haben weniger geschafft. Sie haben keines Ihrer groß angekündigten Projekte durchgebracht. Ihr Rambo in der Verkehrspolitik, Herr Austermann, trug doch Verantwortung in Schleswig-Holstein. Was hat er denn erreicht? Nichts hat er erreicht. Weder die A 7, noch die A 20, noch die Fehmarnbelt-Querung sind gebaut. Hören Sie doch mit diesen Ankündigungsreden, mit diesen Sonntagsreden auf. Die braucht kein Mensch in diesem Parlament!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf: Die A 7 haben wir beschlossen! Entschuldigung!)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einmal die folgende Bemerkung - wenn Sie so freundlich wären und mir zuhören würden -: Vielleicht sollten wir, weil dies die erste Tagung nach der Sommerpause ist, jetzt wieder ein wenig Ruhe einkehren lassen. Ich meine das auch bezogen auf die Begrifflichkeiten, die wir uns gegenseitig vorhalten.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich möchte noch einen Aspekt nennen, der in dieser Debatte noch gar nicht genannt

wurde. Wir dürfen nicht dem Irrtum verfallen, dass in dieser Situation Straßen die einzige Lösung sind. Die Wirtschaft hat die Güter auf die Straße verlagert. Vor 20 Jahren hatte ein guter Kaufmann Lagerhäuser. Die hat heute niemand mehr. Man hat heute eine Just-in-time-Warenproduktion. Die Waren sind heute auf unseren Straßen unterwegs. Wir müssen umsteuern. Wenn wir wollen, dass in Deutschland wie in anderen Ländern in Europa mehr Güter auf der Schiene transportiert werden - in Frankreich werden 17 % der Güter auf der Schiene transportiert, in Deutschland nur 8 % -, dann brauchen eine intelligente Politik für die **Umsteuerung des Verkehrs** von der Straße auf die Schiene. Das ist doch die Antwort.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu habe ich heute nichts gehört. Dazu hat keiner in diesem Parlament etwas gesagt.

Ich sage Ihnen: Das hat auch Auswirkungen auf die Klimakatastrophe. 30 % der Zunahme des klimaschädlichen CO₂-Ausstoßes geht auf den Straßenverkehr in Europa zurück. Ihre Frau Merkel hat das Kyoto-Protokoll ratifiziert. Sie hat sich in der EU für die Frage des Klimaschutzes stark gemacht. Sie können sich doch jetzt nicht hier hinstellen und alle Probleme, die wir im Bereich Verkehr haben, mit der Straße beantworten. Das ist rückwärtsgewandte Politik. Diese Politik hat dieses Land nicht verdient. Wir müssen uns dem Klimaschutz verpflichtet fühlen. Deshalb muss der Verkehr - dabei geht es auch um Mobilität - umgesteuert werden. Er muss moderner werden. Über diese Konzepte möchte ich mit Ihnen hier streiten und reden und nicht über die rückwärtsgewandte Straßenpolitik. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, haben Sie Ihre Rede beendet oder gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hamerich?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe noch zehn Sekunden. - Bitte.

Hartmut Hamerich [CDU]: Ich kann Ihre Redezeit noch etwas dadurch verlängern, dass ich eine Frage an Sie richte. Wenn Sie schon darüber sprechen, wie hoch der Anteil des Schienentransports in der französischen Wirtschaft im Gegensatz zum Anteil des Schienentransports in der deutschen Wirt-

(Dr. Andreas Tietze)

schaft ist, wären Sie dann auch so freundlich, den Stellenwert der französischen Wirtschaft auf dem europäischen Markt im Verhältnis zur deutschen Wirtschaft darzustellen?

- Herr Hamerich, ich möchte nicht die französische Wirtschaft gegen die deutsche Wirtschaft beziehungsweise die deutsche Wirtschaft gegen die französische Wirtschaft ausspielen. Das ist nicht mein Ansatz.

Mein Ansatz ist vielmehr, dass wir in Europa viel zu wenig Verkehr auf der Schiene haben und dass wir das als europäische Strategie begreifen müssen. Dabei hält Deutschland leider die rote Laterne. Deutschland hatte die wenigsten Verkehre auf der Schiene, und das müssen wir ändern. Das ist meine Auffassung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann verstehen, dass sich Dr. Stegner um die Debatte der Landesstraßen herumgedrückt und stattdessen versucht hat, sich hinter der Resolution der Koalitionsfraktionen zu verstecken.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Bei den **Landesstraßen** geht es um die Entscheidungen dieser Regierung in den vergangenen Monaten. Sie haben in Kenntnis des Problems die Straßenbaumittel im Haushalt 2013 gekürzt. Sie wollen in Kenntnis des Problems die Mittel für das Jahr 2014 weiter kürzen. Das Sondervermögen, das Sie jetzt beschließen wollen, hat die CDU-Fraktion schon vor acht Monaten beantragt, und Sie haben das abgelehnt.

(Beifall CDU)

An dieser Stelle lohnt es, einen Blick in das Plenarprotokoll von damals zu werfen und den Kollegen Andresen zu zitieren:

„Hinzu kommt noch, dass Sie mit der Straßensanierung aus unserer Sicht eine falsche Schwerpunktsetzung betreiben. Die Beiträge zur Straßensanierung, die Sie jetzt eingestellt haben, unterstreichen für uns nur noch doppelt und dreifach, dass wir Ihren Antrag ablehnen müssen.“

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Kollegin von Kalben, das ist doch eine 180-Grad-Wende, die Sie heute hier mit Ihrer Lobeshymne auf die **Straßensanierung** vollzogen haben. Das haben wir aber schon vor acht Monaten erkannt. Unser Schwerpunkt war schon damals richtig. Offensichtlich ist es das Los der Opposition, dass auch gute Vorschläge der Opposition zunächst einmal abgelehnt werden, bis die Regierungsfractionen dann ein halbes Jahr später selbst mit diesen Vorschlägen kommen.

Wenn Sie aber in Ihrer Resolution hineinschreiben, die guten Zahlen spiegelten den Erfolg der Landesregierung wider, dann ist das wirklich nur noch dummdreist, was Sie hier vorlegen.

(Beifall CDU und FDP)

Diese Zensusmillionen sind Ihnen in den Schoß gefallen. Das war das Manna, was vom Himmel fiel, Frau von Kalben, genauso wie die Steuermehreinnahmen und die Zinsminderausgaben.

(Zuruf von der SPD)

Der Erfolg und Ihr Glück bemisst sich doch daran, was Sie mit diesen Mehreinnahmen von über 1 Milliarde € in den nächsten drei Jahren machen, die sich aus Steuermehreinnahmen, weniger Zinsausgaben und der von Ihnen verfolgten Grunderwerbsteuererhöhung ergeben. Was kommt am Ende bei Ihnen nach drei Jahren heraus?

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Infrastruktur, Bildung und nachhaltige Entwicklung!)

180 Millionen € mehr Schulden als von Ihnen geplant! Man muss nur einmal Ihre Finanzpläne für die Jahre 2012 und 2013 nebeneinander legen. Alle Rahmendaten haben sich verbessert, und Sie machen mehr Schulden, Frau Heinold. Sie schaffen es nicht, bis 2016 ohne neue Schulden auszukommen, wie Sie es noch im Oktober vergangenen Jahres verkündet haben. Vielmehr brauchen Sie jetzt, obwohl alles besser geworden ist, ein Jahr länger. Das ist doch eine Bankrotterklärung. Ihre Finanzplanung von vor einem Jahr ist Makulatur.

(Beifall CDU)

Alles ist besser geworden, Sie machen aber mehr Schulden und brauchen länger. Das ist ein totales Desaster Ihrer **Haushalts- und Finanzpolitik**.

(Tobias Koch)

(Zuruf von der CDU: Das ist Tradition bei der SPD! - Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das tut es, Herr Kollege Andresen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erklären Sie doch einmal, wie Sie jetzt noch die Grunderwerbsteuererhöhung unterbringen wollen?)

- Melden Sie sich doch bitte zu Wort - meine Redezeit ist abgelaufen -, dann könnte ich das noch näher ausführen. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Torge Schmidt.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Geht das jetzt bis zur Mittagspause so weiter?)

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Stegner, Sie haben gerade gesagt, dass die Hochschulsanierung und die Kitas im September an der Reihe seien. Ich sage Ihnen, dass das auch gut so ist.

Wir haben das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes zum Antrag der FDP gelesen, in dem steht, dass nach Artikel 54 der Landesverfassung die Gegenfinanzierung eine Deckung gewährleisten müsse. Ich glaube nicht, dass die **Deckung** der beiden **Sondervermögen** wirklich gewährleistet ist.

(Beifall PIRATEN)

Sie wollen nun 18 Millionen € für das Sondervermögen Verkehrsinfrastruktur sowie jeweils 10 Millionen € für die Sondervermögen Hochschulsanierung und Förderung von Kindern und Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen durch höhere Einnahmen bei der Umsatzsteuer durch den Zensus 2011 bereitstellen. Alternativ sollen die Mittel für die letzten beiden Sondervermögen aus dem Titel „Globale Steuermindereinnahmen“ gespeist werden. Ist Ihnen entgangen, dass das Finanzministerium am 13. August mitteilte, dass Ende des Jahres mit der Steuerschätzung im Herbst der Effekt des Zensus 2011 für das Jahr 2013 genau beziffert werden kann?

(Beifall PIRATEN)

Ist Ihnen entgangen, dass Sie keinen Spielraum bei den globalen Steuermindereinnahmen haben? Das Finanzministerium musste bereits am 14. Mai zurückrudern. Die **Steuereinnahmen** fallen im Vergleich zur ersten Prognose nicht um 14 Millionen € niedriger, sondern um 54 Millionen € niedriger aus. Die Vorsorgungsmaßnahmen sind bereits komplett aufgezehrt. Ich glaube, das müsste die Finanzministerin erst klarstellen, bevor wir das Gesetz beschließen.

(Beifall PIRATEN)

Sie schaffen eine Rechtsverpflichtung, ohne gewährleisten zu können, dass diese Deckungsfähigkeit auch nur ansatzweise vorhanden ist. Bei dieser Finanzierungslage kann ich kaum glauben, dass Sie es mit der Straßensanierung ernst meinen. Nachdem die CDU über Monate hinweg die desolaten Zustände der Verkehrswege in die Öffentlichkeit gezerrt hat, wollen Sie unmittelbar vor der Bundestagswahl und möglicherweise vor der schneller als gewünscht stattfindenden Landtagswahl das Thema als Ihr Thema besetzen.

Dafür - und das passt dann auch zu Ihrer Finanzpolitik - ignorieren Sie die Geschäftsordnung des Landtags und vielleicht auch unsere Verfassung, um ein unausgegorenes Wahlkampfgeschenk zu präsentieren. Nein, so eilig wie von Ihnen behauptet ist die hier zu treffende Entscheidung schon deshalb nicht, weil die Höhe der von Ihnen erwarteten zusätzlichen Einnahmen erst im Herbst beziffert werden kann. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Er schaut mich schon so freudig-erregt an. Der Kollege Dr. Tietze hat mit seinem fulminanten Beitrag wieder einmal meinen Widerspruch provoziert. Herr Dr. Tietze, Sie haben immer so schlaue Sätze drauf, die aber oftmals nicht mit der Realität zusammenpassen.

Sie haben vorhin gesagt, wer alles fordere, bekomme am Ende nichts. Herr Dr. Tietze, ich sage Ihnen, Ihr Problem ist: Wer gar nichts fordert, bekommt erst recht überhaupt nichts. - Insofern sollten Sie sich einmal Gedanken machen.

(Christopher Vogt)

Sie haben vorhin immerhin - das will ich zugestehen - bei den Großprojekten ausnahmsweise umweltpolitisch argumentiert. Normalerweise kommen Sie uns immer mit irgendwelchen finanzpolitischen Argumenten, warum etwas nicht gehe, warum man etwas in Berlin nicht fordern dürfe und so weiter. Das sind normalerweise immer Ihre Argumente. Dabei tun Sie immer so, als hätte das mit Ihrer umweltpolitischen Ideologie gar nichts zu tun. Es ist vollkommen in Ordnung, wenn Sie so argumentieren.

Herr Dr. Tietze, Sie haben heute wieder einmal gesagt - und das ist Ihre Standardforderung, die immer so schön klingt -, es müsse mehr **Güterverkehr** von der Straße auf die **Schiene** verlagert werden. Hierzu gibt es übrigens auch im Deutschen Bundestag einen großen Konsens zwischen den Parteien. Im nächsten Halbsatz kommen Sie aber schon wieder mit der festen **Fehmarnbelt-Querung** und sagen, warum dieses Projekt völlig unsinnig sei. Herr Kollege Dr. Tietze, beschäftigen Sie sich doch bitte einmal mit der Frage, warum die Dänen und die Schweden diese Querung haben wollen. Das ist in ganz Europa eines der größten Projekte zur Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Schiene. Es wäre schön, wenn Sie das einmal zur Kenntnis nehmen würden.

(Vereinzelt Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung des Herrn Kollegen Dr. Tietze?

Christopher Vogt [FDP]:

Natürlich.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Vogt, dann können Sie mir bestimmt erklären, warum die Deutsche Bahn bei der Frage der Güterverkehrsmengen über den Fehmarnbelt in einem Gutachten die erwartete Menge halbiert und gesagt hat, die großen Mengen würden über die Jütlandroute gehen. Wie Sie wissen, produziert der Staat Dänemark insbesondere im süddänischen Bereich große Güterverkehrsmengen. Muss deshalb nicht Ihrer Auffassung nach die Jütlandroute im Fokus stehen?

- Sie muss auch im Fokus stehen, Herr Kollege Dr. Tietze. Deshalb habe ich vorhin gesagt, dass die Zukunft der Eisenbahnbrücke in Rendsburg auch

eine Rolle spielen muss, weil dieses Bauwerk schon lange nicht mehr zeitgemäß ist.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Darf ich Ihre Frage noch beantworten? Benehmen Sie sich bei der Nordkirche auch immer so, oder machen Sie das da anders?

Kollege Dr. Tietze, durch diese Querung wird mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

Vor allem für die Schweden ist das ein ganz wichtiges Projekt. Das wird oft verkannt. Oft wird so getan, als sei das nur ein Projekt zwischen Deutschland und Dänemark, weil das vertraglich so geregelt ist. Gerade für die Schweden und für Skandinavien insgesamt ist das ein ganz wichtiges Projekt.

Ich bin der Meinung, dadurch wird deutlich mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagert, als dies in den Prognosen der Deutschen Bahn unterstellt wird.

Insofern frage ich Sie: Wo sonst in Schleswig-Holstein wollen Sie Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern? Erklären Sie das doch einmal!

Herr Kollege Dr. Tietze, ich komme noch zu einem anderen Punkt, den Sie in Ihrem Redebeitrag angerissen haben: Dass sich die Koalition heute mit Blick auf die Landesstraßen auf die Schultern geklopft hat, ist unglaublich. Ich erinnere an die Haushaltsberatungen.

- Übrigens kann die Uhr weiterlaufen, da ich die Frage nicht mehr beantworte, zumindest nicht die konkrete Frage.

Präsident Klaus Schlie:

Lieber Herr Abgeordneter Vogt, es gibt aber eine weitere Frage des Abgeordneten Dr. Tietze. Gestatten Sie diese auch?

Christopher Vogt [FDP]:

Ich möchte zunächst einmal zu den Landesstraßen ausführen.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dürfen wir das einmal klären?)

Präsident Klaus Schlie:

Wir müssen es schon Herrn Abgeordneten Vogt überlassen, ob er antworten will. Er hat gesagt, im Moment nicht.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Kollege Dr. Tietze, ich möchte - unabhängig von Ihrer Frage zur Verlagerung von Verkehr auf die Schiene - auch auf das eingehen, was Sie zu den Landesstraßen gesagt haben. Wir haben heute bei Ihnen ein Schulterklopfen sondergleichen erlebt, weil Sie angeblich alles so toll gemacht haben. Als wir den Landesverkehrswegeplan auflegten, waren wir „Betonköpfe“; heute behaupten Sie, vernünftige Haushaltspolitiker zu sein. Herr Kollege Dr. Tietze, dieser Widerspruch muss doch auch Ihnen auffallen. Das passt nicht richtig zusammen.

Ich habe es bereits erwähnt: In Ihrem Programm sehen Sie **26 Millionen €** für die Infrastruktur vor. Aber sagen Sie uns doch bitte - wenn Sie als Koalitionsabgeordnete das nicht können, wäre es schön, wenn der Ministerpräsident uns das mitteilen würde -, wie viel von den 26 Millionen € am Ende tatsächlich in das **Landesstraßennetz** fließen. Dazu haben wir heute noch gar nichts gehört. Das ist eine interessante Frage, die uns die Landesregierung beantworten muss.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Herr Kollege Dr. Tietze, die entsprechenden Ansätze für den Haushalt 2014 sind wieder so niedrig wie die für 2013. Sie müssen sich schon das zweite Mal innerhalb eines Jahres korrigieren. Wollen Sie das im Rahmen der Haushaltsberatungen noch ändern, oder soll es im nächsten Jahr wieder so ein Stückwerk geben wie in diesem Jahr? Erst haben Sie gekürzt, dann packen Sie Geld obendrauf und lassen sich als Retter der Landesstraßen feiern. Herr Kollege Dr. Tietze, die Antwort auf meine Frage wäre sicherlich interessant. Insofern freue ich mich auf die Rede des Ministerpräsidenten, der schon so lange wartet; vielleicht kann er es uns erklären. Wenn Sie nicht antworten wollen, dann sollte uns zumindest die Landesregierung Antworten liefern. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Dann hat jetzt der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Herr Torsten Albig, das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! **Vor 40 Jahren** ist eine **Brücke** nicht richtig gebaut worden; das haben wir vor wenigen Tagen entdeckt. Wir veranlassten sofort die notwendigen Maßnahmen und sorgen seitdem dafür, dass diese Brücke - die Fotos der Träger machen einem wirklich Angst - wieder in einen Zustand versetzt wird, der zumindest dem einer 40 Jahre alten Brücke entspricht. Aber das Einzige, was ich von der Opposition höre, ist, dieses Land werde in ein „Verkehrschaos geworfen“. Der Oppositionsführer hat hier vorgetragen, wie schrecklich es denn sei, dass eine Regierung ihrer Verantwortung gerecht wird, indem sie eine Brücke reparieren lässt, die nicht mehr funktioniert.

Sie müssen das, was ich mache, nicht gut finden. Sie müssen auch das, was der Wirtschafts- und Verkehrsminister macht, nicht gut finden. Aber ein kleines Wort der Anerkennung dafür, dass sofort richtig gehandelt worden ist, ein kleines öffentliches Wort der Unterstützung - verbunden mit dem Hinweis, dass dieses Land nicht ins Verkehrschaos stürzt -, hätte ich mir, ehrlich gesagt, auch von der Opposition gewünscht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hat doch Herr Vogt gemacht! - Zuruf CDU: Nicht zugehört!)

Ins Verkehrschaos gestürzt haben uns diejenigen, die vor 40 Jahren nicht in der Lage waren, eine Brücke richtig zu bauen. Die stürzten uns ins Verkehrschaos, doch nicht diejenigen, die sie reparieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben doch alle, auch in der Art und Weise, wie wir reden, eine Form von öffentlicher Verantwortung. Wie kann man sich hinstellen und öffentlich erklären, der Zustand der Brücke sei ein Zeichen dafür, wie man mit Infrastruktur in Schleswig-Holstein umgehe? Nein, das ist ein Zeichen dafür, dass man vor 40 Jahren Brücken nicht richtig gebaut hat. Unsere Ingenieure stellen das jetzt fest, und wir hören auf sie. Vielleicht hätte man schon im Jahr 2009 auf sie hören können. Ich weiß nicht, warum das nicht geschehen ist. Wir hören auf sie und machen das, was jetzt notwendig ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Glauben Sie denn allen Ernstes, irgendjemand von uns freue sich darüber, dass diese Brücke nicht

(Ministerpräsident Torsten Albig)

funktioniert? Glauben Sie allen Ernstes, wir verfolgten mit Spaß und Vergnügen, dass dort bis November 2013 der Verkehr nicht fließen kann? Nein, wir leiden wie Sie - weil wir an diesem Land hängen.

Wollen Sie mir mit dem, was Sie vorhin gesagt haben - „seit vier Wochen versinken wir im Verkehrschaos“ -, allen Ernstes die Botschaft vermitteln, wir sollten das mit der Sperrung sein lassen? Ist es das, was Sie mir sagen wollen? Was sollte die Behauptung, dass wir angeblich seit vier Wochen im Verkehrschaos versinken?

(Zuruf CDU: Das hat kein Mensch gesagt!)

- „Seit vier Wochen versinken wir im Verkehrschaos“ - das ist ein Zitat; ich darf es wiederholen. Herr Abgeordneter, ich sage Ihnen: Wir reparieren eine Brücke, die so kaputt ist, dass man Angst haben muss, dass sie zusammenbricht. Das ist die Verantwortung einer Regierung, und dieser Verantwortung werden wir gerecht.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es freut mich sehr, dass Sie der schieren Anwesenheit eines Ministerpräsidenten auf Bauwerken zusätzliche, heilende Kraft zubilligen.

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bei Gelegenheit werde ich das testen. Aber seien Sie versichert: Das Funktionieren meiner Regierung beruht darauf, dass es ein starkes Kabinett gibt, das in Verantwortung für seine Aufgaben im jeweiligen Fachbereich in der Lage ist, diese zu erledigen, und einen Ministerpräsidenten, der im Rahmen seiner Führungsverantwortung genau das tut, was er zu tun hat: mit seinen Ministerinnen und Ministern dieses Land voranzubringen. Ich freue mich sehr, dass das bei allen meinen Ministerinnen und Ministern funktioniert. Wenn es in der Vergangenheit ein anderes Modell gab, dann mag das so gewesen sein; mein Modell ist es nicht.

Wenn gefordert wird, ich solle mich auf die **Rader Hochbrücke** stellen und ein Foto machen lassen, damit sie schneller repariert werde, dann ist das eine Beleidigung gegenüber den Ingenieuren und den Bauleuten, die dort tätig sind und ihre Arbeit verdammte gut machen. Denen sollten wir danken. Wenn wir nicht gerade Wahlkampf hätten, würden Sie doch nicht allen Ernstes von mir verlangen, ich solle auf die Brücke gehen und zeigen, dass ich quasi Anteil nehme, weil sie kaputt ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Verlauf der Debatte hat deutlich gezeigt - -

(Christopher Vogt [FDP]: Aber Sie halten das Hochwasser auf?)

- Nein, Herr Kollege. Bei dem Hochwasser waren Menschen in Gefahr, Kräfte des THW, der Bundeswehr und des Roten Kreuzes - -

(Christopher Vogt [FDP]: Ich auch, Herr Ministerpräsident! - Zuruf SPD: Toll hast Du das gemacht!)

- Dann fällt es wahrscheinlich nicht so schwer, Ihnen das zu erklären.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie brauchen mir das nicht zu erklären!)

- Wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie mich gerade gefragt, ob ich das Hochwasser aufhalte. Ich war - genauso wie die Frau Bundeskanzlerin - bei den Menschen vor Ort, um ihnen meinen Respekt zu zollen.

(Christopher Vogt [FDP]: Gestern?)

- Nein, gestern habe ich bei unserer auswärtigen Kabinettsitzung den Bürgermeistern und dem Landrat erklärt, was wir machen - sie haben sich sehr darüber gefreut -, um das nächste Hochwasser zu verhindern. Ich habe den Eindruck, dass das in dem Kreis sehr gut verstanden worden ist. Wahrscheinlich haben Sie diesen Teil nicht wahrgenommen, Herr Abgeordneter.

Meine Damen und Herren! Die Debatte zeigt deutlich, dass unsere politische Klasse - mindestens in den vergangenen vier Jahrzehnten - hinsichtlich der Frage, wie wir mit Infrastruktur umgehen, versagt hat. Ich finde diese Form des Nachrechnens, wer wann in welcher Verantwortung war, absurd. Wir waren in Verantwortung, Sie waren in Verantwortung. Lassen Sie uns doch endlich dieses Miteinander anerkennen! Wir haben als politische Klasse Fehler gemacht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sagen Sie erst einmal Ihrem Kollegen Stegner!)

Wir alle waren in den letzten 40 Jahren nicht in der Lage, dem schlichten Grundsatz zu folgen, dass all das, was neu gebaut worden ist, auch erhalten werden muss. Das, was wir heute erleben, ist das Ergebnis einer Entwicklung von 40 Jahren. Was sind das für Debatten, in denen der Eindruck erweckt wird, man könne die Verantwortung auf den Zeitraum eines Jahres oder von vier Jahren verdichten,

(Ministerpräsident Torsten Albig)

nur weil die jeweilige Partei in diesem Zeitraum regiert hat? Das ist doch absurd. Kein Mensch glaubt uns das!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Menschen draußen fühlen sich doch in der Diskussion gar nicht mehr ernst genommen.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Ich sage das übrigens in den ganzen Saal hinein; der ganze Saal hört zu. Dieses Pult steht so, dass ich Sie gut sehen kann, Herr Arp. Ich glaube, Sie können auch ganz gut hören. Wenn ich Ihre Rede vorhin richtig verstanden habe, haben Sie Führung verlangt - jetzt bekommen Sie Führung.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen CDU)

Wir wissen, dass wir für die Erhaltung eines jeden Quadratmeters **Landesstraße** ungefähr 1,16 € ausgeben müssten. In den letzten elf Jahren haben wir circa 50 Cent ausgegeben. Ich wiederhole: 1,16 € hätten wir ausgeben müssen.

(Zuruf CDU: Jetzt geben Sie nur noch 30 Cent aus!)

Das, was wir heute erleben - einen **Erhaltungszustand** von 40 % -, ist Ausdruck des Versagens von uns allen. Die Verantwortung von uns, die wir nach vorn gerichtete Politik zu machen haben, ist es, mit den Mitteln, die wir heute zur Verfügung haben, die so bescheiden sind, wie sie sind, Antworten zu geben, die klüger sind als die, die in der Vergangenheit gegeben worden sind. Wir als Regierung stellen uns dieser Verantwortung. Mit dem, was wir heute vorschlagen, auch in dieser Ausprägung, werden wir unserer Verantwortung gerecht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Nein. - Das wird der Verantwortung gerecht. Es wird ihr auch in der Ausprägung gerecht; denn wir wissen, dass **Infrastrukturversagen** nicht nur auf Landesstraßen stattgefunden hat. Wir erleben das auch bei der Frage: Wo sind eigentlich die Krippenplätze? Das ist ein Versagen in der Organisation von Bildungsinfrastruktur. Wir erleben das bei der

Substanz unserer Schulen. Wir erleben es bei der Substanz unserer Hochschulen. Wir erleben das bei der Substanz unserer Schienenverkehre und unserer Kanäle. Wir erleben das auch an allen Stellen. Wir versuchen, die Balance zu halten - das ist zugegebenermaßen unzureichend; wer wollte das angesichts des Geldes, das wir haben, denn bestreiten? Mit dieser Balance wird sich das Land in all diesen Bereichen Stück für Stück in die richtige Richtung entwickeln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir gehen das jetzt an. Und wir sind uns sicher, dass es klüger ist, das zum Beispiel über die Organisation von Sondervermögen, die uns erlauben, dieser Jährlichkeitsverpflichtung ein wenig auszuweichen, zu tun, dass es klüger ist, so etwas über die Jahre zu steuern.

Das, was wir dort sehen, hat übrigens viel damit zu tun - das ist eine Debatte, die wir an vielen Stellen führen -, dass in öffentlichen Haushalten, was die kamerale Sichtweise angeht, über Jahrzehnte keine Rückstellungen gebildet worden sind. Hätten wir das getan, hätten wir heute andere Situationen, und wir hätten viele Neubauten nicht geschaffen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Frau von Kalben hat sehr viel Kluges gesagt.

(Christopher Vogt [FDP]: Und der Rest?)

Ich würde nicht jeden der Sätze unterstreichen. Ich würde „Unterhalt statt Neubau“ zu „Unterhalt vor Neubau“ sagen. Dann sind wir schon sehr nahe beieinander; denn wenn wir nicht in der Lage sind, das Vermögen, das wir haben, zu erhalten, dann verlieren wir auch die Berechtigung, immer wieder Neues in die Welt zu setzen, das dann wieder kaputt geht, weil wir die Unterhaltung nicht mit der gleichen Logik verfolgen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau da ist der Angriffspunkt gegen all diejenigen - ich gehöre dazu, und ich bekenne mich dazu -, die glauben, dass dieses Land eine **A 20** mit Querung der Elbe braucht, und die glauben, dass eine feste **Fehmarnbelt-Querung** ein richtiges europäisches Signal sein kann. Genau da schwächelt unsere Argumentation. Es ist richtig, dass darauf hingewiesen wird - auch von Kritikern wie Lars Winter oder Bettina Hagedorn -, dass es dort eine Schwachstelle in der Argumentation gibt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Wenn der Bund die feste Fehmarnbelt-Querung so durchfinanziert, wie er es beim Nord-Ostsee-Kanal macht, dann wird es eben nicht das europäische Vorzeigeprojekt, sondern dann wird es ein Rohrkrepierer. Das zu verhindern, dafür kämpft meine Landesregierung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Hinweise, die wir bekommen, sind ja richtig. Es wäre uns schon viel geholfen, wenn unsere Vorgängerregierung mit der Bundesregierung darüber diskutiert hätte, welche Rolle eigentlich die 50 Jahre alte **Fehmarnsund-Brücke** spielt. Es war mein gelobter Verkehrsminister, der dies zum ersten Mal adressiert hat. Die Bundesregierung musste überrascht feststellen: Da haben wir ja noch eine Brücke, die diesen Verkehren nicht gerecht wird. - Das hätten wir miteinander schon ein bisschen früher tun können.

Es wäre uns geholfen gewesen, wenn wir schon ein wenig früher - auch mit der **DB** - diskutiert hätten, welche **Trassenverläufe** denn richtig sind. Dass wir die DB jetzt zumindest dazu gebracht haben, andere Trassenverläufe in das Raumordnungsverfahren zu geben, ohne dass sie sich diese schon zu eigen gemacht hat, erleichtert den Diskurs mit den Menschen vor Ort, die natürlich in Sorge sind und sich fragen, was das für den Tourismus heißt. Das kann ich doch nicht einfach wegwischen.

Was ist das für eine Schwarz-weiß-Diskussion: „du bist dafür“ oder „du bist dagegen“? Dort sind Unternehmer; dort sind Landwirte; dort sind Menschen, die sagen: So, wie ihr das plant, durch Großenbrode, Timmendorf und Schwartau durch, ist es nicht richtig. So belastet es uns auch ökonomisch. Diese Debatte ist ernst zu nehmen. Genau diese Debatte führt meine Landesregierung. Die führe ich so, die führt der Herr Minister so. An allen Stellen führen wir sie so. So haben wir sie übrigens auch im Koalitionsvertrag beschrieben. Aus guten Gründen haben wir sie so beschrieben.

Wir haben es auch bei der **A 20** auf eine gute und - wie ich finde - kluge Art und Weise beschrieben. Ja, es ist erlaubt in dieser Welt, eine unterschiedliche Auffassung dazu zu haben, ob es sinnvoll ist, über die Elbe zu gehen. Ich glaube: Ja. Andere haben andere Argumente und sagen: Nein. Deswegen sagt der Koalitionsvertrag, was vor uns so noch nie beschrieben wurde: In dieser Legislaturperiode schaffen wir die Anbindung an die A 7. Dazu müssen wir jetzt die Urteile vom **Bundesverwaltungsgericht** abwarten. Ich hoffe, wir erwarten alle die

für uns guten Urteile. Wir müssen sie erst noch bekommen. Das ist das, was bei der Beschreibung unseres Koalitionsvertrags immer ein bisschen untergeht, Herr Arp. Ich kann ja verstehen, dass es bei Ihnen untergeht. Aber ich glaube, bei den Unternehmerinnen und Unternehmern im Land ist es mittlerweile verstanden worden.

Ferner haben wir parallel vereinbart, dass wir für die Jahre 2017 folgende die Pläne inklusive der Elbquerung in 2014 fertig haben. Es wird dann bei der Diskussion auch für die nächste Legislatur darum gehen: Bekomme ich dafür die notwendige Mehrheit, oder bekommen diejenigen die Mehrheit, die eine andere Auffassung haben? Darum müssen wir ringen. Aber es wird keine Sekunde Verzug geben, weil irgendjemand im Jahr 2017 erst noch anfangen muss, komplett neu zu planen. Das ist verantwortliche Politik. Dafür steht meine Landesregierung. Das setzen wir durch. So macht man vernünftige Infrastrukturpolitik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist im Detail beschrieben worden, wie wir mit den **Zensusmitteln** umgehen, die wir glücklicherweise haben. Glücklicherweise haben wir sie. Aber vernünftigerweise nutzen wir sie so, wie wir sie nutzen. Wir nehmen sie nicht nur für ein Ziel. Wir nehmen sie nicht nur für den Haushalt, sondern wir nehmen sie für das, was für dieses Land wichtig ist. Wir unterstützen die **Kommunen**, und zwar nicht, nachdem wir verklagt worden sind, sondern bereits im Vorfeld, im Jahr 2017. Wir verbessern die Möglichkeit, **Infrastruktur** zu finanzieren, indem wir die Mittel um 18 Millionen € auf 26 Millionen € erhöhen. Diese Mittel werden wir für Landesstraßen und für andere Infrastrukturen so verwenden, wie es sinnvoll ist und wie es die Ermittlungen meiner Ressorts ergeben. Seien Sie versichert: Wir werden eine gute Verteilung der 26 Millionen € in der Realität dieses Landes erreichen. Wir unterstützen die Kommunen ferner bei der Ausstattung von Kindergärten, und wir gehen in die Haushaltssanierung. All das tut eine Regierung, all das tun die Parteien, die diese Regierung tragen, weil sie die Balance in diesem Land gewahrt sehen wollen. Wir halten diese Balance.

Es mag Glück sein, es mag an der Qualität der Arbeit im Finanzministerium liegen - das sei Ihrem Urteil anheimgestellt. Ich jedenfalls freue mich, dass meine Regierung es ist, die gegenüber dem **Stabilitätsrat** mitteilen kann: Mit dieser Politik der Balance sind wir nun nicht mehr von einer Haushaltsnotlage bedroht. Seien Sie versichert: Das ist

(Ministerpräsident Torsten Albig)

für uns überhaupt keine Entwarnung, sondern es spornt uns an, diesen Weg weiterzugehen, von dem wir glauben, dass er klüger ist als der, den Sie als Alternative vorschlagen und für den wir gewählt worden sind. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Callsen - ob für einen Dreiminutenbeitrag oder für einen Erwi-derungsbeitrag, muss er jetzt selbst entscheiden. Davon hängt ab, ob alle anderen Fraktionen das gleiche Recht haben. Sie dürfen drei Minuten sprechen oder können von der Möglichkeit des § 52 Abs. 4 Geschäftsordnung Gebrauch machen. - Sie möchten drei Minuten sprechen. Bitte schön!

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, damit es nicht zu einer selektiven Wahrnehmung von Reden kommt: Ich habe ausdrücklich gesagt, dass der Verkehrsminister unsere volle Unterstützung hat, was die zügige Sanierung der Rader Hochbrücke sowie die Neubauplanung angeht. Das gilt auch ausdrücklich.

(Beifall CDU und FDP)

Ansonsten haben Sie zu den zwei wichtigsten Verkehrsprojekten des Landes, der **A 20** mit der **westlichen Elbquerung** und der **festen Fehmarnbelt-Querung**, einiges gesagt. Sie haben sich in der Vergangenheit gern anders geäußert. Ich glaube - ich habe Ihren Gesichtsausdruck verfolgt -, bei dem Redebeitrag von Frau von Kalben ist Ihnen auch ein Stück weit der argumentative Boden weggehauen worden; denn die A 20 mit der westlichen Elbquerung wurde von Frau von Kalben in einer solchen Deutlichkeit abgelehnt, dass klar wurde,

(Zuruf SPD)

- das gilt für den Kollegen Tietze logischerweise auch -, dass es dafür keine Mehrheit in dieser Koalition gibt. Das Gleiche gilt für die feste Fehmarnbelt-Querung.

Noch einmal: Der Antrag, den die Koalitionsfraktionen hier vorlegen, redet von Prüfen, von Bedenken und vom Ausstieg. Er redet ausdrücklich auch vom Ausstieg aus diesem Projekt. Herr Ministerpräsident, wenn das so ist, dann seien Sie ehrlich und sagen Sie das auch den Menschen. Ich habe nach Ihrer Rede jetzt noch weniger gewissenhafte

Ahnung darüber, wofür diese Landesregierung eigentlich steht.

(Zurufe)

Sie gibt jedem etwas. Das ist nicht der Kurs, den wir für die Zukunft dieses Landes brauchen. Wir brauchen klare Entscheidungen, klare Handlungsgrundlagen und klare Bekenntnisse. Deswegen noch einmal unser Appell: Stimmen Sie unserem Antrag zum Thema feste Fehmarnbelt-Querung zu! Ich beantrage im Übrigen, die beiden Anträge für selbstständig zu erklären.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zurufe)

- Herr Dr. Breyer hat sich gemeldet. Bitte schön, Herr Dr. Breyer, Sie haben das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die Stärksten reden zum Schluss! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich dachte, Sie kommen noch! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Er hat sein Pulver verschossen! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Irgendwie werden Sie mir fehlen, Herr Dr. Stegner! - Weitere Zurufe)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Herr Ministerpräsident! Lassen Sie mich einen Satz sagen. Mehr hätte ich auch nicht gesagt, wenn Sie meine Zwischenbemerkung zugelassen hätten. Sie haben gesagt, wir trügen die gemeinsame Verantwortung für den Zustand unserer Landesstraßen heute. Dazu möchte ich sagen: Diesen Schuh ziehen wir uns nicht an, diesen Schuh, den Sie hier sehr löchrig und rissig hinterlassen haben. Wir PIRATEN tragen dafür nicht die Verantwortung.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Gut, dass wir das erfahren haben! - Serpil Midyatli [SPD]: Das sagt mein Sohn auch immer, wenn er sein Zimmer aufräumt! - Heiterkeit - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nun gibt es wirklich keine weiteren Wortmeldungen mehr, jedenfalls keine offiziellen. Deswegen darf ich Sie bitten, jetzt zuzuhören.

Bevor wir in die Abstimmung über die Sachanträge eintreten, gebe ich Ihnen zu Tagesordnungspunkt 2

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

folgende Hinweise: Nach der Übereinkunft im Ältestenrat wird die Beratung zu den Gesetzentwürfen Drucksachen 18/861, 18/883 und 18/927 sowie der Resolution Drucksache 18/1059 heute unterbrochen und am Freitag nach der morgigen Ausschussbefassung wieder aufgerufen.

Die Fraktion der PIRATEN hat gemäß § 75 der Geschäftsordnung der Behandlung der Artikel 2 und 3 des Änderungsantrags in der Drucksache 18/1066 widersprochen, da mit dem Änderungsantrag zwei neue Gesetzentwürfe eingebracht werden. Aufgrund des Widerspruchs können sie daher in dieser Tagung nicht beraten werden, sondern werden auf die Tagesordnung der September-Tagung gesetzt.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Ich schlage vor, dass der Finanzausschuss die vorliegenden Änderungsanträge, Drucksachen 18/1066 Artikel 1 und 18/1067, in seine Beratungen einbezieht. - Ich sehe keinen Widerspruch. Ich schließe damit die Beratung der weiteren Anträge. Ausschussüberweisung ist nicht beantragt. Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen.

Abstimmung zu d): Klares Bekenntnis zur festen Fehmarnbelt-Querung, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1010, und Änderungsantrag der Regierungsfractionen, Drucksache 18/1069. Ich schlage vor, abweichend von § 75 der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag, Drucksache 18/1069, zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht; dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1010, abstimmen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Alternative Abstimmung? - Hans-Jörn Arp [CDU]: Selbstständiger Antrag!)

- Die selbstständigen Anträge können abgelehnt oder angenommen werden. - Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1010, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

(Zurufe)

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1069,

abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen aller anderen Fraktionen angenommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu e): Jütlandroute zukunftssicher entwickeln, Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1029. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu f): Sperrung der Rader Hochbrücke, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1030. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag bei Enthaltung der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den Stimmen aller anderen Fraktionen und Abgeordneten abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung zu g): Nord-Süd-Verbindung sanieren und ausbauen, Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/1047. Wer zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion mit den Stimmen aller anderen Fraktionen und Abgeordneten abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu h): Finanzierungsmöglichkeiten der westlichen Elbquerung der A 20, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/832. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Piratenfraktion abgelehnt.

(Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

- Wir sind in der Abstimmung.

(Zurufe)

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

- Ich mache eine kleine Unterbrechung, damit ich höre, was der Abgeordnete zu sagen hat. Herr Abgeordneter Vogt, Sie haben das Wort

Christopher Vogt [FDP]:

Vielen Dank, Herr Präsident. Es kann sein, dass ich mich irre, aber aus meiner Sicht müssten wir über die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses abstimmen. Darin ist der CDU-Antrag enthalten. Ich möchte nur kurz darauf hinweisen, dass wir das eigentlich anders machen müssen.

(Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das ist nicht falsch.

(Heiterkeit)

Ich muss jetzt erst einmal überlegen, wie ich das ins Verfahren einbaue, denn in der Vorbereitung ist das offensichtlich übersehen worden. Es ändert zwar in der Sache nicht so viel, aber es ist formal richtig.

(Zurufe)

Wenn über die Beschlussempfehlung des Ausschusses zu befinden wäre, wäre das Abstimmungsverhalten womöglich anders, aber die Wirkung wäre die gleiche. Okay, dann wiederhole ich die Abstimmung. Es ging aber um die Drucksache 18/832, richtig?

(Zurufe)

Drucksache 18/1034?

(Zurufe)

- Danke schön, wir stimmen jetzt über die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 18/1034, ab. Wer der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Dann ist der Beschlussempfehlung zum Thema Finanzierungsmöglichkeiten der westlichen Elbquerung der A 20 mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der anderen Fraktionen und Abgeordneten gefolgt worden.

Wir kommen jetzt noch zum selbstständigen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/949.

(Peter Sönnichsen [CDU]: Das haben wir doch eben erledigt! - Weitere Zurufe)

- Das haben wir eben erledigt, ja. Das haben wir ja so herum gemacht auf Wunsch von Herrn Vogt. - Dann sind wir damit durch. - Herr Abgeordneter Vogt, wollen Sie sich noch einmal zu Wort melden?

(Heiterkeit - Zurufe)

- Da bin ich aber froh.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Lokale Bündnisse für Familie in Schleswig-Holstein weiter stärken

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1032

Kinder und Familien stärken - Politische Priorität für Schleswig-Holstein

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/1068

Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann hat das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Allen, die jetzt etwas essen, guten Appetit. Wir, die Union, stehen für mehr **Familienfreundlichkeit** und eine wirksame Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall CDU)

Zum einen ist da die Betreuung der Kinder in der Kindertagesstätte, in der Krippe, im Kindergarten, im Hort, bei der Tagesmutter und in der Ganztagschule, und zum anderen gehört noch viel, viel mehr dazu, viele, viele Bausteine, um Familien zu stärken, um Chancengleichheit von Frauen und Männern und Chancengleichheit von Familien zu verbessern. Die **Lokalen Bündnisse für Familien** bieten ein dickes Bündel von familienergänzenden Initiativen für alle Generationen, egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Seit 2004 gibt es diese Initiative der Lokalen Bündnisse für Familien in Deutschland und auch bei uns in Schleswig-Holstein. Insgesamt gibt es 670 Lokale Bündnisse und 22 davon in unserem Bundesland. Alle verbindet der gemeinsame Leitgedanke dieser Bundeskampagne, das Mitwirken und die Bemühungen für eine **familienfreundliche Infrastruktur**.

(Katja Rathje-Hoffmann)

tur. Vor Ort entscheiden die unterschiedlichen Mitwirkenden selbst über diese Maßnahmen und Aktionen in der betreffenden Region des Lokalen Bündnisses. Hier bei uns werden die Bündnisse überwiegend von ehrenamtlichen Einzelpersonen und Unternehmen gegründet. In Arbeitskreisen wurden und werden vor Ort die individuellen Aufgabenstellungen definiert, abgestimmt und natürlich auch umgesetzt. Es sind Aufgaben wie beispielsweise Betreuungsangebote für Kinder von null bis zwölf Jahren, spezielle Schulkinderbetreuung, Freizeitgestaltung sowie auch die Optimierung von ÖPNV-Angeboten und auch, um es nicht zu vergessen, diverse kulturelle Angebote und Aktivitäten.

Beispielhaft arbeitet das Lokale Bündnis für Familie in Heide. Hier stellt man auf Anhieb fest, wie und warum der Zusammenschluss der einzelnen Bündnispartner so erfolgreich ist. Über 30 Beteiligte aus den unterschiedlichsten Bereichen der Wirtschaft, der Verwaltung, diverse Interessensvertreter, Vertreter aus Vereinen und Verbänden schließen diesen **ehrenamtlichen Pakt** für eine familienfreundlichere Gesellschaft in der Stadt. Hier werden Ideen entwickelt, entsprechende Maßnahmen vollzogen und gesellschaftliche Erfordernisse gemeinsam umgesetzt. Aktuell befasst sich das Heider Bündnis mit der **Integration von Migrantinnen und Migranten** und deren Familien. Diese positive Aktion sollte viel mehr Schule in unserem Land machen.

Diese Verbindungen und Verknüpfungen der örtlichen Beteiligten müssen gepflegt und aktiv gehalten werden, um das Bündnis auf Dauer lebendig zu erhalten. Bedauerlich ist - und das gehört zur Realität auch dazu -, dass es seit zwei Jahren keine Neugründungen in Schleswig-Holstein mehr gegeben hat und auch einige Bündnisse über die Zeit hin in eine Art Dornröschenschlaf gefallen sind. Das wollen und müssen wir ändern. Genau hier setzt unser Antrag an. Wir wollen die starken Bündnisse stärken und bei Bedarf ermuntern, ihr ehrenamtliches Engagement und Netzwerk zu reaktivieren, und selbstverständlich Neugründungen anregen. Hier hilft die **Servicestelle des Bundesministeriums**, vor allem in der Gründungsphase, mit einer qualifizierten Fachberatung und einem leistungsfähigen Medienbüro. Bündnisse werden beraten und unterstützt, beispielsweise mit Vor-Ort-Workshops und Veranstaltungen, bei der Gewinnung von Kooperationspartnern und bei der Durchführung von gemeinsamen Aktionen und Initiativen.

Dass das erfolgreich ist, sieht man ganz leicht am **Beispiel der Stadt Eckenförde**. Das dortige Loka-

le Bündnis für Familie wurde im April Bündnis des Monats in Deutschland. Es ist höchste Zeit, dass wir hier anknüpfen und wieder aktiv werden. Im Dezember 2011 fand noch unter Schirmherrschaft des Wirtschaftsministeriums, unter der christlich-liberalen Regierung, das letzte Fachforum in Norderstedt statt. Lassen Sie uns für eine Verbesserung der Chancengleichheit von Familien in unserem Land daran anknüpfen. Auf geht's! Ich bitte um Zustimmung, oder wir können im Ausschuss weiter darüber diskutieren. Zum SPD-Änderungsantrag kann ich nur sagen: ein schöner Wohlfühlantrag mit nichts Neuem. Wir können aber gemeinsam diskutieren. - Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Dr. Gitta Trauernicht das Wort.

Dr. Gitta Trauernicht [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Rathje-Hoffmann, Sie haben es bereits gesagt, die Idee und Entwicklung der Lokalen Bündnisse reicht bis ins Jahr 2004 zurück. Was Sie nicht gesagt haben: Es war die damalige Bundesministerin Renate Schmidt, die als leidenschaftliche Familienpolitikerin diese Idee initiiert hat und in einer bis dato nicht gekannten Weise zu Lobbyfunktionen für Familienpolitik in unserem Land beigetragen hat.

(Beifall SPD)

Die Absicht war klar, mit den Lokalen Bündnissen für Familie sollte Schwung in die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** kommen, in den Ausbau der Kindertagesbetreuung, aber insgesamt auch in eine familiengerechte Arbeitswelt. Das waren und sind politische Prioritäten dieser Landesregierung und der damaligen Bundesregierung.

Politik für die Zukunft, Politik für Kinder und ihre Familien, Bildung von Anfang an, kein Kind dabei zurücklassen, das ist das Credo dieser Landesregierung. Die Kita-Vereinbarung mit den Kommunen ist ein Musterbeispiel gelungener familienpolitischer Bündnispolitik in diesem Land. Herzlichen Dank an die zuständige Ministerin.

(Beifall SPD und SSW)

Es ist eine **Bündnispolitik zwischen Land und Kommunen**, zwischen freien und öffentlichen Trägern. Darüber hinaus gibt es aber auch andere Mei-

(Dr. Gitta Trauernicht)

lensteine wie den präventiven Kinderschutz und die gute Bildung, die uns viel wert ist. Es gibt am familienpolitischen Engagement dieser Landesregierung keinen Zweifel. Liebe Frau Rathje-Hoffmann, was also soll dieser Antrag, der die Landesregierung auffordern soll, sich in der familienpolitischen Bündnispolitik zu engagieren? Das habe ich mich gefragt, zumal die Landesregierung im Juni dieses Jahres einen ausführlichen Bericht über die Lokalen Bündnisse in Schleswig-Holstein und die Aufgabe, die die Landesregierung darin sieht, vorgelegt hat und wir diesen Bericht nicht einmal im Ausschuss diskutiert haben.

Ein Blick in den Bericht der Landesregierung zum Stand dieser Bündnispolitik zeigt doch, dass es eine gute Entwicklung gibt, dass die Landesregierung ihre Möglichkeiten nutzt, um die örtliche Politik zu unterstützen, und dass die Arbeit der Lokalen Bündnisse fraktionsübergreifend geschätzt wird. Wenn erforderlich, gibt es auch ideelle und finanzielle Unterstützung. Daran lässt dieser Bericht überhaupt keinen Zweifel.

Frau Rathje-Hoffmann, in erster Linie sind aber die Lokalen Bündnisse auch Aufgabe der Lokalpolitik, und da können wir als Wahlkreisabgeordnete auch eine ganze Menge tun. Mit Bedauern habe ich festgestellt, dass von den 22 Lokalen Bündnissen, die in diesem Bericht aufgeführt worden sind, nur noch 21 vorhanden sind. Denn ausgerechnet das Bündnis in Norderstedt hat offensichtlich seine Arbeit eingestellt. Insofern haben Sie recht: Man muss immer wieder etwas tun, damit die Dynamik nicht ins Trudeln gerät.

Zum Stichwort „ins Trudeln gerät“ bin ich natürlich bei der christdemokratischen Familienpolitik. Denn wenn es Baustellen gäbe, dann doch bei Ihnen: das unselige Betreuungsgeld - man mag es ja schon gar nicht mehr sagen -, ein Thema, das jetzt noch einmal an Dynamik gewonnen hat, weil Sie die Zweijährigen - ausgerechnet die Zweijährigen - ausschließen. Das kann man nur noch als makaber bezeichnen.

(Beifall SPD)

Oder der Reformstau bei den familienpolitischen Leistungen. Seit Jahren sprechen wir über die Notwendigkeit, die 200 Milliarden € auf Bundesebene anders einzusetzen. Man kann nur noch den Kopf schütteln über die dreiste Verleugnung der **Ergebnisse der lang erwarteten Expertenstudie** durch Ihre Familienministerin Schröder.

Das politische Engagement für Kinder und Familien liegt bei dieser Landesregierung in besten Hän-

den. Mit unserem Änderungsantrag geben wir ein klares Signal: Gut gemacht, weiter so! Frau Ministerin, Sie werden von uns die dafür erforderliche Unterstützung bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Darin sind wir uns alle einig. Ob Mama, Papa, Kind, ob Patchwork- oder Regenbogenfamilie - jede Familie sollte gut unterstützt werden.

Kinder und ihre **Familien** stehen unter dem **besonderen Schutz** unseres Staates. Sie haben ein Recht auf Förderung und auf Unterstützung. Aber was macht die Bundesfamilienministerin? - Nicht genug, wenn Sie mich fragen. Anfang des Jahres sickerte ein Bericht über die derzeitigen Familienleistungen durch. Die eigenen Experten bekunden: Die schwarz-gelbe Familienpolitik ist nicht sinnvoll, sie leistet zu wenig für Kinder, und das auch noch zulasten von Müttern. Das ist beschämend. Kinder sind unsere Zukunft, und jede Familie sollte die Unterstützung bekommen, die sie braucht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beate Raudies [SPD])

Die CDU hat auf Bundesebene bei der Familienpolitik leider völlig versagt. Strategien für nachhaltige Kita-Qualitätsverbesserungen fehlen vollkommen. Diese Politik ist voll und ganz verfehlt. Geringverdienende, Alleinerziehende und Familien, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind - sie alle gucken in die Röhre. Das ist keine ausgewogene Familienpolitik, und damit muss nach dem 22. September 2013 endlich Schluss sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Statt einer Prämie fürs Zuhausebleiben brauchen wir flexible und hochwertige **Kinderbetreuungsangebote**. Das sehen im Übrigen auch die betroffenen Eltern so. Die stimmen derzeit mit den Füßen ab und noch nicht mit den Händen. Anders als von der Bundesregierung erwartet, werden nur zögerlich Anträge auf Betreuungsgeld gestellt. Eine An-

(Dr. Marret Bohn)

tragsflut, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist weit und breit nicht in Sicht. Auch das ist ein klares Zeichen gegen die Familienpolitik, die von Ihnen in den letzten Jahren vertreten worden ist.

Für uns Grüne ist Familienpolitik eine zentrale Säule einer guten Sozialpolitik. Ein gutes Stichwort, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sind da die Lokalen Bündnisse für Familie. Davon gibt es in Schleswig-Holstein 22, das brauche ich jetzt nicht zu wiederholen. Über das zentrale Ziel dieser Bündnisse, eine **bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf** - das will ich Ihnen gern noch zugehen -, sind wir uns über Fraktions- und Parteigrenzen hinweg einig. Nur über den Weg dahin müssen wir uns sicherlich noch im Ausschuss auseinandersetzen.

Ich weise nur auf einige Beispiele des Berichts hin. In Rendsburg liegt ein deutlicher Schwerpunkt auf Familien mit Migrationshintergrund. Da sind wir uns auch einig: Es ist sehr erfreulich, dass dieser zusätzliche Schwerpunkt gewählt worden ist.

Auch in anderen Kreisen und Kommunen - in Schleswig-Flensburg, in Tarp, in Brunsbüttel - ist die Seite der Beteiligten mehr als eine Seite lang. Das ist **ehrenamtliches und unternehmerisches Engagement**, über das wir uns alle freuen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Lokale Bündnisse sind ein Mosaikstein von vielen, was eine gute Familienpolitik ausmacht. Aber wir brauchen noch viel mehr dieser guten Mosaiksteine. Wir fördern den Ausbau der Kinderbetreuung und frühkindlicher Bildung. Wir stärken den Kinderschutz und die **Frühen Hilfen**, wir setzen uns für Familienbildungsstätten ein. Ein Konzept gefällt mir persönlich ganz besonders: Das ist das Konzept der **Familienzentren**. Auch da werden wir in Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren noch wesentlich weiterkommen. Das ist nach meiner Einschätzung das Konzept für die Zukunft.

Jetzt sage ich noch etwas zu dem Antrag - eigentlich ist dem, was die Kollegin Dr. Trauernicht gesagt hat, nichts hinzuzufügen -: Ich hätte mich gefreut, wenn wir erst gemeinsam im Sozialausschuss über den Bericht diskutiert hätten. Das war von Ihnen so nicht gewünscht. Ich beantrage für meine Fraktion Abstimmung in der Sache. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lokale Bündnisse dienen der **Verbesserung einer familiengerechten Infrastruktur**, und die Zielsetzungen sind auch genannt worden. Es ist in dem vorliegenden Bericht deutlich dargestellt worden: Es geht um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine verlässliche Kinderbetreuung, aber auch um die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege. Das hatte mir bislang noch gefehlt.

Die Bündnisse sind damit ein Baustein im Bereich der **Familienförderung**. Wenn ich den Worten der Fachsprecher aus den einzelnen Fraktionen der Regierungskoalition glauben schenke, dann frage ich mich gerade, welchen Stellenwert das Thema bei Ihnen wirklich hat, wenn ich mir die dünn besetzten Reihen anschau. Insbesondere frage ich mich, wie die Landesregierung dazu steht, wenn ein Großteil der Mitglieder nicht mehr da ist und die Ministerin hier allein sitzen lässt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber die beiden tragenden Säulen sind da!)

- Anke Spoorendonk ist auch noch da.

Wir diskutieren das Thema auf vielfältige Art und Weise. Ich nenne hier nur cursorisch: Krippenausbau, Familienhebammen, Netzwerk Frühe Hilfen, Mehrgenerationenhäuser, Familienpflegezeit, Kindergeldhöhung, natürlich - auch kritisch - das Betreuungsgeld oder die Verbesserung der Passgenauigkeit der familienpolitischen Leistungen. Der Bericht der Landesregierung zu diesem Thema zeigt auf, wie viele und vor allem, wie viele unterschiedliche Gruppierungen sich an den Bündnissen beteiligen. Auch ist es sehr erfreulich, dass sich zunehmend Unternehmen und Unternehmensverbände an den Bündnissen beteiligen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP], Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die örtliche Verwurzelung ist aus meiner Sicht dabei eine Stärke dieser Bündnisse. Ansonsten könnten sie ihre Funktion auch nicht erfüllen. Der Bedarf und die Voraussetzungen sind überall sehr unterschiedlich. So ist in der Stadt Bad Oldesloe die Situation eine ganz andere als im Kreis Nordfriesland. Entsprechend sind damit die **Bündnispartner**

(Anita Klahn)

auch sehr unterschiedlich. Die Bündnisse haben ihre eigenen Projekte und Aktivitäten entwickelt. Ich möchte dabei ein weiteres Beispiel würdigen, nämlich Eckernförde. Genauso wie in der Stadt Bad Oldesloe ist dort die Notfallbetreuung sowie ein zusätzliches Angebot für Randzeiten und Ferienzeitenbetreuung auf den Weg gebracht worden. Das sind die Projekte, die unsere Familien tatsächlich entlasten. Wir können gar nicht genug tun, um diese Best-Practice-Beispiele immer wieder herauszustellen.

(Vereinzelter Beifall FDP, Beifall Katja Rathe-Hoffmann [CDU] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit komme ich zu dem Punkt, dass es natürlich auch aus unserer Sicht wichtig ist, dass es sowohl ehrenamtlich und mit bürgerschaftlichem Engagement getragen wird, als auch dass es eine Aufgabe auch der Lokalpolitik ist, dass wir aber auch diese Lokalpolitik dann mit den entsprechenden **finanziellen Ressourcen** ausstatten müssen - über den kommunalen Finanzausgleich -, damit sie diese Aufgaben auch wirklich wahrnehmen kann. Wir sind davon überzeugt, dass es keine „Versäulung“ geben darf, und die **Landesservicestelle** muss eine Servicestelle bleiben und darf nicht zu einer Stelle mutieren, die von oben herab den Lokalen Bündnissen Vorgaben diktiert.

Insofern war die Entscheidung, die Projektförderung einzustellen, richtig und auch für uns wirklich nachvollziehbar; denn der Bericht der Landesregierung hatte die Probleme aufgezeigt. Es wurden einerseits viel zu wenig Projekte angemeldet, und zum anderen überschritten die **Verwaltungskosten** pro bewilligtem Projekt deutlich die **Projektkosten**. Das ist ein Punkt, an dem man wirklich nachdenken muss, was sinnvoll ist.

(Beifall FDP)

Alles andere ist Verschwendung von öffentlichen Geldern, und ich glaube, da sind wir uns auch fraktionsübergreifend einig.

Trotzdem ist die Frage, was von Landesseite getan werden kann. Meine Anregung ist folgende: Der Haushalt des Sozialministeriums sieht in Kapitel 12 für Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik in der Maßnahmengruppe 01 Mittel für Informationsveranstaltungen, Fachtagungen und Ähnliches vor, um unter anderem im Bereich der Familienpolitik Maßnahmen entwickeln zu können. Ich frage Frau Ministerin Alheit, ob sie nicht prüfen könnte, ob eine **Fachtagung**, zugeschnitten auf einen der Titel dieser Maßnahmengruppe, finanzierbar sein

könnte. Die Servicestelle sollte meiner Meinung nach auch die richtige Institution sein, die das dann umsetzen könnte. Das Ministerium könnte eine entsprechende Veranstaltung mit dem Ziel der besseren Vernetzung und dann möglicherweise mit Vorstellung von Best-Practice-Beispielen durchführen.

Meine Fraktion würde sich im Verfahren wie folgt verhalten: Wenn Sie in der Sache abstimmen möchten, werden wir dem Antrag der CDU zustimmen. Gleichwohl sollten wir das Thema in der nächsten Ausschusssitzung behandeln, zumal wir auch noch den Bericht der Landesregierung dort vorliegen haben und besprechen müssen. Da der Sozialausschuss, wenn ich das richtig weiß, in zwei Wochen stattfindet, wäre es wahrscheinlich möglich, Frau Alheit, dass Sie die gemachten Vorschläge überdenken und eine Stellungnahme dazu abgeben, ob das gehen würde oder nicht. Ich würde mich freuen, wenn wir uns auf dieses Verfahren verständigen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und Heike Franzen [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag der CDU gesehen habe, dachte ich: Klasse, das ist toll, das kannst du eigentlich blind unterschreiben - obwohl mir die Absichten, die verfolgt wurden, nicht ganz klar waren. Die habe ich heute erfahren: die Reaktivierung alter Bündnisse. Das Thema wieder in den Fokus zu rücken, ist eine gute Idee. Wenn ich mir die Reihen bei uns anschau, muss ich allerdings sagen, dass das ein bisschen daneben ist. Die Unaufmerksamkeit vieler Kollegen für dieses Thema ärgert mich. Das wollte ich ganz klar sagen.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP
- Zuruf)

- Das ist bei uns genauso.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Die Forderung dieses Antrages kann man in Verben aufteilen: Da geht es um „prüfen, suchen, bekannt machen und verbreiten“, in der Nummer 2 um „unterstützen“ und in der Nummer 3 um „anregen“. Mit anderen Worten: Das alles kann das Ministerium leisten.

(Wolfgang Dudda)

Da ist eine **Servicestelle**, die das schon leistet und eng mit dem Servicebüro des Bundesministeriums zusammenarbeitet, wie man überall erfährt. Hier erfährt man auch, wie man das, was die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag will, toll erledigen kann. Ich muss ganz klar sagen, dass ich mir nie hätte vorstellen können, dass ich als PIRAT einmal Frau von der Leyen loben würde. Aber das Internetangebot, das ich dort vorgefunden habe, ist großartig. Ich komme später noch darauf zurück.

Was bietet das **Servicebüro im Bundesministerium** an? - Das ist interessant: die Beantwortung allgemeiner Fragen, die Fachberatung für die Gründung und den Aufbau neuer Bündnisse, ein Medienbüro für die Unterstützung von Aktionstagen und der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, einen zum Download bereitstehenden, sehr praktisch orientierten Leitfaden für den Aufbau und die Gründung neuer Bündnisse, PR-Materialien, Dokumentenvorlagen und Musterbriefe. Das ganze Angebot ist - wie gesagt - optisch toll gemacht und leicht bedienbar. Das findet meine Anerkennung. Was mich ärgert, ist: Warum muss da „Roland Berger“ als Firma drinhängen? Warum kann der Staat das nicht alleine leisten? Das finde ich sehr traurig.

Um den Forderungen des CDU-Antrages zu entsprechen, muss das Rad also keinesfalls neu erfunden werden. Dafür gibt es auf Bundesebene ein absolut brauchbares Angebot. Darauf weist das Sozialministerium in seinem Webangebot hin. Dazu enthält es leider nur zwei Links. Da könnte man meiner Meinung nach mehr machen, Frau Alheit, und mehr Informationen als bisher bereitstellen. Allein dadurch wäre den Verben „prüfen, suchen, bekannt machen, verbreiten, unterstützen und anregen“ Rechnung getragen worden. Das kann kostenneutral umgesetzt werden. Insofern kann ich dem Antrag der CDU folgen. Er verursacht keine Kosten.

Alles, was darüber hinausginge, würde mehr Präzision im Antrag erfordern, allerdings auch Geld kosten. Vor diesem Hintergrund können wir dem Antrag zustimmen, denn er verursacht keine Kosten.

Sie haben mit Recht auf das **Fachforum** hingewiesen, das erst vor zwei Jahren zum letzten Mal getagt hat. Ich sehe es wie Sie: Die Sozialministerin könnte die bestehenden **22 Bündnisse** einmal in das **Landeshaus einladen**, sodass wir uns mit ihnen treffen und persönlich Sorgen und Nöte erörtern können. Dem kann ich persönlich folgen. Finanzielle Mittel dafür sind im Haushalt vorhanden. Wenn nicht, kann man bei der Umfrage für die Pflegekammer ein bisschen sparen. Darüber hinaus ist es

vor allen Dingen Aufgabe der Kommunen, etwas zu tun, wie der Bericht der Landesregierung aus der 16. Wahlperiode dazu richtig feststellt. Am 6. Juni 2007 wurde hier im Hause beraten und eigentlich komplett fraktionsübergreifend das Richtige gesagt. Besonders gut hat mir die seinerzeitige Einleitung des Kollegen Garg gefallen. Er hat in seiner Rede - das möchte ich zitieren - etwas sehr Kluges gesagt; damit will ich meinen Vortrag beenden:

„Die letzte französische Sozial- und Familienministerin hat einmal auf die Frage, warum die Familienpolitik in Frankreich in den letzten Jahren so viel Erfolg gehabt hat, geantwortet: Das Rezept ist ganz einfach. Überall dort, wo es normal ist, Kinder zu haben, kommen auch noch welche hinzu.“

Ich ergänze meinen Dank an diejenigen, die sich in Lokalen Bündnissen stark engagieren und um das Gemeinwohl verdient machen.

Auch ich hätte das Thema gern im Ausschuss beraten. Aber vielleicht hat die Kollegin Bohn recht. Wir haben im Ausschuss noch sehr vieles liegen, was noch erledigt werden muss, wie beispielsweise die Abarbeitung der Cannabis-Problematik, die mir eine Herzensangelegenheit ist. Vor diesem Hintergrund können wir den Antrag auch in der Sache abstimmen. Ich bin dafür, diesem Antrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Kollegin Katja Rathje-Hoffmann von der CDU hat völlig recht: Wir haben in Schleswig-Holstein das Glück, dass sich nach wie vor viele Menschen auf freiwilliger Basis zusammenfinden und in Lokalen Bündnissen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Familien einsetzen. Sie leisten ohne Zweifel eine sehr wichtige Arbeit und verdienen unsere volle Unterstützung. Ganz gleich, ob sie nun aus der Wirtschaft, der Politik oder der Zivilgesellschaft kommen - ich will diesen Antrag zum Anlass nehmen, um mich einmal bei all den Menschen, die in diesem Rahmen aktiv sind, zu bedanken.

(Beifall SSW, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Flemming Meyer)

Überall dort, wo die 22 Lokalen Bündnisse in Schleswig-Holstein aktiv sind, gestalten sie die **Rahmenbedingungen für Familien** in deren Sinne mit. Gemeinsam mit den Unternehmen vor Ort setzen sie sich zum Beispiel für erweiterte Betreuungsmöglichkeiten ein, oder sie schaffen bedarfsgerechte Beratungsangebote und stärken damit die Erziehungskompetenz junger Eltern. All dies ist gut und wichtig. Aus Sicht des SSW ist es absolut sinnvoll, darüber nachzudenken, wie man diese Arbeit weiter stärken kann. Doch so ehrenwert dieser Einsatz aus unserer Sicht ist - wir haben seit der Gründung dieser Initiative im Jahre 2004 darauf hingewiesen, dass es bei diesem Thema natürlich mehr braucht als reines ehrenamtliches Engagement. Wir müssen die freiwillige Arbeit nicht nur tatkräftig unterstützen, sondern auch für professionelle Begleitung sorgen. Ziel dieser Koalition ist es, soziale Arbeit insgesamt personell ausreichend auszustatten und solide zu finanzieren.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn das zentrale Anliegen aller Bündnisse - die Schaffung familiengerechter Strukturen - kann das Ehrenamt kaum allein erreichen. Ich sage deshalb ganz deutlich: Was für die Familienbildungsstätten gilt, muss auch für die Lokalen Bündnisse gelten - Familienpolitik braucht Profis!

Wenn es um Politik für Familien geht, sollte eines klar sein: Hier geht es um weit mehr als bloße **Finanzierungsfragen**. Denn leider gibt es in der Familienpolitik in Deutschland keine einheitliche Zielvorstellung. Das Gesellschafts- und Familienbild in den verschiedenen Regionen weicht offensichtlich sehr stark voneinander ab. Derzeit gibt es über 200 familienpolitische Maßnahmen. Es ist schlicht und einfach keine klare Linie erkennbar.

Eine Grundvoraussetzung, die in meinen Augen völlig fehlt, ist eine **breite gesellschaftliche Debatte** darüber, was wir mit der Familienpolitik eigentlich wollen. Wie sehen unsere Ziele aus, und wie können wir sie erreichen? Natürlich muss das ehrenamtliche Engagement unterstützt und müssen entsprechende Angebote ausgebaut werden. Aber das allein wird mit Sicherheit nicht reichen.

Egal, ob wir uns die direkten oder die indirekten, die finanziellen oder die infrastrukturellen Leistungen für Familien anschauen - wichtig ist, dass sie endlich zielführend eingesetzt werden. Deutschland investiert jährlich Milliarden in diesen Bereich. Trotzdem ist das Land alles andere als kinder-

freundlich. Ja, wenn wir uns die Situation alleinerziehender Mütter anschauen, stellen wir fest, dass **Kinder** immer noch das **Armutrisiko Nummer eins** sind.

(Beifall Kirsten Eickhoff-Weber [SPD])

So etwas kann aus Sicht des SSW nicht angehen. Eine solche Entwicklung muss dringend gestoppt werden.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU stellt in ihrem vorliegenden Antrag fest, dass Lokale Bündnisse für Familien ein „wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Familienpolitik“ sind. Das ist sicherlich richtig. Es ist allerdings nur ein Baustein. Weil ein kinder- und familienfreundliches Umfeld für uns höchste Priorität hat, hat sich diese Koalition neben der Unterstützung der Lokalen Bündnisse auf eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen verständigt. Wir werden die **Betreuungsinfrastruktur** auch über den U3-Bereich hinaus weiter ausbauen und vor allem die Qualität der Betreuung sichern. Wir werden den Ausbau der Ganztagsbetreuung vorantreiben. Wir werden den präventiven Kinderschutz weiter stärken. Denn all diese Dinge sind notwendig, wenn wir den Kindern wirklich annähernd gleiche Chancen geben und die Familien im Land spürbar entlasten wollen. Und genau das ist unser Ziel.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen von Abgeordneten liegen nicht vor.

Dann hat jetzt für die Landesregierung die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, Frau Kristin Alheit, das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:

Herzlichen Dank! - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ein kinder- und familienfreundliches Schleswig-Holstein ist - auch wenn ich zugebe, dass man es im Moment nicht wirklich gut erkennt; ich danke Anke Spoorendonk dafür, dass sie da ist - eines der zentralen Ziele dieser Landesregierung.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Trauernicht ist da!)

(Ministerin Kristin Alheit)

- Genau. Ich danke überhaupt allen, die da sind und diesem Thema so viel Aufmerksamkeit schenken.

Bei unserem Leitbild ist ein entscheidender Gedanke wichtig, nämlich der der **Gerechtigkeit**. Kinder- und Familienfreundlichkeit bedeuten auch immer Bildungsgerechtigkeit, bedeuten immer Teilhaberechtigkeit und bedeuten immer Chancengerechtigkeit. Für mich ist **Kinder- und Familienfreundlichkeit** ein Wert an sich. Er ist zugleich Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens, und zwar für das gesamte Land, aber auch für jede einzelne unserer Kommunen. Dazu - damit hat der Antrag recht - leisten Lokale Bündnisse für Familien einen wichtigen Beitrag. Das hat die Landesregierung in dem hier schon angeführten, erst vor Kurzem dem Landtag vorgelegten Bericht deutlich dargelegt. Von daher brauche ich das nicht ausführlich zu ergänzen.

Die Akteure, die in den Bündnissen aktiv sind, bekommen daher zu Recht von allen Seiten viel Anerkennung. Das möchte ich an dieser Stelle ebenso wie mein Vorredner deutlich machen. Sie werden von unserer Servicestelle weiter und gern unterstützt.

So sympathisch das Anliegen ist, die Bündnisse zu stärken, so geht der Antrag doch meiner Ansicht nach etwas an den Gegebenheiten vorbei. Es wurde schon gesagt: Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Bündnisse keine weitere Anleitung von oben brauchen. Sie haben darauf hingewiesen: Die **Lokalen Bündnisse** leben von ihrer Verantwortung vor Ort; von den Akteuren aus Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung. Sie haben sich zusammengesetzt und sich eine Agenda gegeben, um familienfreundliche Maßnahmen passgenau für den einzelnen Ort zu gestalten.

Ich möchte einen weiteren Gesichtspunkt hervorheben, der schon angesprochen worden ist. Ich glaube, es gibt an dieser Stelle kein Informationsdefizit. Die Bundesregierung unterhält hierzu eine gute Website. Ich finde, hier gibt es keinen Anlass für Kritik. Ich weiß nicht, ob man dies auch auf Landesebene und damit doppelt leisten muss, wenn es die Informationen auf Bundesebene schon gibt. Die Website ist wirklich hervorragend.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Ich will Ihre Anmerkung aber gern mitnehmen und prüfen, ob man die Akteure ganz niedrigschwellig noch einmal zusammenführen sollte. Ich glaube aber nicht, dass es an dieser Stelle an Informationen fehlt.

Eines hat sich in der Vergangenheit ganz deutlich gezeigt, nämlich dass von außen kommende Impulse neue Bündnisse nicht stabilisieren. Sie hängen allein von dem Engagement vor Ort ab. Deshalb wurde der für vier Jahre laufende Versuch zur Förderung der Projekte aus Landesmitteln aufgrund der geringen Nachfrage eingestellt, und zwar zum Ende des letzten Jahres und auf der Grundlage eines Beschlusses einer CDU-geführten Landesregierung. Ich halte das für eine richtige Entscheidung.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann?

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:

Ja.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Frau Ministerin, was plant die Landesregierung? - Plant sie weitere Fachforen für die Lokalen Bündnisse regional an unterschiedlichen Orten? Oder meinen Sie, dass das, was jetzt läuft, reicht?

- Die bei uns bestehende Servicestelle wird weiter jedem bestehenden Bündnis und jedem neu zu gründenden Bündnis gern mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ich glaube, das ist die richtige Maßnahme. Die gegebene Anregung, noch einmal sehr niedrigschwellig die Akteure miteinander zu vernetzen, nehme ich gern mit. Ich glaube aber, dass darüber hinausgehende Maßnahmen, die von oben herab nach dem Motto wirken, wir wüssten, was vor Ort die richtige Maßnahme wäre, nicht wirken. Ich glaube, das war damals der Grund dafür, die Förderung rückgängig zu machen.

Ich komme jetzt zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen. Diese machen deutlich, dass wir einen Mix an unterschiedlichen Maßnahmen haben und diesen auch brauchen. Das sind Maßnahmen, die uns einiges kosten. Wir investieren in die **intensive Kooperation** von Schule, Jugendhilfe und offener Jugendarbeit und in die qualitativ vorbildlichen Angebote zum Kinderschutz und der Frühen Hilfen. Wir investieren darüber hinaus natürlich in den bedarfsgerechten Ausbau unserer Kinderbetreuung. Dafür übernimmt das Land im Schulterschluss mit den Kommunen ganz intensive Anstrengungen. Ich bin sicher, keiner von Ihnen wird es anders erleben: Wenn Sie draußen mit den Menschen reden, dann

(Ministerin Kristin Alheit)

ist eine gute und **bedarfsgerechte Kinderbetreuung** der entscheidende Punkt für die Frage der Familienfreundlichkeit unseres Landes.

Die Landesregierung und die Kommunen haben das begriffen. Wir bauen im Moment in einem noch nie dagewesenen Maße eine Infrastruktur aus. Sie haben es vielleicht der Presse entnommen: Allein in den vergangenen Wochen haben wir im Ministerium Anträge für 750 neue Krippenplätze erhalten. Dafür wird die Landesregierung zusätzliche Mittel in Höhe von 10 Millionen € an Investitionszuschüssen aufbringen. Damit können wir nicht nur die jetzt gestellten Anträge bewilligen, sondern jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt hat darüber hinaus zusätzliche Mittel, um zusätzliche Plätze zu planen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin überzeugt, dass es sich hierbei nicht nur um sinnvoll investierte Mittel handelt, sondern auch um Investitionen, die für ein Schleswig-Holstein, in dem Kinder und Familien gern leben, ganz entscheidend sind. Meine Damen und Herren, ich versichere Ihnen: Dafür werde ich mich auch in Zukunft starkmachen. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wurden sowohl ein Antrag auf Überweisung als auch ein Antrag auf Abstimmung in der Sache gestellt. Üblicherweise wird zunächst über den Überweisungsantrag abgestimmt.

Wer für die Überweisung an den Sozialausschuss ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung in § 75 den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1032, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Piratenfrak-

tion, der Fraktion der CDU und der FDP-Fraktion abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1068. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion mit den Stimmen der Piratenfraktion, der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW so angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr und wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause.

(Unterbrechung: 13:06 bis 15:05 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. - Ich eröffne die Sitzung wieder.

Zunächst einmal bitte ich Sie, mit mir auf der Tribüne des Landtags die Europa-Union Deutschland, Ortsverband Norderstedt, und die dbb-Jugend, also die Deutsche Beamtenjugend, mit Auszubildenden zu begrüßen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir kommen zurück zu den Beratungen. Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Ortung von Bürgern durch nicht individualisierte Funkzellenabfragen in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/244

Antwort der Landesregierung
Drucksache 18/1021

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich zur Beantwortung den Herrn Innenminister, hier zu sprechen.

Andreas Breitner, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die nicht individualisierte **Funkzellenauswertung** ist ein wichtiges und unverzichtbares Mittel der **Strafverfolgung**. Die emotionalen öffentlichen Reaktionen auf die Antwort der Landesregierung sind aus meiner Sicht haltlos und belegen vor allem eines: Unkenntnis.

(Minister Andreas Breitner)

Meine Damen und Herren, das sind die Fakten: Die Provider geben nur die Rufnummer an die Polizei, nicht jedoch den Namen der Person, zu der die Rufnummer gehört. Nur die wenigen Daten, die im Rahmen weiterer Ermittlungen für den Tatzusammenhang in Betracht kommen, werden überhaupt geöffnet. Es ist also unwahr, dass Millionen von Telefonnutzern unter Strafverdacht gestellt werden.

Ein Beispiel: Bei einer Serie von Raubüberfällen hat die Polizei keinen konkreten Tatverdacht gegen eine einzelne Person. Daher werden an verschiedenen Tatorten zu unterschiedlichen Zeiten übereinstimmende Nummern in den jeweiligen Funkzellen zu den Tatzeiten gesucht. Nur die guckt sich die Polizei an. Noch nicht einmal jede dieser Nummern führt sofort zum Tatverdacht. Der Inhaber wird nach Alibis gefragt. Wenn dann Ungereimtheiten festgestellt werden, wird gegen diesen einen ermittelt. Alle anderen Nummern bleiben gleichsam namenlos. Sie werden polizeilich überhaupt nicht angefasst.

Die Forderung der PIRATEN, alle **Handynutzer** zu benachrichtigen, deren Rufnummer im Zuge einer Funkzellenabfrage angefallen ist, ist aus meiner Sicht ein schwerer und unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte von Bürgern.

(Zuruf PIRATEN: Was?)

- Ich erkläre Ihnen das jetzt, Herr Abgeordneter. Wenn die Polizei verpflichtet wäre, alle Handynutzer zu benachrichtigen, deren Rufnummer im Zuge einer Funkzellenabfrage angefallen ist, müssten wir Namen zu Rufnummern ermitteln, die für das Ermittlungsverfahren überhaupt keine Rolle spielen. Die **Polizei** würde Handynutzer, an denen sie gar kein Interesse hat, aus ihrer Anonymität holen. Sie würden im Wortsinn polizeibekannt, obwohl die Polizei von ihnen gar nichts wissen will.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Andreas Breitner, Innenminister:

Nein, ich würde das gern im Zusammenhang darstellen, Herr Dr. Breyer.

Das wäre ein weitaus tieferer Eingriff in die Privatsphäre als die Kenntnis einer bestimmten Rufnummer ohne namentliche Zuordnung. Mit anderen Worten: Wir würden Namen von Handynutzern er-

mitteln, um ihnen mitzuteilen, dass wir ihren Namen bisher zwar nicht kannten, weil er polizeilich nicht weiter von Interesse war, ihn jetzt aber ermitteln mussten, um ihm mitzuteilen, dass seine Rufnummer im Rahmen einer Funkzellenabfrage angefallen ist. Meine Damen und Herren, das ist nicht nur absurd, sondern das wäre auch rechtswidrig.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Die mit ihrer Telefonnummer betroffenen Bürger über eine Funkzellenabfrage zu informieren, wäre so, als würden wir Kraftfahrzeughaltern schriftlich mitteilen, dass ein Polizeibeamter auf einer viel befahrenen Kreuzung ihr Kennzeichen gesehen hat.

Wer will den mehr als 100 Opfern der mittels einer Funkzellenauswertung aufgeklärten Einbruchserie erklären, dass den Strafverfolgungsbehörden der **Datenschutz** von Telefonnummern wichtiger ist als die Täterermittlung, obwohl die Telefonnummern zur Verfügung stehen und in 99,9 % der Fälle auch ungetastet bleiben? Anders gesagt: Wir brauchen den Heuhaufen, um die Nadel zu suchen. Wir beschäftigen uns aber nicht mit jedem einzelnen Halm.

Soll bei Raubserien, wie zum Beispiel im Kieler Bereich, die ihren erschreckenden Höhepunkt in dem Tod eines der Opfer in Kiel-Schilksee fand, einfach kapituliert werden? Wenn mir jemand sagt, das sei der Preis der Freiheit und des Datenschutzes, nehme ich das als eine Meinung entgegen. Ich teile diese Auffassung allerdings nicht. Ich möchte, dass die Polizei alle rechtlich erlaubten Mittel anwendet, um Mörder, um Brandstifter und andere Schwermisstraftäter zu überführen. Wenn dazu eine **Funkzellenabfrage** notwendig ist, dann muss sie erfolgen.

Der Hinweis, Aufwand und Ertrag stünden in keinem angemessenen Verhältnis, führt in die Irre; denn **Kriminalitätsbekämpfung** kann man nicht einfach nach betriebswirtschaftlichen Kriterien betreiben. Wer kann denn jedes Mal im Voraus sagen, ob ein bestimmtes Mittel auch zum Erfolg führt? Sollte man auf eine Funkzellenabfrage etwa verzichten, weil man sich nicht absolut sicher sein kann, damit einen Serienbrandstifter oder einen anderen Kapitalverbrecher zu überführen? Ich glaube nicht.

Wir reden im Zusammenhang mit der Funkzellenabfrage über Kapitalverbrechen und Menschen, die Opfer dieser Verbrechen geworden sind. Jede aufgeklärte Straftat ist auch ein Beitrag zum **Opferschutz**. Deshalb muss jedes rechtsstaatlich erlaubte Mittel zum Einsatz kommen, wenn es auch nur den

(Minister Andreas Breitner)

Hauch einer Chance auf Aufklärung verspricht. Die Betonung lege ich dabei auf: rechtsstaatlich erlaubt.

(Beifall SPD und PIRATEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich appelliere an Sie: Entwerfen Sie keine Horrorszenarien eines Überwachungsstaats! Rüsten Sie verbal ab, und lassen Sie uns die Fakten in aller Sachlichkeit wahrnehmen! Diese lauten: Funkzellenabfragen sind rechtlich erlaubt. Sie werden von der Staatsanwaltschaft beantragt und von einem Richter genehmigt. Die Polizei braucht sie, die Justiz ermöglicht sie, und die Polizei nutzt sie. Mehr rechtsstaatliche Sicherung geht nicht.

Noch eine Bemerkung zu den Lösungsfristen: Die Entscheidung über die Löschung trifft grundsätzlich die Staatsanwaltschaft. Während der Anhängigkeit des Verfahrens trifft das mit ihr befasste Gericht die Entscheidung. Die erlangten Daten sind unverzüglich zu löschen, wenn sie weder für die Strafverfolgung noch für eine etwaige gerichtliche Überprüfung erforderlich sind. Ob dies der Fall ist, hängt grundsätzlich von einer Prüfung der Justiz im Einzelfall ab. Liegt noch kein rechtskräftiges Urteil vor, ist die Wiederaufnahme von Ermittlungen möglich. Handelt es sich um ein offenes Ermittlungsverfahren, kann dies im Einzelfall der Löschung der Daten entgegenstehen. Polizei und Justiz verfahren nach diesen Grundsätzen und somit nach einem rechtlich ordnungsgemäßen Verfahren.

Die Balance zwischen **Freiheit** und **Sicherheit** wird von der **Polizei** und von der **Justiz** in Schleswig-Holstein gewahrt bleiben. Dies trifft erst recht zu, wenn wir, wie im Fall der Funkzellenabfrage, von der rechtsstaatlichen Anwendung der bundeseinheitlichen **Strafprozessordnung** durch die Polizei und die Justiz des Landes Schleswig-Holstein reden. Genau darum geht es in dieser Debatte. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich eröffne die Aussprache. Abweichend von der Vereinbarung im Ältestenrat hat die Fraktion der PIRATEN zehn Minuten Redezeit. Zusätzlich bekommen alle Fraktionen eine Redezeit von zwei Minuten, weil der Minister seine Redezeit überzogen hat.

Das Wort hat der Abgeordnete Uli König.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Besucherinnen und Besucher! Liebe Kollegen! O tempora, o mores! Die Behörden unseres Landes überwachen ihre Bürger ohne jedes Maß. Was man bisher nur aus totalitären Systemen kannte, ist auch hier und heute allgegenwärtig.

(Unruhe)

In den letzten vier Jahren waren hiervon neben einigen wenigen Straftätern abertausende Anwohner genauso betroffen wie zufällige Passanten, friedliche Demonstranten, Journalisten, Abgeordnete, Rechtsanwälte und Notare. Bei dem durch unsere Anfrage öffentlich gewordenen massiven staatlichen Ausspähen privater Daten durch Landesbehörden sehen wir nicht nur Hinweise darauf, dass Schleswig-Holstein generell die Grundrechte vernachlässigt. Wir gehen noch weiter: Die **Grundrechte** der Bürger auf **informationelle Selbstbestimmung** und das Telekommunikationsgeheimnis sind verletzt worden. Privatsphäre ist zum Luxusgut geworden.

(Beifall PIRATEN)

Wer kann denn ausschließen, dass in einem Bereich, in dem wieder eine maßlose **Funkzellenabfrage** stattfand, nicht auch eine Gewerkschaftsgruppe getagt hat und somit gegen Artikel 9 des Grundgesetzes verstoßen wurde? Wer kann denn ausschließen, dass nicht Journalisten mit ihren Gesprächspartnern ausgespäht wurden und somit gegen Artikel 5 des Grundgesetzes verstoßen wurde? Wer kann denn ausschließen, dass nicht auch Kirchen oder andere Religionsgemeinschaften überwacht wurden und somit gegen Artikel 4 des Grundgesetzes verstoßen wurde?

Man sollte meinen, dass ein Innenminister, der seinen Auftrag ernst nimmt, nach Bekanntwerden Besserung gelobt, sodass diese Verstöße in Zukunft verhindert werden, und zwar insbesondere dann, wenn . wie hier - die Verstöße vorwiegend nicht in die eigene Amtszeit fallen.

Was macht aber unser Innenminister Andreas Breitner? Der Innenminister dieser Landesregierung, der unter anderem für den Schutz der Bürger zuständig ist, verteidigt das Ganze auch noch öffentlich. Was soll man dazu sagen? Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

(Zurufe SPD)

Herr Breitner, mancher aufrechter Sozialdemokrat würde sich im Grabe umdrehen.

(Uli König)

(Zurufe SPD)

Kommen wir nun zu den Schlüssen aus der Antwort der Landesregierung aus Sicht der PIRATEN. Diese Ergebnisse lassen sich nicht nur leicht nachvollziehen. Nein, sie sind auch offensichtlich. Sie sind auch kein Ruhmesblatt für das sozialdemokratisch geführte **Innenministerium**. Das Tun des Innenministeriums innerhalb der derzeitigen Landesregierung ist im Wesentlichen von zwei Merkmalen geprägt. Diese Merkmale sind: nicht können und nicht wollen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Glauben Sie das eigentlich selbst, was Sie da sagen?)

Ich will der Landesregierung aber auch ein Lob aussprechen: Addieren können Sie - jedenfalls oftmals. Damit hätten wir aber auch schon das Positive in der Antwort erwähnt. Sonst ist so ziemlich alles grottig, was Sie uns präsentiert haben.

Als wir nach den Behörden des Landes gefragt haben, welche die Funkzellenabfragen nutzen, meinten wir natürlich alle Behörden. Ich bin mir sicher, dass auch Sie diese Frage verstehen konnten. Nun wurden also alle Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein säuberlich aufgereiht. Dies sind vier an der Zahl. Mir fiel aber sofort auf, dass eine Behörde fehlt, nämlich das **Landesamt für Verfassungsschutz**.

(Beifall PIRATEN)

Dies kann nur bedeuten, dass Sie es entweder vergessen oder verschwiegen haben. Wie ich bereits sagte, zwei Merkmale: nicht können oder nicht wollen, Herr Dornquast. Oder kann es sein, dass das Landesamt für Verfassungsschutz noch viel mehr überwacht, dass die Zahlen der **Staatsanwaltschaft** nur die Spitze des Eisbergs sind, eines Eisbergs, der zum Großteil unter der Oberfläche gehalten werden soll? Das ist eine allgemein bekannte Eigenschaft eines Eisbergs.

Herr Breitner, wir haben weitere Fragen.

Kommen wir zur Fehlerhaftigkeit der einzelnen Antworten. Ich will das beste und gleichzeitig erschreckendste Beispiel nehmen. Sie haben in Ihrer Antwort geschrieben, dass in einem Fall 120.000 Handys gecheckt worden seien. Dazu wurden angeblich 70.000 Datensätze übermittelt. Nun ist jedem klar, dass für die Tatsache, dass ein **Handy** erfasst wurde, auch ein Datensatz erforderlich ist. Wo zum Teufel sind die restlichen 50.000 Datensätze?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wo ist die Logik?)

Wir müssen feststellen, dass es dabei bleibt: Entweder Sie können nicht, oder Sie wollen nicht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Uli König [PIRATEN]:

Am Ende der Rede, bitte.

Hinzu kommt, dass viele der mitgeteilten Daten natürlich nicht nachvollziehbar sind, weil die Daten nur noch teilweise vollständig sind. Wie und nach welchen Kriterien allerdings Daten gelöscht werden oder aber bis in alle Zeiten gespeichert werden, das bleibt das Geheimnis der Landesregierung und des Innenministeriums.

Dazu einmal ganz nebenbei: Wenn die Ihnen unterstehenden Behörden den **Datenschutz** etwas ernster genommen hätten, hätte diese Anfrage kein nennenswertes Ergebnis geliefert. Wir halten also fest: Die gelieferten Daten sind mit Sicherheit fehlerhaft. Wieder stellt sich die Frage: Können Sie nicht, oder wollen Sie nicht?

Herr Minister, ich will die von Ihnen behauptete Notwendigkeit zum Anlass nehmen, Ihnen einmal etwas ins Pflichtenheft zu schreiben.

(Lachen SPD)

Belegen Sie das endlich! Belegen Sie, dass keine andere die Grundrechte weniger einschränkende Maßnahme zum Erfolg geführt hätte! Wir würden Ihnen dann mit Freude zustimmen, wenn Sie das könnten. Aber nein, es bleibt immer bei den gleichen unbelegten Schutzbehauptungen. Wir möchten endlich den Nutzen dieser Eingriffe belegt haben. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit menschlichen Handelns, dass jemand überprüft, ob das, was er tut, richtig ist. Das nennt sich **Evaluation**. Das ist ein Vorgang, der so alt ist wie die Menschheit selbst. Nur im Innenministerium Schleswig-Holstein scheint dieser nicht bekannt zu sein. Müssen denn ausgerechnet wir PIRATEN Ihnen erklären, wie Sicherheitsarbeit funktioniert?

(Lachen SPD)

- Wir haben auch gut gelacht, Herr Stegner.

Wir brauchen endlich einen Nachweis dafür, dass das, was Sie im Geheimen tun, einen Nutzen stiftet. Dazu gleich vorweg: Benutzen Sie die von uns geforderte Evaluation nicht, um Ihre politischen Entscheidungen im Nachhinein zu rechtfertigen; denn

(Uli König)

das werden wir auch herausfinden. Was wir fordern, dient im Übrigen nicht nur dem Selbstzweck innerhalb des politischen Handelns; es kann auch dazu führen, dass die Prozesse innerhalb der einzelnen Ermittlungsbehörden verbessert werden. Denn es muss doch auch Ihnen merkwürdig vorkommen, dass in Flensburg die Funkzellenabfrage nur selten angewandt wird, in Kiel aber exzessiv.

(Beifall PIRATEN)

Weder ist Flensburg als paradiesischer Hort des Verbrechens bekannt, noch gibt es Hinweise darauf, dass es in Kiel keinerlei **Straftaten** mehr gibt.

Wir wollen wissen, ob in Ihren Behörden die **Verhältnismäßigkeit** einer **Funkzellenabfrage** nicht nur streng geprüft wird. Nein, wir wollen auch, dass die Überprüfung überprüft werden kann. Wir wollen, dass die Bedingungen des § 100 eingehalten werden - immer.

(Beifall PIRATEN)

Wir wollen, dass nicht nur des Ermitteln wegen ermittelt wird. Wir wollen Ergebnisse sehen, die besser sind als das, was Sie bisher geliefert haben; das ist dürftig, grottig und unterirdisch.

Zur Erinnerung einige Zahlen: Über 850 Funkzellenabfragen seit 2009! Sie erinnern sich? Das letzte Mittel! Dabei wurden nur 64 Verfahren eröffnet. Das heißt, dass fast 800 Funkzellenabfragen keinen Hinweis liefern konnten.

(Beifall PIRATEN)

Fast 800 von 850! Dies wiederum führte nur zu 36 Verurteilungen - nur 36!

Unser Schluss: Die Funkzellenabfrage ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der Bürger, der noch dazu nichts bringt. Bis zum Beweis des Gegenteils durch Sie, Herr Minister, bleibt das das gültige Ergebnis. Da können Sie herumlamentieren, wie Sie wollen - alle anderen, die nicht blind oder so verblendet sind, sehen das so.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Uli König [PIRATEN]:

Immer noch: Am Ende der Rede, Herr Dr. Dolgner.

(Zuruf SPD: Eine Zwischenfrage wird dazwischen gestellt, nicht am Ende!)

- Ich möchte das jetzt gern so herunterreden. Ich habe das so geübt, ich halte das jetzt so.

Ein Schurkenstück ist aber die Behauptung, dass die Überwachten kein Interesse an einer Benachrichtigung über die Überwachung hätten.

(Unruhe SPD und CDU)

- Hören Sie bitte zu! Das ist wichtig.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich darf Ihnen sagen, dass ich Ihnen für das Wort „Schurkenstück“ eine Rüge erteile.

Uli König [PIRATEN]:

Danke. - Nicht nur, dass es völlig unerheblich ist, was Sie denken; denn das Gesetz schreibt diese Benachrichtigung vor. Nein, Sie haben auch offensichtlich keinen Schimmer davon, was die Bürger wollen. Das tritt hier offen zutage. Ändern Sie das! Ändern Sie diese Art von Denken!

Das vorgeschobene Argument, eine Benachrichtigung der Betroffenen sei unverhältnismäßig großer Aufwand, können Sie sich gleich abschminken. Es würde eine SMS an den Betroffenen reichen mit dem Hinweis auf die erfolgreiche, äh, erfolglose Maßnahme.

(Beifall PIRATEN)

Im Einzelfall betragen die Kosten für eine solche SMS durch den Provider unter 1 ct. Dafür müssen Sie auch nicht den Namen ermitteln, das geht mit der Handynummer ganz allein. Eine SMS-All-Net-Flat bekommen Sie für unter 10 € im Monat. Das ist weder unverhältnismäßig teuer, noch ist das Versenden einer SMS durch den Provider ein übergroßer Aufwand.

(Beifall PIRATEN)

Ich komme zum Schluss. Wir PIRATEN fordern - neben der bereits beschriebenen Evaluation - ab sofort eine **Benachrichtigung der Betroffenen**,

(Beifall PIRATEN)

die unverzügliche Reduzierung des gespeicherten Datenbestandes in den Arbeitsdateien sowie die Löschung der zur Strafverfolgung nicht mehr erforderlichen Daten,

(Beifall PIRATEN)

die Sperrung der Rohdaten, keine weitere Speicherung der Funkzellendaten für Gefahrenabwehrzwecke, zukünftig eine genaue Bezeichnung der Rechtsgrundlagen in den Anträgen an das Gericht,

(Uli König)

die Schaffung untergesetzlicher Handlungsanweisungen im Land Schleswig-Holstein, aber auch eine Präzisierung der gesetzlichen Grundlagen.

Zum Schluss noch eine Übersetzung für die Nicht-lateiner unter uns: „O tempora, o mores“ heißt so viel wie: „Was für Zeiten, was für Sitten!“ - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Herr Dolgner steht nicht mehr.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal danke ich dem Innenministerium und den weiteren beteiligten Stellen für die Beantwortung dieser Großen Anfrage.

Herr Innenminister, ich bedanke mich für die zwei Minuten zusätzlicher Redezeit. Ich glaube, ich werde sie nicht brauchen; denn die Rede, die Sie gehalten haben, hätte auch einem CDU-Innenpolitiker alle Ehre gemacht. Das war eine sehr vernünftige Positionierung.

(Beifall CDU - Demonstrativer Beifall PIRATEN)

Diese Rede verstärkte einmal mehr den Eindruck, dass die Sicherheitsorgane in Schleswig-Holstein mit Augenmaß und selbstverständlich im Rahmen von Recht und Gesetz für unsere Sicherheit sorgen.

Unser Dank gilt der **Polizei** und den **Staatsanwaltschaften**, die durch Prävention und Aufklärung von **Straftaten** einen wichtigen Beitrag zu unserer **Sicherheit** und damit auch zu unserer **Freiheit** leisten.

(Beifall CDU)

Damit ist schon das Spannungsfeld benannt, in dem wir uns auch bei diesem Thema bewegen: Freiheit ist nur für wenige von Wert, wenn sie nicht auch durch ein Mindestmaß an Sicherheit garantiert wird. Das Streben nach vollkommener Sicherheit wiederum birgt die Gefahr nach vollkommener Kontrolle in sich und gefährdet die Freiheit. Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit ist nicht statisch, sondern muss immer wieder neu austariert werden. Insbesondere zwingt uns die technische Entwicklung dazu, immer neue Praktiken bei unseren Sicherheitsorganen einzuführen, dann aber auch

zu kontrollieren. Das gilt auch für **Funkzellenabfragen**.

Lange bevor die Große Anfrage in Schleswig-Holstein beantwortet wurde und lange bevor die Zahlen aus Berlin und anderen Ländern bekannt wurden, hatten sich die PIRATEN schon festgelegt und das politische Ziel formuliert: Sie wollen nicht individualisierte Funkzellenabfragen verbieten. Dazu werden in der Öffentlichkeit Horrorszenarien an die Wand gemalt, die den Eindruck erwecken sollen, als ob der Bürger pausenlos von für ihn nicht greifbaren Mächten beobachtet werde. Der Beitrag des Kollegen König war ein neuer, peinlicher Höhepunkt in dieser Reihe von Äußerungen.

(Beifall CDU)

Die Realität sieht allerdings gänzlich anders aus: Wie schon dargestellt, wurden im Zeitraum 2009 bis 2012 in Schleswig-Holstein 850 Funkzellenabfragen beauftragt. Das bedeutet, dass die Sicherheitsbehörden für den jeweils geforderten Zeitraum von den Providern Mobilfunknummern für eine Funkzelle übermittelt bekommen. An belebten Orten, in Innenstädten oder bei Veranstaltungen können das auch einmal sehr viele Datensätze sein. Aber große Menschenmengen ziehen eben auch Kriminalität an. Funkzellenabfragen sind nur bei Straftaten von erheblicher Bedeutung zulässig und auch nur dort angewendet worden.

Um das Verhältnis klarzumachen, nehmen wir am besten das Jahr 2012 - mit den meisten Funkzellenabfragen -: 256 waren es im Jahr 2012. Laut Kriminalstatistik gab es in diesem Jahr 54.873 erhebliche Straftaten. Das heißt, in 0,46 % aller Fälle wurde eine Funkzellenabfrage durchgeführt. Es zeigt sich: Dieses Instrument wird ausgesprochen sparsam und gezielt eingesetzt.

Nun bauen die PIRATEN den Popanz des gewaltigen Eingriffs in die Bürgerrechte auf. Wie ist hier die Realität? Wenn meine Mobilfunknummer in einer Funkzellenabfrage erfasst wird, tritt sie in der Ermittlung überhaupt nicht zutage - der Innenminister hat das schon dargestellt -, ebenso wenig mein Name oder meine Kontaktdaten.

Wenn ich das Pech habe, zur gleichen Zeit wie ein Tatverdächtiger in zwei Funkzellen oder an identischen Orten unterwegs zu sein, wird eventuell meine Nummer näher angeschaut - und der Verdacht entkräftet. Dieser Eingriff in meine Rechte ist aus meiner Sicht deutlich geringer als zum Beispiel eine Kontrolle der Fahrzeugpapiere oder gar eine Personenkontrolle.

(Dr. Axel Bernstein)

Genau in diesem Zusammenhang - auch dazu wurde bereits das Wesentliche ausgeführt - sehe ich die nachträgliche Information der Betroffenen ausgesprochen kritisch. Nicht nur der Aufwand ist hier zu nennen, sondern viel gravierender ist, dass - wenn man das Ganze rechtlich ordentlich machen wollte - die Anonymität der Betroffenen aufgehoben werden müsste, und darum kann es nicht gehen. Es gibt also keinen vernünftigen Grund, auf die individualisierte Funkzellenabfrage als Ermittlungsinstrument zu verzichten.

Mit Blick auf die nach wie vor dramatisch niedrige Aufklärungsquote beispielsweise bei Einbrüchen und die weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Häufigkeit in Schleswig-Holstein stellen sich weitergehende Fragen: Wird die Funkzellenabfrage in Schleswig-Holstein ausreichend eingesetzt?

(Lachen PIRATEN)

Warum wird sie von den Staatsanwaltschaften so augenfällig unterschiedlich eingesetzt? Was bedeutet das für den Schutz der Bürger und die gleichmäßige Rechtsanwendung?

Ich sage vor diesem Hintergrund auch: Es ist weiterhin zu diskutieren und aus unserer Sicht erforderlich, eine eng umrissene und klar definierte **Vorratsdatenspeicherung** einzuführen, mit der die Effektivität von Ermittlungen weiter gesteigert werden kann.

Als ob ein Verzicht auf die Funkzellenabfrage nicht schon schädlich genug wäre, fordern die PIRATEN - sozusagen als kleine Lösung -, dass Ermittlungsergebnisse, die bei einer Funkzellenabfrage zutage treten, aber eigentlich nicht das Ziel der Ermittlungen waren, nicht weiter verwertet werden dürfen. Abstruser geht es nun wirklich nicht. Da können Sie gleich fordern, dass bei einer Verkehrskontrolle, die zum Ziel hat, die Verkehrstauglichkeit von Fahrzeugen zu überprüfen, der Drogenkurier im perfekt gepflegten Wagen mit einem freundlichen „Gute Fahrt!“ wieder auf die Straße geschickt wird.

Was bleibt am Ende? Nochmals herzlichen Dank an die Sicherheitsbehörden unseres Landes für ihre insgesamt gute Arbeit! Es ist ja bezeichnend, dass die PIRATEN ihre Forderungen auf allen möglichen Kanälen verbreiten, hier aber keinen Antrag zur Sache stellen. Sie werden schon wissen, warum. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Schleswig-Holstein hat die Fraktion der PIRATEN die Initiative von netzpolitik.org aufgenommen, die **Praxis der nicht individualisierten Funkzellenabfrage** zu hinterfragen. Wenn ich übrigens den letzten Blog von André Meister richtig verstanden habe, wäre er für einen Hinweis auf den wahren Urheber dankbar gewesen. Das hole ich hiermit für Sie nach.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Natürlich gibt es gute Gründe, die Entwicklung der Funkzellenabfrage kritisch zu betrachten. Es ist immer ein Eingriff ins Fernmeldegeheimnis. Die Zahl der Abfragen nimmt zu, und sie betreffen prinzipbedingt viele Unbeteiligte. Sie erfolgen auch noch - prinzipbedingt - heimlich.

Aber die positive Botschaft erst einmal vorneweg: Es hat in Schleswig-Holstein - im Gegensatz zu Dresden - keine **Funkzellenabfrage** im Zusammenhang mit **Demonstrationen** gegeben. Das ist gut so, und das soll auch so bleiben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da man von hier vorn immer so gern neue Informationen bekommt und unterstellt wird, dass man keine Ahnung hat, kann ich mir folgenden Absatz leider auch nicht schenken: Die Abfrage ist mitnichten in das Belieben gelangweilter, voyeuristischer Polizeibeamter gestellt, wie Sie, lieber Herr Kollege König, das in Ihrer Pressemitteilung suggerieren, auch wenn damit gern gepflegte Vorurteile bedient werden. Langweilen tut sich unsere Polizei weiß Gott nicht.

Die **Funkzellenabfrage** ist in der **Strafprozessordnung** geregelt. Wenn der Bundesgesetzgeber in § 100 g die Funkzellenabfrage als Ermittlungsmaßnahme für Straftaten von im Einzelfall erheblicher Bedeutung vorsieht, dann ist es erst einmal weder verwunderlich noch verwerflich, wenn Staatsanwaltschaften dieses beantragen, um schwere Straftaten aufzuklären.

Neben dem Legalitätsprinzip dürfen wir auch den Aufklärungsanspruch der Opfer nicht komplett übersehen. Da es sich aber immer um einen Grundrechtseingriff handelt, dieser auch noch heimlich

(Dr. Kai Dolgner)

erfolgt und Tausende Unbeteiligte in der gleichen Funkzelle miterfasst werden, muss bei jeder Abfrage von einem Richter überprüft werden, ob diese geeignet, erforderlich und angemessen ist. Dies ist in Schleswig-Holstein bis auf einen Sonderfall auch geschehen. Wir sollten uns auch davor hüten, die **richterliche Überprüfung** infrage zu stellen. Sie gehört zum Kernbereich der Unabhängigkeit der Justiz.

(Beifall SPD)

Nein, bei der Strafprozessordnung ist zunächst der Bundesgesetzgeber gefordert, und natürlich können auch die Länder initiativ werden.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Sachsen und Berlin haben das bereits getan. Allerdings haben die Kollegen PIRATEN in Berlin nach der einjährigen Anhörung mitnichten auf einer Abschaffung der Funkzellenabfrage bestanden, sondern sie haben da konstruktive Anträge gestellt. Vielleicht gucken Sie einfach einmal in die Unterlagen. Ich fand übrigens auch die Redequalität des Herrn Kollegen Lauer beim Studium der Protokolle deutlich besser. Das nur als kleine Anregung.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir werden uns deshalb im Ausschuss sicherlich intensiv damit beschäftigen müssen, ob die **zulässigen Tatbestände** nicht ausschließlich auf schwere Straftaten - § 100 a Strafprozessordnung - begrenzt werden sollten

(Beifall PIRATEN)

- gut, dass Sie klatschen; eben haben Sie noch die Abschaffung gefordert; das ist ein Unterschied - und dass die gebotene erhebliche Bedeutung auch im Einzelfall bei Antragsstellung geprüft wird.

Ein weiteres unzureichend gelöstes Problem ist die **Heimlichkeit**. Wie kann ich eigentlich nachträglichen Rechtsschutz gegenüber einer Maßnahme erlangen, von der ich nichts weiß? Das ist erst einmal ein klassisches Dilemma.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Im Gegensatz zur Strafprozessordnung, nach der eine Benachrichtigung nur in Ausnahmefällen unterbleiben darf, ist dieses offenbar zur Regel geworden. Deshalb sollten wir uns auch mit diesem Komplex ernsthaft beschäftigen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Sicher - der Innenminister hat das schon gesagt -, in den Fällen, in denen erst einmal nur die Telefon-

nummer ohne Namen ermittelt wurde, wäre es halbwegs, wenn man dem leichteren Grundrechtseingriff auch noch eine tausendfache Bestandsdatenabfrage folgen lassen würde, um die Betroffenen dann nachträglich darüber zu informieren, dass man leider in das Grundrecht eingreifen musste, um sie zu informieren.

(Zuruf PIRATEN: SMS!)

- Warten Sie es doch ab, Herr Kollege! - Übrigens sieht es auch der Berliner Datenschützer so, wie ich es gerade vorgetragen habe, dass man also dann, wenn keine Bestandsdaten erhoben werden, bitte auf die **Benachrichtigung nach StPO** verzichten kann. Das ist auch die Meinung des Datenschutzauftragten. Gucken Sie auf Seite 6 oder 7 des 20-seitigen Gutachtens nach.

Für Menschen, die trotzdem informiert werden wollen, sollten wir ein Opt-in-SMS-Verfahren prüfen. Das kann man übrigens auch ohne Namensauflösung machen.

(Beifall PIRATEN)

- Ich habe ja gesagt: Warten Sie es einfach ab! - Hier wäre in der Tat die Landesregierung gefordert, die Voraussetzungen für ein solches Verfahren zu überprüfen.

Wessen **Bestandsdaten** aber im Rahmen **weiterer Ermittlungen** bereits abgefragt worden sind, der kann wohl kaum als gänzlich Unbeteiligter betrachtet werden. Denn warum sind sie denn abgefragt worden? Weil man erste Ermittlungserkenntnisse hatte und sagte: Jetzt möchte ich auch wissen, wer hinter der Telefonnummer steckt. - Das hat der Gesetzgeber - das ist in der Gesetzesbegründung nachzulesen - übrigens auch im Hinterkopf gehabt.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kollege Kubicki, Sie können gleich noch etwas dazu sagen, dass das ein bisschen naiv ist. Sie können auch gern eine Zwischenfrage stellen. Aber - Herr Innenminister Breitner hat es ja auch gesagt - wenn man Telefonnummernüberschneidungen und Telefonnummern hat, die in der Nähe von verschiedenen Orten oder Taten waren und deren Namen auflöst, dann ist der Betroffene ja nicht mehr komplett unbeteiligt. Da kann man nicht einfach voraussetzen, dass das Nichtinteresse an der Benachrichtigung nach Strafprozessordnung einfach so vorhanden ist.

(Beifall PIRATEN)

Deshalb müssen wir im Ausschuss darüber reden, wie wir das für solche Fälle umsetzen können, be-

(Dr. Kai Dolgner)

ziehungsweise es stellt sich mir erst einmal die Frage: Ist das gar nicht umgesetzt worden? Ich kann das aus der Anfrage nicht erkennen. Wir sollten im Ausschuss vielleicht auch darüber reden, ob es real ein Problem ist, dass von Ermittlungsverfahren Betroffene nicht benachrichtigt worden sind, weil man vorausgesetzt hat, dass sie kein Interesse an einer Benachrichtigung nach Strafprozessordnung haben.

Um auf das Thema Datensparsamkeit und -löschung einzugehen, reicht meine Zeit jetzt nicht aus. Aber ich würde mich freuen, wenn wir uns im Ausschuss intensiv mit der Funkzellenabfrage beschäftigen und dazu einmal alle Seiten hören würden. Das ist übrigens nicht hauptsächlich die Polizei, auch nicht was die Datenlöschung angeht. Da müssten wir Richter, Anwälte, Staatsanwaltschaften fragen, wie sich der Grundrechtsschutz konkret verbessern lässt,

(Beifall PIRATEN)

ohne in die Unabhängigkeit der Justiz einzugreifen. Wir sollten einmal gucken, was sich hier machen lässt und wo eigentlich der Bundesgesetzgeber gefragt ist. Deshalb beantrage ich die Überweisung in den Ausschuss. Ich sehe sehr viel Spielraum dafür, dass sich die Qualität der Beratung im Ausschuss erhöht. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfrage der Piratenfraktion beleuchtet ohne Zweifel - das zeigt die heutige Debatte - ein relevantes Problem strafrechtlicher Ermittlungstätigkeit nicht nur in Schleswig-Holstein. Wir begrüßen die Anfrage der PIRATEN daher ausdrücklich. Ob das so für die Rede des Herrn Kollegen König gilt, will ich einmal mit einem Fragezeichen versehen.

Die **nicht individualisierte Funkzellenabfrage**, also die, welche bislang unbekannte Täterinnen oder Täter erst dingfest machen will, hat schon von ihrer Grundkonstruktion her einen Schönheitsfehler: Sie steht im grundsätzlichen Konflikt mit der Unschuldsvermutung

(Beifall PIRATEN)

- das teilt sie übrigens mit der Vorratsdatenspeicherung -;

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

denn durch die Funkzellenabfrage gerät zwangsläufig eine Vielzahl von unbeteiligten Personen allein dadurch in den Wirkungskreis von Ermittlungsmaßnahmen, dass sie in einem bestimmten Zeitraum im Bereich einer bestimmten Funkzelle ein Mobiltelefon bei sich führen. Sie müssen es noch nicht einmal benutzt haben. Es reicht aus, dass sie aus dem Bereich der Funkzelle heraus kontaktiert wurden. Der Staat nimmt also in Kauf, dass im Interesse der Ermittlung von Herrn X oder Frau Y die Verkehrs- und Bewegungsdaten einer Unzahl völlig unverdächtiger Menschen gespeichert, ausgewertet und gerastert werden.

Die **Unschuldsvermutung** ist über das Rechtsstaatsprinzip in Deutschland mit Verfassungsrang versehen. Über Artikel 6 Abs. 2 EMRK, also der Europäischen Menschenrechtskonvention, hat sie sogar Grundrechtscharakter. Über ihre herausragende Bedeutung für eine zivilisierte rechtsstaatliche Gesellschaft müssen wir uns daher nicht unterhalten.

(Beifall PIRATEN und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn man die Funkzellenabfrage beibehalten will, muss man sich sehr wohl überlegen, wie sie unter Berücksichtigung ihrer enormen Streubreite eingeschränkt und reguliert werden kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Die jetzt für Schleswig-Holstein vorliegenden Zahlen kennzeichnen das Problem - ich nenne nur ein paar Beispiele -: Im Zeitraum 2009 bis 2012 stieg die Anzahl der Funkzellenabfragen im Lande kontinuierlich von 151 2009 bis auf 256 2012. Dabei sank gleichzeitig die Kriminalitätsrate im Land.

Insgesamt wurden circa 7 Millionen Handys geortet und ihre Aktivitäten ermittelt. Das sind eine Menge unverdächtiger Menschen. 2010 wurden in Kiel innerhalb von 25 Stunden 2,3 Millionen Verbindungs- und Standortdaten von circa 300.000 Menschen erfasst. Das sind mehr Menschen, als Kiel Einwohner hat. Ich finde das beunruhigend.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Gemessen an der Intensität dieser **Eingriffe** sind die **Ergebnisse** eher mager: 36 Verurteilungen sind auf die Funkzellenabfrage zurückzuführen. In nur

(Burkhard Peters)

64 Fällen ergaben sich überhaupt weitere Ermittlungsansätze, sodass von den 850 Abfragen 786 ins Leere liefen. Diese Feststellung ist übrigens keine rein betriebswirtschaftliche Erfolgskritik. Es geht um eine Grundrechtsabwägung und um die Frage: Wie viel Freiheit darf Sicherheit kosten?

Die bei uns Grünen grundsätzlich bestehenden Bedenken an der Funkzellenabfrage werden durch die vorliegende Antwort der Landesregierung bestätigt. Funkzellenabfragen werden zu oft angeordnet und drohen trotz massiver **Eingriffe in die Rechte unbeteiligter Dritter** zum Standardinstrument der Ermittlungen zu werden.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die erfassten Daten werden zu lange gespeichert und unschuldige Betroffene nicht informiert.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Bereits 2011 reichten die Grünen im Bundestag einen Änderungsgesetzentwurf zu § 100 g StPO ein, der die Funkzellenabfrage zwar nicht abschaffen, ihre ausufernde Anwendung aber wirksam einschränken sollte. Er wurde durch die schwarz-gelbe Mehrheit abgelehnt.

Wir bleiben dabei: Der **Katalog der Straftaten**, welche eine Funkzellenabfrage ermöglicht, muss präzise erfasst werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das jetzige Tatbestandsmerkmal „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ erschwert die Rechtsanwendung.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Insbesondere im grundrechtsrelevanten Bereich ist es Aufgabe der Legislative, Gesetze zu fassen, die klare Vorgaben formulieren.

Ein zweiter Lösungsansatz muss sein, die Anforderungen an die Begründungen bei der Anordnung der Funkzellenabfrage zu erhöhen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Das gesetzlich vorgeschriebene **Prüfprogramm** ist nicht ausreichend und wird damit dem Zufall überlassen. So kommt es zu grotesken **Auswüchsen**: Die zwischenzeitlich als grob rechtswidrig festgestellte Funkzellenabfrage anlässlich der Anti-Nazi-Demos in Dresden im Jahr 2011 wurde von der örtlichen Staatsanwaltschaft mit völlig unzureichender Begründung praktischerweise gleich auf einem Briefkopfbogen des zuständigen Amtsgerichts und

schon mit einem Beschlusswortlaut versehen eingereicht. Der zuständige Ermittlungsrichter musste nur noch seine Unterschrift daruntersetzen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das passiert nicht nur dort! - Unruhe)

Mit der Definition expliziter **Begründungsanforderungen** soll einem solchen Missbrauch entgegen gewirkt werden.

(Beifall PIRATEN)

Auch in diesem Bereich geht eindeutig mehr Rechtsstaatlichkeit.

Auch über die **Speicherdauer** der durch Funkzellenabfrage erhobenen Daten müssen wir uns weiter unterhalten.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Eine Speicherung von bis zu 42 Monaten ist meines Erachtens nicht hinnehmbar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Dazu sollte im Innen- und Rechtsausschuss der Landesdatenschutzbeauftragte gehört werden.

Die anschließende **Benachrichtigung der unschuldigen Betroffenen** sollte ebenfalls als Regelmaßnahme erwogen werden. Dass die Betroffenheit nur unerheblich ist oder mutmaßlich kein Interesse an der Benachrichtigung besteht, kann spätestens nach PRISM und Tempora nicht mehr ernsthaft behauptet werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Es ist mehr als eine Lappalie, ob dem Staat Daten vorliegen, die genaue Rückschlüsse auf den Aufenthalt seiner Bürgerinnen und Bürger geben. Die obligatorische nachträgliche Benachrichtigungspflicht kann durchaus die Bereitschaft zu intensiveren Verhältnismäßigkeitsüberlegungen im Einzelfall bei der Beantragung einer Funkzellenabfrage stimulieren.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Dies sind nur einige Fragestellungen, die sich aus der Antwort der Landesregierung ergeben. Eine vertiefende Betrachtung wird im Innen- und Rechtsausschuss stattfinden müssen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, vereinzelt SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki das Wort.

(Zurufe)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme es gleich vorweg: Das Ausmaß und die Zahl der **nicht individualisierten Funkzellenabfragen** in Schleswig-Holstein hat auch mich und meine Fraktion überrascht. Wenn - wie in der Antwort auf die Große Anfrage der PIRATEN zu lesen ist - zur Strafverfolgung ununterbrochen 31 Tage lang Verkehrsdaten in einer Funkzelle in Kiel aufgefangen werden oder wie in einem anderen Fall in einer Funkzelle innerhalb von 25 Stunden Verbindungs- und Standortdaten von über 300.000 Menschen gesammelt werden, dann sollten wir nicht nur, dann müssen wir vielmehr nach der Verhältnismäßigkeit der einzelnen Maßnahme fragen.

(Beifall PIRATEN)

Um aber auch das vorwegzunehmen: Eigentlich ist das ein justizielles Problem und keines der Polizei.

(Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD])

Eigentlich ist das ein Thema, das auf Bundesebene gelöst werden muss, im Rahmen der **Strafprozessordnung**, und nicht im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Denn jeder Einsatz, der insinuiert, der Innenminister könnte durch Parlamentsbeschluss gezwungen werden, eine richterliche Anordnung über die Polizei zu missachten, würde ihm den Verdacht einer Strafvereitelung im Amt aussetzen, was keiner von uns wollen kann.

(Beifall FDP)

Der Eingriff in die individuellen Rechte der Bürgerinnen und Bürger, die sich zufällig in dem überwachten Gebiet aufhalten, ist derart umfangreich und in einigen Fällen auch undifferenziert, dass die Strafverfolgungsbehörden wirklich gute Gründe anführen müssen, um eine solche Vorgehensweise zu rechtfertigen. Frau Ministerin, deshalb helfen standardisierte Formulierungen nicht weiter. Das hat das Bundesverfassungsgericht schon einmal bei der Frage von Durchsuchungen und Haftbefehlen gesagt. Auch ein Staatsanwalt, der eine Maßnahme beantragt, muss sich Gedanken darüber machen, ob sie zielführend und verhältnismäßig ist. Das ist keine Kritik, aber ein bisschen Sensibilisierung täte uns in diesem Bereich insgesamt gut.

(Beifall FDP, PIRATEN und SSW)

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Wir werfen weder der schleswig-holsteinischen Polizei noch den Staatsanwaltschaften vor, das Mittel der nicht individualisierten Funkzellenabfrage rechtswidrig verwendet zu haben. Ganz im Gegenteil: Die Antwort des Innenministeriums auf Frage 16 belegt, dass lediglich in einem begründeten Fall eine richterliche Zustimmung nicht vorgelegen hat. Das möchte ich ausdrücklich hervorheben.

Dennoch bleibt die Frage bislang unbeantwortet, warum wir im Zeitverlauf einen deutlichen Anstieg der Zahl der Funkzellenabfragen zu verzeichnen haben. Frau Ministerin, Herr Minister, dies müsste eigentlich bedeuten, dass die Zahl der Straftaten in Schleswig-Holstein insgesamt angestiegen oder auch die Aufklärungsquote weiter gestiegen sein müsste. Denn je mehr wir abfragen - so habe ich Sie jedenfalls verstanden -, desto mehr könnten wir auch entsprechende Taten aufklären und Folgetaten verhindern. Beides ist indessen nicht der Fall,

(Beifall PIRATEN)

weshalb ich bei der Diskussion für ein bisschen Abrüstung plädiere, sowohl auf Ihrer Seite wie auch aufseiten der PIRATEN. Denn aus der aktuellen Kriminalstatistik 2012 geht hervor, dass wir in Schleswig-Holstein im Jahr 2012 die niedrigste **Aufklärungsquote** seit 2008 hatten. Aufgeklärt wurde statistisch gesehen weniger. Heißt das, dass das Leben in Schleswig-Holstein insgesamt unsicherer geworden ist, wenn die Zahl der nicht individualisierten Funkzellenabfragen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist? Gab es also mehr Anlässe, die Abfrage auszuweiten? Gibt es eine Korrelation zwischen Funkzellenabfrage und Aufklärungsquote? Offensichtlich nicht, denn sonst hätten ja mehr Funkzellenabfragen auch mehr Aufklärung bedeuten müssen.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Herr Minister, im März haben Sie bei der Vorstellung der Kriminalitätsstatistik stolz verkündet, dass Schleswig-Holstein seit 1980 noch nie so sicher war. Verglichen mit 2003 sei die Zahl der Straftaten sogar um fast 20 % gesunken. Hier stellt sich unweigerlich die Frage, warum wir einen derartigen Anstieg der Abfragen zu verzeichnen haben, wenn die Zahl der Straftaten so gering wie lange nicht mehr ist.

(Beifall PIRATEN)

Wir erwarten deshalb im zuständigen Ausschuss sowohl von der Justizministerin als auch vom Innenminister entsprechende Aufklärung.

(Wolfgang Kubicki)

Die Zahlen belegen es: Lediglich 7,53 % der nicht individualisierten Funkzellenabfragen führten entweder zu einer Verurteilung oder zu neuen Ermittlungsansätzen. Anders gewendet heißt das doch: Mehr als 92 % dieser Abfragen laufen gänzlich ins Leere. Ich bin mir nicht sicher, ob man angesichts dieser Tatsachen noch von einer **Verhältnismäßigkeit der Maßnahme** an sich sprechen kann.

(Beifall FDP, PIRATEN und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein etwas plastischeres Beispiel: Im Jahr 2010 wurden in Kiel 76 Funkzellenabfragen vorgenommen. Herausgesprungen sind dabei aber lediglich ein einziger Ermittlungsansatz und keine - also null - Verurteilungen. Stattdessen wurden aber in einem Fall in Kiel im selben Jahr und innerhalb von 25 Stunden Daten von über 300.000 Menschen erfasst, die sich zufällig in diesem Bereich aufgehalten haben, weil sie dort wohnen, in Kiel Urlaub machen oder einkaufen gegangen sind. Ist das noch angemessen? Ich finde nicht.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Ich unterstreiche es noch einmal: Die Strafverfolgungsbehörden sind nicht das Problem. Sie haben sich an Recht und Gesetz gehalten. Wir müssen aber anhand der vorliegenden Zahlen überprüfen, ob die derzeitigen rechtlichen Grundlagen in der Strafprozessordnung im Einzelfall dazu führen, dass der Eingriff in die individuellen Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger unverhältnismäßig wird. Das wird unsere Aufgabe im Ausschuss sein, nicht nur hier, sondern - Herr Kollege Peters, das verspreche ich Ihnen - auch im Deutschen Bundestag. Denn aus meiner eigenen Strafverteidigerpraxis weiß ich, wie schnell eine Maßnahme standardisiert wird, die eigentlich nur für Ausnahmefälle gedacht war.

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Um gleich einigen, die fragen, was das schon mache, an einem plastischen Beispiel deutlich machen, was es macht: Der Kollege Kumbartzky hat sich am Tag des Mordes in Schilksee in der Funkzelle aufgehalten.

(Zurufe)

- Man kann sicher sagen, dass er nicht der Mörder war.

(Zurufe)

Gleichwohl bekam er einen Anruf von der Polizei mit der Frage, was er an dem Tag an dem Ort gemacht habe. Ich finde so eine Anfrage schon unverhältnismäßig unverschämt. Es geht die Leute nichts an.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Wenn jemand sagt: „Das macht doch nichts!“, will ich einmal ein Beispiel des praktischen Erlebens nennen. Einige aus dem Haus wissen, worum es geht. Sie bekommen einen Anruf auf Ihr Handy, das bedauerlicherweise nicht von Ihnen, sondern von Ihrer Ehefrau in die Hand genommen wird. Es wird die Frage gestellt, was Sie denn mit dem Handy an einem bestimmten Tag an einem bestimmten Ort gemacht haben. Die Ehefrau sagt dann aber: „Wieso? Der war doch ganz woanders.“ Das kann zu erheblichen Verwerfungen führen.

(Beifall FDP und PIRATEN - Heiterkeit - Zuruf)

- Herr Kollege Schulze, es ist nicht mir passiert, sondern einem ehemaligen Kollegen aus diesem Hause.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das bedeutet, immer der Frau die Wahrheit sagen!)

- Nein, Frau Midyatli, das bedeutet, immer das Handy ausschalten, wenn man unterwegs ist.

(Beifall FDP - Heiterkeit)

Wir lachen jetzt darüber, aber das kann zu erheblichen Verwerfungen führen. Beispielsweise kann auch eine entsprechende SMS-Mitteilung die gleichen Verwerfungen auslösen, etwas, was nicht kriminell ist, etwas, was viele von uns auch nicht als verwerflich ansehen, aber was zu erheblichen **Konflikten im persönlichen Bereich** führen kann. Ich sage nur: Menschen, die sagen: „Macht nichts, ich habe nichts zu verbergen“, werden sich im Zweifel noch wundern, was mit ihren persönlichen Lebensdaten passieren kann, wenn in entsprechender Weise damit umgegangen wird.

Noch einmal: Lassen Sie uns hier nun etwas abrüsten, also mit den jeweiligen Vorwürfen abrüsten, und dafür Sorge tragen, dass hier ein sehr restriktiver Rahmen gesetzt wird, der ausgeschöpft werden kann, um tatsächlich Kriminalität zu bekämpfen und nicht massenweise Daten von Menschen zu sammeln. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ortungen von Bürgern durch **nicht individualisierte Funkzellenabfragen** hört sich erst einmal sehr technisch an, und ist es wohl auch. Das ganze Funkzellenabfragephänomen driftet sehr schnell in ein Labyrinth aus Zahlen und Abkürzungen ab. Man stelle sich die ganze Situation aber anhand eines anderen Beispiels bildlich vor: Alle Briefe, die zu einem bestimmten Zeitpunkt von oder nach Kiel versandt werden, werden abgefangen. Absender und Empfänger sowie Zeitpunkt des Versands werden gespeichert, und dann werden die Briefe weiter an die Empfänger verschickt, ohne einen Hinweis auf das, was mit dem Brief passiert ist. Darüber hinaus werden die Adressen gesichert und ausgewertet. Wann diese Adressen vernichtet werden und ob diese weitergegeben wurden, davon weiß der Empfänger erst einmal nichts. Würden wir über das flächendeckende Abfragen von Briefen durch den Staat reden, dann wäre der Aufruhr sicherlich groß.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Funkzellenabfragen sind zwar rechtlich erlaubt. Im Einzelfall entscheidet der Richter, ob eine Funkzellenabfrage gerechtfertigt und im Sinne der Strafverfolgung auch sinnvoll ist. Die **Staatsanwaltschaft** entscheidet im Einzelfall über die **Löschfrist**, und solange der Fall noch nicht abgeschlossen ist, bestimmt das jeweilige **Gericht** über die Löschfrist mit. Diese Entscheidung von Justiz und Polizei wird von uns als SSW auch nicht im Einzelfall infrage gestellt. In der Summe erlaube ich mir jedoch, diese Vorgehensweise zu hinterfragen. In der vorliegenden Drucksache wird deutlich, dass die Anzahl der durchgeführten Handyabfragen in den letzten Jahren gestiegen ist. Im letzten Jahr wurde in einem ganz konkreten Bereich in Kiel einen Monat lang dauerüberwacht. Das kommt dann einer Rasterfahndung nahe, welche wir als SSW grundsätzlich ablehnen.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Grundsätzlich müssen **triftige Gründe** vorliegen, um eine **Abfrage** durchzuführen. Die Frage ist, wie sehen die im Einzelfall aus? Wie ist die Bedrohungslage? Wie hat sich die Lage in den letzten

Jahren entwickelt? Ist es etwa in Kiel heute gefährlicher als noch vor einem Jahr? Wieso wurden in Flensburg deutlich weniger Funkzellenabfragen durchgeführt als in den anderen genannten Städten? Diese Fragen weisen möglicherweise auf eine unterschiedliche Handhabung dieses Instruments vor Ort hin. Das dürfte eigentlich nicht sein, weil nur triftige Gründe bei der Entscheidung eine Rolle spielen dürfen.

Die Abfragen berufen sich alle auf verschiedene Kategorien von Straftaten. Die sogenannten Katalogtaten reichen von Mord bis Bandenhehlerei und Entziehung Minderjähriger. Neben schwerer Brandstiftung und besonders schwerer Brandstiftung hat auch die einfache Brandstiftung eine Kategorie. Andere Grundlagen sind beispielsweise die Fälschung von Zahlungskarten und Schecks. Muss wegen gefälschter Schecks etwa ein ganzer Bezirk durchleuchtet werden? Das war vielleicht nicht die Ausgangslage der Funkzellenabfrageserie in Kiel, jedoch kann eine Abfrage in einem solchen Fall grundsätzlich erfolgen. In welchem Ausmaß, haben dann die Richter zu entscheiden.

Was wir hier allerdings feststellen können, ist, dass die nicht individualisierte Funkzellenabfrage eine äußerst schmale **Gratwanderung** bei den **Bürger- und Freiheitsrechten** darstellt, eine Gratwanderung, die sich ganz unmerkbar von der einen zur anderen Seite bewegen kann. Die zentrale Frage bei einer solchen Funkzellenabfrage ist: Stehen die Freiheitseinbußen in einem angemessenen Verhältnis zur möglichen Verhinderung einer Straftat? Bei Mord oder Ähnlichem mag die Abwägung vielleicht noch einfach erscheinen. Wie sieht es aber zum Beispiel bei einem großflächigen Scheckbetrug aus? Ist die Abwehr von Scheckbetrug in Bezug auf den Eingriff in Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte noch verhältnismäßig? Das ist die eigentliche Frage, die sich für uns hier stellt.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Für den SSW steht grundsätzlich fest: Wenn es um die Bekämpfung von Straftaten geht, gewinnen wir nichts, wenn wir die Freiheitsrechte gegen die Sicherheit ausspielen. Das ist sicherlich ein hochsensibles Thema.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Es ist sicherlich auch eher bundespolitisch angeordnet. Nichtsdestotrotz bin ich mir sicher, dass mehrere Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss nicht schaden können, im Gegenteil, hier sollten wir nach unserer Auffassung insbesondere die einzelnen Tat-

(Lars Harms)

bestände, die zu diesen Funkzellenabfragen führen können, genauer hinterfragen. Ich glaube, das trifft genau den Kern der Sache.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Wir selber stellen diese Art der Ermittlung nicht infrage, wenn es denn im Einzelfall wirklich gerechtfertigt ist. Wir stellen sie aber infrage, wenn es - ich will nicht „Bagatelldelikte“ sagen - Delikte sind, bei denen ich sagen würde: Das Freiheitsrecht des einzelnen Menschen ist höher zu bewerten als die Aufklärung einer Straftat, wie zum Beispiel bei Scheckbetrug. Wenn wir uns da die Tatbestände näher angucken, können wir möglicherweise als Landtag auch in diesem Bereich zu einer vernünftigen Lösung kommen.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen.

Zunächst hat Herr Abgeordneter Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht auch ganz kurz. Manchmal dient so eine Debatte auch dazu, öffentlich ein, zwei Sachen, die gern mal gestreut werden, auszuräumen. Herr Kollege König, zum Ersten sind Verkehrsdatensätze und die Zahl der beteiligten Telekommunikationsanschlüsse nicht automatisch gleich. Man telefoniert ja nicht mit sich selbst. Daraus resultieren sehr häufig dann auch unterschiedliche Zahlen zwischen den **Verkehrsdatensätzen** und den beteiligten **Telekommunikationsanschlüssen**.

Zum Zweiten wird manchmal auch ein Telekommunikationsanschluss erfasst, der nicht mit jemand anderem telefoniert, nämlich während der **Standby-Funktion**. Deshalb der kleine Hinweis: Handy ausschalten bringt nichts, dann gehen Sie eventuell trotzdem zum Kollegen vom Familienrecht. Sie müssen schon die Batterie herausnehmen, weil auch Standby-Handys geortet werden können.

(Zuruf PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über den Verlauf der Debatte hier. Der konstruktive Verlauf der Debatte, mit Ausnahme der Beiträge der CDU-Fraktion, hat gezeigt, dass es sich gelohnt hat, dass wir PIRATEN dieses Thema der nicht individualisierten massenhaften Funkzellenabfragen endlich auf die Agenda gesetzt haben.

(Zuruf Peter Lehnert [CDU])

Was mich bei dem Bericht der Landesregierung gewundert hat, war, dass wir hier nicht die Frau **Justizministerin** hören durften. Denn es geht doch um den Bereich der **Strafverfolgung**. Da wundert es mich, dass sich der Innenminister dafür verantwortlich fühlt. Sie sagen zu Recht, dass Sie dafür eigentlich gar nicht zuständig sind. Richtig ist sicherlich, dass kein Verdacht gegen Millionen von Menschen besteht, wenn 7 Millionen Betroffene abgefragt werden. Das sagen wir auch gar nicht. Wir sagen, dass 7 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die von diesen Maßnahmen betroffen waren, dem Risiko ausgesetzt waren, unter Verdacht zu geraten, weil sie zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Das ist das Problem dieser Maßnahme.

(Beifall PIRATEN)

Wenn Sie sagen, dass alle anderen Nummern namenlos geblieben sind, warum löschen Sie dann die anderen Nummern nicht? Warum bewahren Sie die Masse der erhobenen **Daten** auf, obwohl gar kein weiterer Anhaltspunkt vorliegt, dass gegen einen mitbetroffenen Bürger, wie den Kollegen Kumbartzky, irgend etwas anderes vorliegt, als dass er im gleichen Bereich gewesen ist? So geht es nicht.

Herr Innenminister, wollen Sie in Fällen einer Straftat einfach kapitulieren? Darin kommt die Ideologie zum Ausdruck, dass wir alle Mittel ausschöpfen müssen. Wir müssen alles tun, um **Sicherheit** zu gewährleisten. Ich habe das schon einmal von Bundeskanzlerin Merkel gehört. Ich sage Ihnen, es stimmt eben nicht, dass mehr **Überwachung** immer automatisch mehr Sicherheit bringen würde. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben es anhand der Statistik in Schleswig-Holstein gesehen.

Sicherheit bedeutet für mich auch Sicherheit vor einem falschen Verdacht, Sicherheit vor Fehlern der Ermittlungsbehörden und vor Missbrauch. Deswegen darf es keinen Generalverdacht gegen alle Menschen geben.

Dann habe ich vonseiten der CDU-Fraktion gehört, die technische Entwicklung zwingt uns dazu, im-

(Dr. Patrick Breyer)

mer **neue technische Überwachungsmaßnahmen** einzusetzen. Herr Kollege, darf ich das so verstehen, dass Sie sagen, das maximale Maß an Überwachung, das jeweils technisch machbar ist, müsse auch umgesetzt werden? - Ich hoffe doch nicht. Wir PIRATEN widersprechen diesem Ansatz entschieden.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Von den Grünen habe ich gehört: ein Gesetzentwurf im Bundestag zur **Einschränkung der Funkzellenabfrage**. - Wer war es denn, der diesen § 100 g überhaupt erst eingeführt hat? - Sie als rot-grüne Regierungskoalition haben dem doch damals zugestimmt. Das hätte nicht passieren dürfen.

Schließlich haben Sie, Herr Innenminister, gesagt, alle zusätzlichen Mittel sollten eingesetzt werden. Wir streiten ja gerade darüber, welche Mittel zulässig sind und welche Mittel zulässig sein sollen. Wir haben schon viele gute Vorschläge gehört, was man einschränken und ändern könnte. Ich sage: Eine Möglichkeit wäre, dass der **Generalstaatsanwalt** seine **Richtlinie** überarbeiten könnte, bis wir eine Gesetzesänderung in dem Bereich haben. Ich würde mich angesichts dies Zahlen, die wir hier gehört haben, über eine Sonderprüfung des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz freuen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ich komme zum letzten Satz. - Ich würde mich freuen, wenn wir in Zukunft auch ohne Aufforderung seitens der PIRATEN regelmäßig jedes Jahr über die Entwicklung des Umgangs mit dieser problematischen Überwachungsmaßnahme informiert werden würden. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN, SSW und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Axel Bernstein von der CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser bemerkenswerte Verlauf der Debatte ermuntert mich, drei Bemerkungen zu machen. Zunächst zum Kollegen Breyer: Es geht nicht darum, das ma-

ximal Mögliche an **Technik** zum Einsatz zu bringen, um die **Sicherheitsbehörden** auszurüsten, aber sie müssen natürlich auf Augenhöhe unterwegs sein, wenn sie Verbrechen effektiv bekämpfen sollen. Wir sollten doch nicht glauben, dass derjenige, der Recht brechen will, auf irgendeine technische Möglichkeit, die ihm zur Verfügung steht, verzichten wird.

Zum Zweiten: Die Formulierung „Überwachungstechnologie“ halte ich an dieser Stelle für vollkommen unangebracht, denn es geht, wie eigentlich auch aus allen Beiträgen deutlich wurde, eben nicht um **Überwachung**, sondern es geht um ganz **gezielte, punktuelle Ermittlung**. Ich glaube, das ist keine sprachliche Unsauberkeit, sondern das ist der ganz bewusste Versuch, der sich durch Ihre Kampagne zieht, dieses Instrument in Misskredit zu bringen.

Zum Dritten kann ich mir die Anmerkung nicht verkneifen, dass es eine recht amüsante Situation darstellt, dass keine der regierungstragenden Fraktionen in den Redebeiträgen in diesem Punkt die Regierung zu tragen scheint. Das werden wir im Ausschuss natürlich gern weiter erörtern.

(Beifall CDU und Torge Schmidt [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage, Drucksache 18/1021, dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/710

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 18/1037

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Ich erteile zunächst der Frau Berichterstatterin des Bildungsausschusses, Frau Kollegin Anke Erdmann, das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Dr. Wara Wende.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Gäste! Wir reden heute über eine vorgezogene Änderung des Hochschulgesetzes, die schon einmal eine Einstimmung auf die anstehende große Gesetzesnovellierung des Hochschulgesetzes bietet.

Es geht konkret um zwei besonders eilbedürftige Vorhaben, einmal die Abschaffung des Universitätsrates und zum anderen die Einführung einer gesetzlichen Option zur Übertragung von Bauaufgaben auf das UKSH. Beide Änderungen ziehen wir aus der großen Novellierung des Hochschulgesetzes vor, weil sie ansonsten nicht mehr rechtzeitig umgesetzt werden könnten.

Der 2007 neu eingeführte Universitätsrat hat sich nicht bewährt.

(Vereinzelter Beifall FDP und Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Es ist in den vergangenen Jahren nicht gelungen, die nötige Akzeptanz für dieses hochschulübergreifende Gremium an den Universitäten Flensburg, Kiel und Lübeck zu schaffen, Schwierigkeiten, die daraus resultieren, dass der Universitätsrat eine doppelte Aufgabe wahrnehmen soll: zum einen Einzelberatung miteinander im Wettbewerb stehender Hochschulen und zum anderen die Entwicklung einer landesweiten Gesamtperspektive für den Hochschulraum Schleswig-Holstein. Dieses Manko und diese Konfliktkulisse wurden auch in einer Studie des Stifterverbandes bestätigt.

Unsere drei Universitäten fordern deshalb seit Längerem die **Abschaffung des Universitätsrates** zugunsten einzelner Hochschulräte. Dieser Forderung kommen wir jetzt zügig nach.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da die laufende Amtsperiode des bestehenden Universitätsrates in wenigen Tagen - im September 2013 - endet, wollen und können wir nicht mehr länger warten. Es macht keinen Sinn, noch einmal neue Universitätsratsmitglieder zu bestellen, wenn bereits jetzt klar ist, dass es für den Universitätsrat in seiner heutigen Form keine Zukunft mehr gibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich Sie auch kurz über den Stand unserer weiteren Planungen informieren. Die Abschaffung des Universitätsrates ist der erste Schritt zu einer **Neuordnung der Hochschulgremien**. Dies geschieht in intensivem Austausch mit allen Betroffenen. Als ein Beispiel möchte ich die von der Landesrektorenkonferenz eingerichtete Arbeitsgruppe nennen, die sich mit Vorschlägen für eine zukünftige Aufgabenverteilung zwischen Hochschulräten, Senaten und Präsidien in die Diskussion eingebracht hat.

Dieses Thema haben wir im Übrigen auch mit den Hochschulräten besprochen. Die Ergebnisse dieser Diskussion werden wir Ihnen schon bald im Rahmen der großen Hochschulgesetznovelle präsentieren.

Kommen wir zum zweiten Punkt in unserem Gesetzentwurf, den wir vorziehen wollen: Wie Sie alle wissen, besteht für unser Universitätsklinikum ein dringender baulicher Sanierungsbedarf. Dass der Konsolidierungspfad des Landes, dem wir, wie alle anderen, folgen, eine Beseitigung dieses Sanierungsstaus aus eigenen Mitteln des Landes nicht zulässt, ist uns allen bekannt. Deshalb suchen wir gemeinsam mit dem UKSH in einem sogenannten wettbewerblichen Dialog einen privaten Partner, der uns das zu einem großen Teil abnimmt. Wenn wir das wollen, müssen wir das Hochschulgesetz entsprechend ändern, denn das aktuelle Gesetz schließt die Übertragung von Leistungen auf private Partner aus. § 9 legt fest, dass Planung und Durchführung von Maßnahmen des Neu- und Ausbaus von Hochschulen sowie der Sanierung und Modernisierung des UKSH ausschließlich Aufgabe des Landes sei.

Mit dem Vorschlag der Regierungsfractionen, die **Bauzuständigkeit** im Wege einer Verordnung auf das UKSH zu übertragen, haben wir meiner Meinung nach eine sehr gute Lösung gefunden. Sie ist klar, pragmatisch und gibt Spielraum. Für die je-

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

weiligen Erfordernisse ist sie eine maßgeschneiderte Lösung.

(Vereinzelter SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Weil das UKSH Anfang des kommenden Jahres den Zuschlag erteilen möchte und wir bis dahin nicht die gesetzliche Grundlage werden erarbeiten können, möchten wir die nötigen Rahmenbedingungen über eine Verordnung ermöglichen. - Ich danke Ihnen wie immer für Ihr Interesse am Thema.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Daniel Günther das Wort.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Gesetzentwurf will ich gar nicht so viele Worte verlieren. Die **Abschaffung des Universitätsrates** tragen wir mit.

(Beifall PIRATEN)

Wir tragen auch mit, dass dem **Universitätsklinikum** mit diesem Gesetz die **Bauherrentätigkeit** in Zukunft erlaubt wird. Es wäre auch wenig glaubwürdig, wenn ich hier etwas anderes vertreten würde. Schließlich haben wir schon im Jahr 2010 hier im Landtag entsprechende Anträge gestellt. Genau das, was jetzt umgesetzt wird, war auch schon Ziel der alten Landesregierung.

Dass wir uns heute enthalten werden, kann nicht wirklich überraschen. Das haben wir im Bildungsausschuss genauso gemacht. Der Grund ist die Tatsache, dass wir uns im parlamentarischen Verfahren konstruktiv beteiligt haben und im Bildungsausschuss zusammen mit den PIRATEN und der FDP-Fraktion einen Antrag eingebracht haben. Wir haben nämlich nicht verstanden, warum das UKSH mit einem Investitionsstau, den niemand bestreiten kann, **Träger von Bauten** sein kann, wir den **Universitäten**, den **Fachhochschulen** im Land, die gleichsam einen Investitionsstau haben, aber nicht die gleiche Möglichkeit übertragen wollen.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Das können wir nicht verstehen, zumal alle Unis im Land im parlamentarischen Verfahren genau das

für sich eingefordert haben. Es wird deswegen noch unverständlicher - -

Meine Zeit läuft nicht mit. Ist das schlimm?

(Zurufe)

- Ich wollte nur darauf hinweisen. Ich bin Teamspieler und Fairnessbeauftragter in meiner Fraktion. Von daher gilt das natürlich auch hier fürs Plenum.

(Christopher Vogt [FDP]: Seit wann das denn? - Heiterkeit)

Die Hochschulen haben das beantragt. Wir haben im Bildungsausschuss auch darüber gesprochen. Die einzige Begründung, warum das vonseiten der regierungstragenden Fraktionen abgelehnt wird, hat der Abgeordnete Habersaat abgegeben. Er hat gesagt: Das haben wir in der SPD-Fraktion vorher so besprochen. Das war uns ein bisschen wenig. Auch die Ministerin hat uns im Ausschuss eindrucksvoll angekündigt, dass das Bestandteil der großen Hochschulgesetznovelle sein soll. Das wird den Universitäten aber schon seit drei Jahren versprochen. Wir hatten damals wenigstens noch die Begründung, dass wir das Hochschulgesetz nicht wegen einer solchen „Kleinigkeit“ extra ändern wollten. Diese Begründung zieht nun auch nicht, denn wir ändern nun gerade das Hochschulgesetz. Ich wäre schon dankbar - das sage ich für die FDP und die PIRATEN mit -,

(Christopher Vogt [FDP]: Was?)

wenn uns zumindest eine vernünftige Begründung genannt würde.

(Beifall PIRATEN)

- Ich weiß Herr Vogt, ich darf das eigentlich nicht. - Uns ist im Ausschuss keine Begründung genannt worden. Die Ministerin ist nicht darauf eingegangen. Wir können den Antrag hier auch noch einmal stellen; vielleicht hat die SPD-Fraktion zwischendurch getagt und sich damit befasst.

(Beifall PIRATEN)

Einem entsprechenden Antrag würden wir zustimmen.

Ich bedauere - Ihr Antrag macht das mehr als deutlich -, dass diese Landesregierung, aber auch die sie tragenden Fraktionen Hochschulpolitik wirklich völlig ohne Inspiration betreibt. Ich kann mich noch an die Debatten in der letzten Wahlperiode hier im Landtag erinnern.

(Daniel Günther)

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zur Uni Lübeck! - Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was gab es an Vorwürfen an die Landesregierung, sie mache im Hochschulbereich alles kaputt, sie habe kein Konzept. Wo ist eigentlich Ihr Konzept? Das einzige, was Sie im letzten Jahr an Regierungstätigkeit gemacht haben, ist, dass Sie die Gesetze, die schon in den Schubladen lagen, zur Vorlage hier in den Landtag eingebracht haben.

Das heutige Gesetz ist das eine Beispiel. Herr Staatssekretär Fischer, der das in Ruhe und in Sachlichkeit das mit den Universitäten vorbereitet - -

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

- Das will ich ausdrücklich loben; ich habe ihm gestern auch angedroht, dass ich das hier tue.

(Christopher Vogt [FDP]: Jetzt will er dir schaden, Rolf!)

Er sitzt jedenfalls am **Stiftungsgesetz für die Universität Lübeck**, alles von uns schon vorbereitet. Das einzige, wovor er im Moment zittert, ist, dass er sich nicht ganz sicher ist, wenn er das hier vorlegt, ob die Regierungskoalition das auch mitträgt.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Mir fallen allein fünf Abgeordnete aus den regierungstragenden Fraktionen ein, die dieses Gesetz aus ideologischen Gründen ablehnen werden, weil sie schlicht und ergreifend keine Stiftungsuniversität haben wollen. Herr Fischer, Sie können sich sicher sein: In dem Bereich sind wir an Ihrer Seite. Das Zittern ist völlig unbegründet.

Ich wünschte mir schlicht und ergreifend, dass Sie auch einmal mit eigenen Vorschlägen kommen, sich nicht immer hinter irgendwelchen Foren verstecken, aus denen nichts herauskommt. Ich war selbst beim Hochschulforum. Da sind richtig gute Ideen entwickelt worden. Ich frage mich: Was, außer von der Sitzung ein Protokoll zu schreiben, ist daraus gemacht worden? Aus meiner Sicht überhaupt nichts.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Strengen Sie sich ein Stück an! Vielleicht gibt es auch in den Fraktionen der Regierung ein paar Abgeordnete, die ein bisschen Herzblut für Hochschulpolitik haben. Jürgen Weber gehörte sicherlich dazu. Der wurde von Ralf Stegner leider in die letzte Reihe gesetzt. Wahrscheinlich war er ihm zu intelligent. Rasmus Andresen spielt lieber Hobby-Banker. Ansonsten ist gähnende Leere bei der Hochschul-

politik. Ich wünschte mir, dass wir hier eine spannende Debatte führen und Sie nicht nur eins zu eins Regierungspolitik der CDU fortsetzen, sondern mit uns gemeinsam ein paar neue Initiativen im Hochschulbereich ergreifen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank dem fairnesspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erstens. Aus der Tatsache, dass es einen Fairnessbeauftragten innerhalb der CDU-Fraktion gibt, lernen wir einiges über den Zustand dieser Fraktion.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens. Wer hat denn vor drei Jahren den Universitäten Dinge versprochen und nicht eingehalten? Das waren nicht wir. Das waren wohl Sie, die Sie einerseits über die Abwicklung der Universität Lübeck resümiert haben und andererseits Zusagen gemacht und nicht eingehalten haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Drittens. Wenn schon Fairnessbeauftragter, dann richtig. Wenn Sie mich schon aus dem Ausschuss zitieren, dann bitte komplett. Darauf komme ich nachher noch einmal zurück.

Heute geht es nur um eine kleine **Novelle des Hochschulgesetzes**. Eine umfassendere ist schon angekündigt und in Vorbereitung. Nun tun Sie doch nicht so, als ob da nichts passiert. Zwei Punkte sind aber vorab zu lösen. Frau Ministerin Wende und Herr Staatssekretär Fischer sind im Gespräch mit den Betroffenen. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich darüber immer lustig machen. Es ist anscheinend ein ungewohnter Gedanke für Sie, solche Vorschläge im Dialog mit den Betroffenen zu entwickeln. Wir finden das sehr vernünftig. Zu beiden Punkten ist die Zustimmung groß. Von daher gibt es wahrscheinlich so ein Bohei, weil in der Sache eigentlich kein Streit besteht.

Der **Universitätsrat** soll abgeschafft werden, bevor er neu gewählt werden müsste.

(Martin Habersaat)

Das **UKSH** soll mit **Bauherreneigenschaft** ausgestattet werden, weil das im Rahmen des ÖPP erforderlich ist.

Die letzte große Hochschulreform stammt von 2007. Sie war nun wahrlich nicht der große Wurf. Da hatte der damalige Wissenschaftsminister Austermann die Fantasie, dass Hochschulen eine Art Landesunternehmen seien, die am besten durch einen Aufsichtsrat gesteuert würden. Letztlich war das Ganze auch eine Folge der Zusammenlegung des Wissenschafts- und Wirtschaftsressorts, die wir 2012 rückgängig gemacht haben - was ich richtig finde. Es ist eine ziemlich einmalige Sache, dass einem so weitreichenden Vorschlag wie der Auflösung des damals so groß angekündigten Gremiums nahezu ausnahmslos Zustimmung entgegengebracht wird.

Der weitaus wichtigere Punkt dieser Novelle ist allerdings die Frage, wie es mit dem **Universitätsklinikum** weitergeht, ob wir dort die Selbstverantwortung stärken und ihm die Bautätigkeit zugestehen wollen. In der Anhörung gab es den Standpunkt der nichtwissenschaftlichen Personalräte, dass vor dem Hintergrund der derzeit extrem niedrigen Zinsen das Land von der Idee eines ÖPP-Projektes bei der Sanierung des UKSH Abstand nehmen und die Bauherreneigenschaft in der eigenen Hand behalten sollte. Der wissenschaftliche Personalrat unterstützt dagegen das Gesetzesvorhaben. Das UKSH wünschte sich, flankiert von den tragenden Universitäten, eine weitergehende Flexibilisierung in Form einer Verordnungslösung statt eines Vertragsmodells. Das war letztlich das, wozu wir uns im Ausschuss entschieden haben.

Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht, folgen aber dem UKSH-Vorstand. Wir halten das ÖPP-Modell nach wie vor für richtig. Das kann aus unserer Sicht nur gelingen, wenn das Klinikum mehr Eigenverantwortung erhält und nicht auf Dauer an die GMSH angekoppelt bleibt.

Natürlich haben die Beschäftigten völlig Recht, dass jede Entscheidung über den Neu- oder den Umbau von klinischen Bereichen Auswirkungen auf die Arbeitssituation der Beschäftigten hat. Niemand muss Kontrollverlust fürchten: Bei wesentlichen Entscheidungen liegt die Mehrheit der Stimmen im Aufsichtsrat in den bewährten Händen von Rolf Fischer und Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung.

Vom Vorstand des **UKSH** wünschen wir, dass die **Personalvertretungen** in zufriedenstellendem Maße in die **Bauplanungen** einbezogen werden. Wir

wissen, welche großen Beiträge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das UKSH geleistet haben und leisten. Dadurch konnte das UKSH erstens in öffentlicher Trägerschaft gehalten werden. Zweitens konnte ein Erneuerungsprozess begonnen werden, der noch nicht abgeschlossen ist. Zu beiden Punkten gibt es aus Sicht der SPD keine bessere Alternative. Die Oppositionsfraktionen haben die Forderung eines Teils der Hochschulen aufgenommen, diese Kompetenzerweiterung auch für die Hochschulen selbst zu schaffen. Damit schließt sich der Kreis. Dazu bedarf es aus unserer Sicht einer längeren Diskussion. Das geht nicht auf Zuruf. Wie Sie wissen, legen wir bei Gesetzesvorhaben Wert auf Sorgfalt und juristische Tragfähigkeit.

(Lachen CDU)

Dazu müssen aus unserer Sicht zumindest alle Hochschulen, die GMSH und der Landesrechnungshof angehört werden, was nicht erfolgt ist. Auch ginge eine solche Rechtsänderung aus unserer Sicht nur, wenn man gleichzeitig das GMSH-Gesetz änderte. Davon hatte die CDU im Ausschuss nichts gesagt. Wenn man dies anpacken will, dann spricht es aus unserer Sicht dafür, dies im Rahmen der großen HSG-Novelle zu tun, die - wie mehrfach herausgearbeitet wurde - ansteht.

Es hat in der Anhörung einige weitere Anregungen gegeben. Auch diese werden im Verfahren bleiben. Wie gesagt, zunächst einmal werden zwei anstehende Punkte geregelt. Herr Kollege Günther, was den Sanierungsstau an den Hochschulen angeht, so haben wir heute Morgen über einen großen Schluck aus der Pulle gesprochen, der diesen Stau beheben kann. Heute kümmern wir uns darüber hinaus um zwei dringende gesetzlich zu regelnde Fragen. So geht solides Regieren mit vernünftigen Schwerpunkten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Kollege Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin nicht der neue hochschulpolitische Sprecher meiner Fraktion, sondern ich vertrete Herrn Andresen. Zunächst möchte ich mich bei der Ministerin für die Einbringung des Gesetzentwurfs bedanken.

(Dr. Andreas Tietze)

Gestatten Sie mir eine einleitende Bemerkung: Ich bin sehr froh darüber, dass Schleswig-Holstein eine Wissenschaftsministerin hat, die sich nicht nur für Autobahnen interessiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Die heute zu beschließenden Änderungen im Hochschulgesetz klären zwei Punkte, die für die Hochschulen und das UKSH sehr wichtig sind. Fangen wir mit der **Abschaffung des Universitätsrats** an: Vom Landesrechnungshof bis hin zu den Hochschulen waren sich alle darin einig, dass der Universitätsrat abgeschafft gehört; nicht weil sich unsere Hochschulen vor externen Bewertungen fürchten, sondern weil Aufgabenstellung und Funktion nicht immer eindeutig waren. Der Universitätsrat war in der Vergangenheit oft ein zahnlöser Tiger.

Wenn wir eine ehrliche Bilanz ziehen, dann spielen die Empfehlungen in der Hochschulpolitik der vergangenen Jahre keine Rolle. Wir können dankbar sein, dass aus dem Universitätsrat massiv gegen die Hochschulpolitik der schwarz-gelben Landesregierung protestiert wurde. Ich erinnere mich noch gut. Hier gab es viel Herzblut und Engagement. Ich erinnere an die schwarz-gelben Plakate vor unserem Landtag. Allerdings hatten diese Proteste - wenn wir ehrlich sind - wenig Einfluss. Gleichzeitig gab es Kritik aus den Hochschulen und eine Reihe von schwerwiegenden Konstruktionsfehlern. Der Universitätsrat hat in den letzten Jahren Empfehlungen für die Hochschullandschaft insgesamt ausgesprochen und gleichzeitig jede Hochschule einzeln beraten. Dies hat - wie gesagt - zu absurden Interessenskollisionen geführt. Die Akzeptanz sank. Im Übrigen kam es innerhalb des Universitätsrats zu zahlreichen Rücktritten.

Für uns Grüne kann ich erklären, dass die Abschaffung des Universitätsrats nicht dazu führen darf, dass landespolitisch und für jede Universität keine externe Strategieentwicklung mehr geschehen darf. Das impliziert dies nicht. Nur im eigenen Saft zu schmoren, ist bekanntlich nicht gut. Wir wollen deshalb mit den Hochschulen und den Verbänden im Rahmen der im nächsten Jahr folgenden großen Hochschulgesetznovellierung weiter an Demokratisierung und externer Beratung arbeiten. Dazu gehören für uns eine weitere Stärkung des Senats und die Einführung einer verfassungskonformen Drittelparität. Frau Ministerin, wir werden Sie hier konstruktiv unterstützen. Ich glaube, es ist richtig, die Hochschulgesetznovellierung als Ganzes auf den Weg zu bringen.

Kommen wir zum zweiten Punkt, den **ÖPP-Bauvorhaben des UKSH**: Ich bin froh, dass wir uns als Koalitionsfraktionen in dem vorliegenden Antrag auf eine etwas liberalere Lösung zur Dienstherrenträgerschaft verständigt haben als von der Landesregierung ohnehin schon geplant. Das UKSH erhofft sich dadurch, dass im Rahmen des ÖPP-Projekts effektiver gebaut werden kann und dass dies vielleicht auch besser, professioneller und mehr den Bedürfnissen des UKSH entsprechend geschieht, als dies gegebenenfalls durch die GMSH möglich gewesen wäre. Diese Erwartung teilen wir ausdrücklich. Gleichzeitig muss kein Ministerial- oder Regierungsbeamter Angst haben, dass ihm dieses Projekt aus den Händen gleitet. Ein Einvernehmen mit dem Finanzministerium muss hergestellt werden. So ist sichergestellt, dass wir ein entsprechendes Controlling haben. Das wurde in den Ministerien einvernehmlich besprochen.

Für uns ist die **Öffnung der Dienstherreneigenschaft** bei einem ÖPP-Projekt auch so etwas wie ein Testlauf. Hier kann versucht werden, was vielleicht später generell für die Universitäten geregelt werden kann. Im Übrigen haben wir dies vor zwei Jahren als Partei beschlossen. Für uns gilt, dass die Dienstherreneigenschaft auch auf die Hochschulen auszuweiten ist. Herr Günther, hier gibt es bei den Grünen keine Zweifel. Das ist Parteitagsbeschluss, und das wollen wir, wie Sie es in ähnlicher Art auch in Ihrem Antrag geschrieben haben.

Dies war allerdings nicht Teil der Anhörung und hätte außerdem erhebliche Folgen für die Zukunft der GMSH. Auch darüber muss man diskutieren, wenn man dies ernsthaft will. Ich finde, dies muss man in Ruhe sortieren. Hier gilt: Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Deshalb ist es richtig, dass wir dieses Thema heute nicht auf der Tagesordnung haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Günther, von daher werden Sie sich nicht darüber wundern, dass wir Ihren Antrag ablehnen. Das ist ein hochschulpolitischer Schnellschuss. Wie gesagt: „Erst grübeln, dann dübeln“, gilt auch bei diesem Gesetz.

Die beiden Änderungen des Hochschulgesetzes sind erste Schritte. Wir nehmen die Wünsche der Hochschulen ernst und setzen um, was Sie als Vorgängerregierung verschlafen haben. Ich freue mich vor allen Dingen für den Kollegen Andresen auf die Debatte über die große Hochschulgesetznovellierung im kommenden Jahr. - Vielen Dank.

(Dr. Andreas Tietze)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, bevor wir in der Aussprache fortfahren, bitte ich Sie, mit mir zusammen Mitglieder der Evangelischen Kirchengemeinde Wankendorf auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Landeshaus in Kiel!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf greift in der Tat zwei unterschiedliche Punkte auf: Zum einen soll dieser Entwurf - wie schon ausgeführt - dem Universitätsklinikum die Möglichkeit eröffnen, Bauvorhaben zukünftig in eigener Regie durchführen zu können, wofür es hier offensichtlich eine breite Mehrheit gibt. Wir sind nun sehr auf den Vorschlag der Landesregierung dahin gehend gespannt, wie der bauliche Masterplan am UKSH umgesetzt werden soll. Zum anderen schafft die Gesetzesänderung den Universitätsrat ab und ersetzt diesen durch einzelne Hochschulräte an den Universitäten. Beide Änderungen sind aus unserer Sicht richtig.

Über die **Umsetzung des baulichen Masterplans am UKSH** und die Frage, ob das **ÖPP-Modell** für das Land und das Klinikum der intelligenteste Weg zur Umsetzung ist, haben wir hier in den vergangenen Jahren aus naheliegenden Gründen mehrfach diskutiert. Wir werden dies hoffentlich in naher Zukunft anhand eines konkreten Konzepts der Landesregierung fortsetzen können. Das Land legt sich mit dieser Neuregelung noch nicht endgültig auf das ÖPP-Modell fest, sondern schafft lediglich die rechtlichen Rahmenbedingungen, um das noch genauer zu wählende Verfahren auch umzusetzen zu können, wenn es so weit ist.

Meine Fraktion ist sehr gespannt auf das, was uns von der Landesregierung hoffentlich relativ zeitnah vorgelegt werden wird. Ich hatte es im Rahmen einer Debatte zu diesem Thema bereits vor einigen Monaten gesagt: Wir nehmen die Bedenken des Landesrechnungshofs, die dieser bezüglich des ÖPP-Modells mehrfach geäußert hat, sehr ernst. Auch wir haben Zweifel, ob die Effizienzrenditen wirklich so groß sein werden, wie dies bisher in

Aussicht gestellt wurde. Es erwarten uns mit Sicherheit noch spannende Diskussionen.

Es geht hier um den einzigen medizinischen Maximalversorger im Land, um einen großen Arbeitgeber und unter dem Strich um ein hohes finanzielles Risiko für den Landeshaushalt. So oder so ist das Land in der Pflicht. Klar ist, dass der bauliche Masterplan endlich angepackt und umgesetzt werden muss. Die Frage, welcher konkrete Weg bei der Umsetzung aber der beste ist, wird uns aus meiner Sicht noch ganz massiv beschäftigen.

Mit Spannung erwarten wir den UKSH-Jahresabschluss 2012, der hoffentlich zeitnah veröffentlicht wird und der nach dem, was man in den Zeitungen des Landes so liest, nicht rosig ausfallen soll. Das Gegenteil soll der Fall sein.

Meine Damen und Herren, für unsere Universitäten schaffen wir heute ein ungeliebtes Gremium ab. Der Kollege Dr. Klug hatte dieses Gremium damals bei der Einführung als Hochschulsowjet betitelt. Er hat Russisch studiert, insofern ist dies an dieser Stelle nicht übertrieben, sondern das ist aus meiner Sicht ein zutreffender Begriff. Die schleswig-holsteinische Besonderheit des Universitätsrats, der neben den Aufgaben für die jeweiligen Universitäten auch damit betraut ist, die Struktur der Lehrangebote, die Profilbildung und die Forschungsschwerpunkte aller drei Hochschulen aufeinander abzustimmen, gehört künftig der Vergangenheit an. Dass es eine Monsteraufgabe war, für alle drei Universitäten im Land zuständig zu sein, leuchtet jedem ein, der sich insbesondere die Universitäten zu Lübeck und in Flensburg anschaut und diese miteinander vergleicht. Hier gibt es nur geringe Schnittmengen, sodass eine gemeinsame Beratung und Zuständigkeit hinsichtlich der Abstimmung von Lehrangeboten und Profilbildung nicht notwendig und auch nicht sinnvoll war.

Wir erachten die **Abschaffung des Universitätsrates** aber lediglich als einen Schritt in die richtige Richtung. Nach unserer Auffassung müssen wir auch über die nun an die Stelle des Universitätsrates tretenden Hochschulräte und ihre Aufgaben reden. Der Wunsch nach einer Reform auch bei diesem Gremium ist erneut in der schriftlichen Anhörung zu diesem Gesetzentwurf deutlich geworden.

Da die Landesregierung angekündigt hat, über die zukünftige Aufgabenverteilung innerhalb der Hochschulgremien noch Gespräche führen und Änderungsvorschläge hierzu dann im Zuge der angekündigten großen Novellierung des Hochschulgesetzes machen zu wollen, haben wir zu diesem Zeitpunkt

(Christopher Vogt)

auf eigene Vorschläge verzichtet, weil das wahrscheinlich wenig sinnvoll gewesen wäre. Wir begrüßen, dass die Landesregierung bei der Novellierung des Hochschulgesetzes nicht auf die Schnelle handelt, wie wir es bei anderen Gesetzesvorhaben der Koalition erlebt haben, sondern auf dem beschriebenen Wege.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns für eine solche Novellierung die notwendige Zeit nehmen und umfangreiche Beratungen durchführen. Denn das, was zum Misserfolg des Universitätsrates beigetragen hat, trifft mit Sicherheit, zumindest in einigen Punkten, auf die **Hochschulräte** zu. Dieses Hochschulgremium sollte die Universitäten in ihrer Autonomie stärken. Dennoch muss man den Eindruck gewinnen, dass es hier immer noch an Akzeptanz mangelt. Eine ungeliebte Institution, deren Mitglieder teilweise wenig bekannt sind, zwischen den Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen im engeren Sinne und der Politik beziehungsweise dem Ministerium hat es - das muss man ehrlich sagen - nicht unbedingt leicht. Es sollte deshalb aus unserer Sicht eine genaue Analyse der Aufgaben und ihrer Wahrnehmung durch die Hochschulräte durchgeführt werden. Erst dann sollte entschieden werden, ob weiterhin an diesem Gremium festgehalten werden soll, ob seine Aufsichtsfunktion gestärkt werden oder ob es stärker zu einem Beratungsgremium entwickelt werden soll.

Lassen Sie mich abschließend noch Folgendes sagen: Ich hoffe, dass wir uns bei der großen Novellierung über einen Vorschlag der Landesregierung unterhalten werden, der zeigt, dass den Hochschulen mehr Autonomie zugetraut wird. In dem Änderungsantrag, den wir gemeinsam mit CDU und PIRATEN eingebracht haben - ich spreche einmal für die CDU-Fraktion mit, Herr Kollege Günther; ich habe festgestellt, dass wir da beide großzügig sind -, haben wir das beantragt. Ich finde es bedauerlich, dass dem nicht zugestimmt wurde. Die Begründung für die Ablehnung ist aus meiner Sicht etwas dünn. Ich denke insbesondere an das, was der Kollege Tietze angeführt hat. Vielleicht lag es daran, dass das eigentlich die Rede des Herrn Andresen war.

„Erst grübeln, dann dübeln“, das würden wir uns auch bei anderen Gesetzentwürfen der Koalition wünschen, beim Vergabegesetz und so weiter. Es gibt ja auch noch einige Verfahren im Wirtschaftsausschuss. Wenn das die neue Linie ist, dann freue ich mich. Dann hat diese Debatte wenigstens etwas gebracht. -Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich dem Abgeordneten Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute noch einmal die Chance, über den kleinen Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hochschulgesetzes zu sprechen. In der vergangenen Woche haben wir dazu im Bildungsausschuss die schriftliche Anhörung ausgewertet. Die Ergebnisse waren nicht überraschend, aber wichtig für unsere Meinungsbildung.

Was die **Abschaffung des Universitätsrates** angeht, sind sich alle einig. Vor allem sind sich diejenigen einig, die damit vorrangig zu tun haben, nämlich die Universitäten. Und wenn die Universitäten dem zentralen Universitätsrat das Zeugnis ausstellen, dass er nicht gut genug ist, dass er nicht ausreichend effektiv ist, dann ist die Landesregierung gut beraten, diese Einschätzung ernst zu nehmen.

Schwieriger wurde es dann schon beim zweiten Punkt der Novelle. Es soll die Option geschaffen werden, einzelne **Baufaufgaben** auf das **Universitätsklinikum** zu übertragen. Die Begründung dafür ist der dringende Sanierungsbedarf bei gleichzeitig engen finanziellen Spielräumen des Landes. Damit kann der Sanierungsbedarf nicht ausschließlich als landesfinanzierte Baumaßnahme dargestellt werden, sprich: Das Land hat nicht das Geld, um das schleswig-holsteinische Universitätsklinikum, das saniert werden muss, zu sanieren. Das Ganze ist traurig, aber wahr. Da keiner eine Patentlösung in der Tasche hat, soll die Möglichkeit geschaffen werden, projektbezogen dem UKSH die Baumaßnahmen zu übertragen, die eigentlich dem Land zuzuordnen sind. Im Rahmen der Übertragung sollen verschiedene Finanzierungsvarianten erwogen werden. Wir sind auch dabei, nötige Sanierungsmaßnahmen über PPP-Modelle zu realisieren, sofern diese wirtschaftlich und sparsam und wenigstens ebenso gut oder besser als das alte Verfahren. Dabei soll das Finanzministerium im Einzelfall entscheiden und stets das letzte Wort haben.

Ich sage ganz ehrlich, dass wir Piraten mit PPP-Modellen nichts am Hut haben.

(Beifall PIRATEN)

Fakt ist aber auch, dass die Anhörung eindeutige Ergebnisse hervorgebracht hat. Warum machen wir diese Anhörung, wenn wir nicht auf das hören, was

(Sven Krumbeck)

dort gesagt wird? Darum weist der Antrag der Mehrheitsfraktionen in die von den Betroffenen gewünschte Richtung. Er nimmt die Stellungnahme des Vorstands des UKSH nicht nur ernst, sondern auch auf. Danach sollen die Aufgaben nach Zustimmung des Finanzministeriums unter strengen Vorschriften ganz oder teilweise dem Klinikum übertragen werden.

Weiter gehend ist der Antrag des Kollegen Günther, den wir an dieser Stelle unterstützt haben, weil er neben dem Klinikum auch die **Hochschulen** berücksichtigt; denn hier greift die gleiche Begründung wie bei dem UKSH: **Sanierungsstau**, keine ausreichenden Landesmittel, keine Idee, wie es sonst gehen kann. Genau darüber haben wir im letzten Jahr wiederholt in diesem Haus gesprochen: millionenschwere Fehlbeträge, wenn es um die Sanierung und die nötige Modernisierung geht. Also ist der Gedanke der Union natürlich richtig, hier einen Schritt weiter zu gehen und die ganz große Lösung zu fordern. Die Begründung, mit der die Mehrheit dies im Ausschuss abgelehnt hat, war dürftig. Man konnte dies nicht ohne erneute Rückkoppelung mit der Fraktion entscheiden. Das Ganze soll nun im Rahmen der großen Hochschulnovelle geleistet werden. Ich frage mich: Wenn man das auf die große Novelle schiebt, dann weiß man doch, dass die Regelung so kommen soll. Deshalb verstehe ich nicht, warum man sie nicht vorzieht. Das wäre pragmatisch. Ehrlich gesagt hatte ich schon ein bisschen den Eindruck, dass die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen ein bisschen verschreckt waren. Wenn sie ihrem eigenen Verstand gefolgt wären, hätten sie dem Antrag zustimmen müssen, aber keiner hat ihnen gesagt, ob sie das dürfen.

(Beifall Daniel Günther [CDU])

Sie haben es, vielleicht wirklich aus fachlicher Unsicherheit heraus, nicht getan. Das ist schade, aber nicht mehr zu ändern.

Ich möchte mich trotz allem bedanken, denn ich habe die Diskussion insgesamt als sehr sachlich empfunden. Das ist nicht immer so. Daher finde ich das gut. Ich hoffe, dass wir dem UKSH und den Hochschulen mit dieser kleinen Novelle helfen und bin gespannt, was Sie als Vorschlag für eine große Gesetzesnovelle einbringen. Ich glaube, darauf hoffen die Hochschulen mehr als auf klitzekleine Lösungen. Wer jetzt die Blockade aufrechterhält, muss im Landeshaushalt für Ersatz oder Millionen sorgen. Wir freuen uns schon auf die Anträge der Mehrheitsfraktionen zur großen Novelle.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW hat Frau Kollegin Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie alle wissen, dass der vorliegende Gesetzentwurf eher kleine Änderungen im Hochschulgesetz vorsieht. Wir werden im kommenden Jahr eine größere Novelle auf den Weg bringen. Der Grund für diese vorgezogene Gesetzesänderung liegt vor allem darin, dass wir zum Ende des Jahres wissen, in welcher Form das **Universitätsklinikum** baulich saniert werden kann. Für den Fall, dass diese riesige **Baufgabe** ganz oder in Teilen in Zusammenarbeit mit einem privaten Partner gelöst wird, wollen wir hier und jetzt Vorsorge treffen. Das ist der eine und in meinen Augen der wichtigste Grund.

Daneben gibt es einen weiteren Grund, warum wir in diese kleine Änderung des Hochschulgesetzes vorziehen mussten. Wie Sie wissen, geht es uns hier um den **Universitätsrat**. Es ist allgemein bekannt, dass die laufende Amtsperiode dieses Gremiums im September 2013, sprich: nächsten Monat, endet. Damit also nicht noch Mitglieder für die nächste Periode bestellt werden müssen, sorgen wir heute für die rechtlichen Grundlagen, die für eine Abschaffung notwendig sind. Hierfür ist es höchste Zeit.

Ich denke, dass wir uns über die vorgeschlagene Änderung im Bereich der Hochschulgremien einig werden können. Klar ist, dass der Universitätsrat seit der Gründung im Jahr 2007 nicht die erhofften Ergebnisse gebracht hat. Der schwierige Spagat zwischen der Beratung einzelner Universitäten einerseits und dem Blick auf die gesamte Hochschullandschaft andererseits ist ganz einfach nicht gelungen. Wir müssen erkennen, dass die notwendige Akzeptanz für dieses übergreifende Gremium bis heute nicht erreicht wurde. Logischerweise fordern die Kieler, Flensburger und Lübecker schon länger die Auflösung. Stattdessen soll es in Zukunft einzelne Hochschulräte an den jeweiligen Standorten geben. Genau dies macht der vorliegende Entwurf möglich.

Mit Blick auf die jüngsten Pressemitteilungen zum Thema Hochschulgesetz muss ich leider feststellen, dass wir beim zweiten Punkt dieser Gesetzesänderung wohl nicht ganz so nah beieinander liegen. Ich

(Jette Waldinger-Thiering)

will hier deutlich sagen, dass das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in meinen Augen ein klarer Sonderfall ist. Und hier denke ich gar nicht in erster Linie an den Umfang der notwendigen Investitionen. Das UKSH nimmt anders als unsere anderen öffentlichen Hochschulen am Wirtschaftsleben teil. Es ist der einzige Maximalversorger im Land und ist damit für die Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit hat das Universitätsklinikum also einen ganz anderen Auftrag als die anderen Hochschulen hier im Lande.

Auch wenn wir es nach wie vor bedauern, mussten wir feststellen, dass die Sanierung nicht aus Landesmitteln allein machbar ist. In diesem speziellen Fall kommen wir an der Beteiligung Privater ganz einfach nicht vorbei.

Unabhängig davon, ob das UKSH als Kreditnehmer auftritt oder ob die Sanierung gänzlich privat oder aber durch das Land mitfinanziert wird, ist eines klar: Das UKSH muss unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Möglichkeit erhalten, das Mammutprojekt „Bauliche Sanierung“ ganz oder in Teilen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung durchzuführen. Diese Möglichkeit muss nun einmal vor Abschluss des Vergabeverfahrens ins Hochschulgesetz, damit die Sanierung nicht noch weiter verzögert wird.

Diejenigen, die mit dieser Entscheidung den totalen Verlust von Einfluss befürchten, und die behaupten, wir würden uns völlig aus unserer Verantwortung für den Bau zurückziehen, kann ich beruhigen: Das Land Schleswig-Holstein ist meines Wissens immer noch mehrheitlich im Aufsichtsrat vertreten.

Grundsätzlich halte ich den **Einstieg privater Investoren** in unsere **Hochschullandschaft** für ein etwas anderes Thema. Der Bedarf der Universitäten ist unbestritten. Diese Koalition setzt bei den Investitionen aber bereits einen Schwerpunkt auf die Hochschulen. Auch wenn wir solche Beteiligungsformen in Ruhe prüfen werden, ist in diesem Fall aus Sicht des SSW Vorsicht geboten.

Ich will nur daran erinnern, dass wir als Land für die Hochschulplanung verantwortlich sind. Es ist unsere Pflicht, die Hochschulbaumaßnahmen zu koordinieren und zum Beispiel Fehlplanungen zu verhindern. Wir wollen nicht vorschnell wichtige Kompetenzen aus der Hand geben und nicht zuletzt durch die Zusammenarbeit mit der GMSH Synergi-

en heben. Welche Möglichkeiten und Grenzen es im Einzelnen gibt, müssen wir bis zur großen Novelle im kommenden Jahr herausarbeiten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Deshalb lasse ich jetzt über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/710, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW und die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer diesen Gesetzentwurf ablehnen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer Enthält sich? Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen von SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 6 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Anerkennungsgesetzes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/994

(Zurufe)

- Ich wüsste auch gern, was los ist. Es herrscht hier jedenfalls Unruhe. Sie haben offensichtlich etwas vereinbart, was hier oben nicht angekommen ist. - Bitte schön, Frau Abgeordnete Herdejürgen.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben vereinbart, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung ohne Aussprache dem Ausschuss überwiesen wird.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Überweisung des Gesetzentwurfs, Drucksache 18/994, an den Wirtschaftsausschuss.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bildung auch! - Astrid Damerow [CDU]: Und Innen und Recht!)

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

- Ich bitte jetzt die Parlamentarischen Geschäftsführer, mich darauf hinzuweisen, an welche Ausschüsse dieser Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/994, überwiesen werden soll. - Zunächst ist vorgeschlagen worden, den Gesetzentwurf dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Dann wurde vorgeschlagen, den Gesetzentwurf mitberatend dem Bildungsausschuss sowie dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1019

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile Herrn Innenminister Andreas Breitner das Wort.

Andreas Breitner, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des **Polizeiorganisationsgesetzes** sollen die formalen Voraussetzungen zur Zusammenlegung der Polizeidirektionen Husum und Flensburg geschaffen werden. Die Zusammenlegung ist ein weiterer Baustein in dem Bemühen der Landespolizei, sich angesichts gestiegener Anforderungen zukunftsfähig aufzustellen. Dazu gehört auch eine effiziente Organisation der Polizei. Wir wollen dadurch unsere Kräfte bündeln. Die **Zusammenführung der Polizeidirektionen Husum und Flensburg** führt zu effizienten Führungs- und Stabsstrukturen. Zugleich wird eine Polizeidirektion geschaffen, die sich mit ihrer zukünftigen Personalstärke in den geltenden Rahmen der Landespolizeidirektion einfügt.

Zusätzlich werden dann mit der Fusion folgende Ziele erreicht: Die strategische Planung von Präsenz, Prävention, Kriminalitätskontrolle und Verkehrssicherheitsarbeit für den nördlichen Landesteil wird verbessert. Eine größere Flexibilität des Personal- und Sachmitteleinsatzes ermöglicht es, bislang zu kurz gekommene Aufgaben zu erfüllen. Die Führungsspanne wird deutlich reduziert. Personalstärkere Dienststellen sorgen dafür, dass die Standards bezüglich Reaktionszeiten und Eigensicherung gewährleistet sind. Insbesondere mit Blick auf Nacht- und Wochenenddienste wird die Belastung

gleichmäßig verteilt. Außerdem wird die Erreichbarkeit zentraler Dienststellen im ländlichen Bereich verbessert.

Die Fusion der Polizeidirektionen wird in einem langfristig angelegten Projekt bereits seit März 2011 vorbereitet und von Mitarbeitern, den Dienststellen und dem Personalrat positiv bewertet. Diese Zustimmung gründet sich auch in dem Wissen, dass mit der Fusion keinerlei Einschränkung der **Sicherheit** für die **Menschen im nördlichen Landesteil** verbunden sind. Die Präsenz in der Fläche, eine schnelle Erreichbarkeit der Einsatzorte und Bürgernähe bleiben gewährleistet. Die Landespolizei ist und bleibt auch in Zukunft der Garant für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Astrid Damerow.

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade in Zeiten knapper Kassen und ständig wachsender Herausforderungen für unsere **Polizei** braucht diese eine **straffe Organisation**. Dabei stimme ich dem Herrn Innenminister ausdrücklich zu. Das bedeutet, bestehende Strukturen müssen überprüft und wenn nötig Änderungen vorgenommen werden.

In der Polizeistrukturreform von 2004 war die Polizeidirektion Husum ein Sonderfall, da sich dabei die Zuständigkeit nur auf einen Kreis beschränkte im Gegensatz zu anderen Direktionen, die entweder für zwei Kreise oder einen Kreis und eine kreisfreie Stadt zuständig sind. Das funktioniert im Übrigen nicht immer ganz reibungslos und stellt für einige eine große Herausforderung dar.

Meine Fraktion hat es damals sehr begrüßt, dass bereits zu Anfang der vergangenen Legislaturperiode der damalige CDU-Innenminister eine Überprüfung dieser Polizeiorganisation initiierte. Das Ergebnis zeigte, dass eine Fusion der nördlichen Polizeidirektionen sinnvoll sei. Dies hat dann die damalige Landesregierung vorangetrieben. Dabei wurde sie sehr intensiv von der Polizeidirektion Husum unterstützt.

(Astrid Damerow)

Ich möchte deshalb an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und allen Mitarbeitern der Direktion Husum für ihre überaus konstruktive Mitarbeit danken; denn gerade die Mitarbeiter dieser - nun aufzulösenden - Direktion werden die Veränderungen ihres Arbeitsumfeldes in Zukunft am stärksten spüren. Sie haben dennoch den gesamten Prozess stets positiv begleitet und damit den Nutzen für unser Land und unsere Landespolizei vor die eigenen Wünsche und Befindlichkeiten gestellt.

(Beifall CDU und SPD)

- Danke sehr. - Das war sicherlich nicht immer leicht und verdient unseren Respekt.

Doch bei allen Optimierungsanstrengungen muss immer klar sein, dass sich die Polizeiorganisation nach den Anforderungen richten muss, keinesfalls umgekehrt. Das **Sicherheitsbedürfnis** unserer **Bürgerinnen und Bürger** muss beachtet werden. Und - ganz wichtig -: Polizei muss für die Menschen sichtbar bleiben, damit sie als Teil unserer Gesellschaft wahrgenommen werden kann.

Mehr Zentralisierung in den Leitungsebenen darf keinesfalls zu weniger Polizei in der Fläche führen. Dies sicherzustellen liegt in der Verantwortung der Landesregierung und ist Voraussetzung dafür, dass diese Organisationsänderung im nördlichen Landesteil ein Erfolg wird.

Polizeipräsenz in der Fläche zu sichern ist allerdings etwas, was für ganz Schleswig-Holstein gelten muss. In diesem Zusammenhang spreche ich beispielhaft die Polizeidirektion Kiel an. Hier haben wir große Diskussionen, insbesondere im Kreis Plön, die ich durchaus nachvollziehen kann; wir haben darüber hier schon debattiert. Die Schließungspläne der Landesregierung für Polizeistationen ab drei Mitarbeitern lehnen wir deshalb weiterhin ausdrücklich ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir schon über Reformen der Polizeistruktur sprechen, brauchen wir allerdings vom Innenminister auch einmal Fakten und ein Gesamtkonzept für die Zukunft der Landespolizei Schleswig-Holstein. Offene Fragen gibt es zuhauf: Wie sehen die **Aufgaben der Polizei** in Zukunft aus? Wie begegnen wir sich ändernden Kriminalitätsformen? Wir diskutieren gerade heute über das Thema Cybercrime. Wie viel Prävention brauchen wir und wie viel können wir uns leisten? Wie gehen wir mit zunehmender Gewalt gegen Polizisten um? Wie erhalten wir ausreichenden und qualifizierten Nachwuchs? Auf welche Aufgaben der Polizei müssen wir verzichten, um mit der vorhandenen Personalstärke klarzukom-

men? Wollen wir uns wirklich damit abfinden, dass wegen Personalmangels bestimmte Delikte nicht ausreichend verfolgt werden können? Ist es angesichts der Kriminalstatistik weiter zu vertreten, dass Schleswig-Holstein nahezu die geringste Polizeidichte und die niedrigsten Polizeiausgaben pro Einwohner hat?

Das, Herr Innenminister, sind nur einige Fragen, auf die wir noch keine Antworten erhalten haben. Stattdessen beglückt diese Landesregierung die Polizisten mit der Kennzeichnungspflicht und mit völlig unklaren Aussagen zum Personalabbau. Das verunsichert, schafft Frustration und ist vollkommen ungenügend.

Für die CDU Fraktion gilt nach wie vor: Aufgabenkritik - ja, unbedingt; Frau von Kalben hat es heute Morgen schon eingefordert. Effiziente Leitungsstrukturen - selbstverständlich. Aber Rückzug aus der Fläche - nein. Ein weiterer Personalabbau wird auch in Zukunft mit der CDU-Landtagsfraktion nicht zu machen sein. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und Unruhe SPD - Zuruf SPD:
Und was sagen Sie zum Stellenabbaukonzept?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Simone Lange.

Simone Lange [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Änderung des **Polizeiorganisationsgesetzes** - genau das ist es, was uns heute vorliegt und worüber wir in Erster Lesung beraten -

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ist, wie der Innenminister richtigerweise sagte, eine notwendige Anpassung an eine Entwicklung, die ihren Ursprung im Jahr 2004 hat, nämlich in der Polizeistrukturreform. Damals gingen 15 Polizeiinspektionen in eine neue Ebene - acht Polizeidirektionen - über. Mit Ausnahme von Flensburg und Husum wurden landesweit jeweils zwei Kreise beziehungsweise eine kreisfreie Stadt und ein Kreis einer Polizeidirektion zugeordnet.

Der abweichende Behördenzuschnitt im Bereich Flensburg und Husum hat sich mit Blick auf das gesamte Land jedoch nicht bewährt, sodass diese **Strukturanpassung** notwendig wurde und auch

(Simone Lange)

aus der Polizei heraus gewünscht worden ist. Dies ziehen wir heute durch die Gesetzesänderung nach. Die Polizeidirektion Husum und die Polizeidirektion Flensburg fusionieren zu einer Polizeidirektion mit Sitz in Flensburg.

Allerdings: Die Veränderung der Dienststellenstruktur zeigt uns auch - mit Blick auf die Zukunft -, worauf wir schauen müssen. Ein Beispiel: Das Polizeibezirksrevier in Flensburg gibt es nicht mehr. Seine Aufgaben, auch **Personal**, wurden dem Polizeiautobahnrevier zugeordnet. Die Optimierung der polizeilichen Arbeit bedeutet zum Beispiel ein Weniger an Schwerpunktdiensten und ein Mehr an Wechselschichtdiensten. Das heißt vor allem für die dienstälteren Kolleginnen und Kollegen, dass die Ausweichmöglichkeiten auf Schwerpunktdienststellen weniger werden und sie länger den körperlich belastenden Wechselschichtdienst versehen müssen. Für die Kolleginnen und Kollegen der Kriminalpolizei im nördlichen Bereich bedeutet dies in Bezug auf den nächtlichen Bereitschaftsdienst einen fast doppelt so großen Zuständigkeitsbereich und damit eine besondere Herausforderung.

Mit Blick auf die gesamte **Struktur der Landespolizei** ist diese einheitliche Behördenstruktur aber Grundlage für eine optimalen Organisation. Unter den aktuellen Bedingungen ist das Bündeln aller Kräfte notwendig, um effiziente Strukturen zu schaffen. Effiziente Strukturen sind aber genauso notwendig wie die Ressource Mensch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Beides wissen wir bei Innenminister Andreas Breiter in sehr guten Händen. Gemeinsam werden wir unter Beachtung all dieser Notwendigkeiten unsere Landespolizei zukunftsfähig aufstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will die Gelegenheit nutzen, unseren Dank allen auszusprechen, die im Rahmen der Alltagsorganisation die Zusammenlegung beider Direktionen konzipiert haben und die bereits mit der Umsetzung bereits befasst. Ich erlaube mir, insbesondere die Polizeidirektion Flensburg zu nennen, die durch die landesweite Umverteilung des Personals sowie durch die Ad-hoc-Situation an der Rader Hochbrücke zusätzlich und mehrfach belastet ist. Dieser Direktion möchte ich ausdrücklich danken und ihr unsere Anerkennung zollen.

(Beifall)

Ich bin mir sicher, dass die im Alltagsbetrieb noch bestehenden Schwierigkeiten - diese werden wir an

der einen oder anderen Stelle wahrscheinlich immer haben - gemeinsam bewältigt werden. Liebe Landespolizei, unsere Unterstützung haben Sie auf jeden Fall.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort für die Abgeordneten der Grünen erteile ich dem Kollegen Burkhard Peters.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich den lichtvollen Ausführungen meiner Vorrednerin in vollem Umfang an. Als Polizistin weiß sie zudem viel besser davon zu berichten als ich. Ich schließe mich auch ausdrücklich ihrem Dank an die Polizei in Schleswig-Holstein an und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir waren ein bisschen überrascht - nicht von der kurzen Rede des Kollegen Peters, sondern davon, dass es zu diesem Thema überhaupt zu einer Aussprache kommt. Faktisch wurde die **Zusammenlegung** schon vor einigen Jahren vorbereitet; sie wird bis heute im Alltag praktiziert. Es handelt sich im Prinzip nur noch um den notwendigen gesetzestechnischen Vollzug einer Maßnahme, die - so war jedenfalls bislang mein Eindruck - in diesem Parlament komplett unumstritten ist.

(Beifall FDP)

Die besonderen Anforderungen der Schuldenbremse zwingen uns, sämtliche Ausgaben des Landes auf den Prüfstand zu stellen. In diesem Zusammenhang war es notwendig, ist es notwendig und wird es weiterhin notwendig sein, bestehende **Strukturen** daraufhin zu überprüfen, ob sie verbesserungswürdig sind und ob wir mit einem geringeren finanziellen Aufwand zumindest gleich effektiv, bestenfalls sogar effektiver wirtschaften können.

(Dr. Heiner Garg)

Insofern ist es aus unserer Sicht vollkommen richtig und konsequent, dass die im Jahr 2004 vom damaligen Innenminister Klaus Buß angestrebte Neuordnung der schleswig-holsteinischen Polizeiorganisationsstruktur jetzt eine logische Fortentwicklung erfährt.

Es wird im Übrigen immer wieder notwendig sein, dass wir eine gewisse strukturelle Flexibilität an den Tag legen, wenn es darum geht, die Verwaltung oder unsere Polizeistruktur auf sich ändernde demografische Gegebenheiten einzustellen.

Wichtig ist mir, dass wir diese Maßnahme unabhängig von der derzeitigen Diskussion über den Rückzug der Polizei aus der Fläche betrachten; hierüber hatten wir in der Juni-Tagung eine lebhafte Auseinandersetzung. Es hat keinen Sinn, die damals vorgetragenen Argumente unter dem heutigen Tagesordnungspunkt aufzuwärmen; denn genau darum geht es an dieser Stelle nicht.

Deswegen sage ich - Kollege Peters, ich hole Sie nicht ganz ein, aber ich mache es kurz -: Der vorliegende Vorschlag der Landesregierung zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Polizeiorganisationsgesetzes ist richtig. Aus diesem Grund ist es nicht meine Aufgabe, nur deshalb in den Wein zu gießen, weil dieser Vorschlag von der Landesregierung kommt. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Piratenfraktion hat der Kollege Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Ich habe nicht die Absicht, mich ganz so kurz zu fassen wie Sie. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Mehr Indianer - weniger Häuptling“ ist die Überschrift, unter dem all das passiert. Dem kann ich natürlich - genau wie der Kollege Garg, der Kollege Peters und die Kollegin Lange - nur zustimmen. Deswegen weiche ich komplett von meinem Redemanuskript ab und halte die Rede jetzt frei.

Sie haben die richtigen Ansätze verfolgt. Allein durch die neue ORGA neue Indianer zu schaffen, ist nicht möglich. Dazu hätten Sie auch einige Polizeistationen im Kreis Nordfriesland erhalten müssen, was Sie jedoch nicht getan haben. Auch vor dem Hintergrund, dass das schon im Jahre 2004

auch von der CDU mit vorbereitet wurde, ist die Kritik von Frau Damerow an dem, was da oben passiert, ein bisschen zu relativieren. Daran war auch Herr Schlie schon beteiligt.

Was mich ein bisschen stört, ist Folgendes: Damals hat Herr Buß - darauf haben Sie hingewiesen, Herr Garg - gesagt, das Acht-plus-eins-Modell sei von der Fachebene gekommen, es sei nicht vom Ministerium bestellt worden. Ich habe jetzt nicht erkennen können, wo sich die sachliche Ebene verändert hat, außer dass wir eine haushalterisch veränderte Lage haben und kein Geld mehr dafür haben. Der einzige Vorteil an dem **neuen Modell**, den ich wirklich sehe, ist, dass wir tatsächlich eine **Kongruenz** zwischen der **polizeilichen und der staatsanwaltschaftlichen Zuständigkeit** haben. Da wird sich mit Sicherheit einiges an Synergieeffekten erreichen lassen. Das ist zu begrüßen.

Ansonsten lässt sich auch durch keine noch so gute **Polizeireform** das Gesetz von Raum und Zeit außer Kraft setzen. Die Kollegin Lange hat darauf hingewiesen, dass es der lange Weg von Flensburg nach Husum für den Bereitschaftsdienst extrem anstrengend und auch zeitaufwändig ist und dass die Polizei eben nicht zeitnah vor Ort eingesetzt werden kann und durchgreifen kann. Daran müssen wir deutlich etwas tun. Da wünschte ich mir auch einen besseren Schwerpunkt.

Damit komme ich schon zum Ende. Vielleicht sollten wir einmal über den misslungenen Digitalfunk und die nicht funktionierenden Regionalleitstellen sprechen. Sie würden eine gute und flexiblere Polizeiarbeit ermöglichen. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW hat der Kollege Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass sich die **Landespolizei** in einem umfassenden **Umstrukturierungsprozess** befindet, ist an dieser Stelle für uns alle im Hause nichts Neues. Diese Neuorganisation umfasst nicht nur Personalien und technische Erneuerungen, sondern auch die ganz allgemeine Struktur der Polizei im Land.

Präsenz und schnelle Erreichbarkeit am Einsatzort haben dabei absolute Priorität. Daran wird sich auch in Zukunft, sprich mit einer Fusion der Polizeidirektionen von Husum und Flensburg, nichts

(Lars Harms)

ändern; daran hat sich ja auch schon in der Praxis nichts geändert. Ganz im Gegenteil: Hier geht es um eine Effektivitätssteigerung. Die Verbesserung der **Effizienz der Polizeiarbeit** ist ein Ziel, das die Landespolitik sich schon vor zehn Jahren auf die Fahnen geschrieben hat. Damals standen die Vermeidung von Doppelarbeit und die Verkürzung von Informations- und Kommunikationswegen im Vordergrund - eine Thematik, die auch heute noch nicht einfach so abgehakt ist.

Die Landespolizei hat sich im letzten Jahrzehnt mit Sicherheit ein ganzes Stück nach vorne bewegt. Doch der Weg ist nicht zu Ende. Im vorliegenden Polizeiorganisationsgesetz sind weitere Schritte vorgegeben. Hier soll eine **Effizienzsteigerung** zugunsten des Streifen- und Ermittlungsdienstes erbracht werden. Der Grundsatz muss daher lauten: Wo Polizei draufsteht, muss auch Polizei drin sein. In der zukünftigen Polizeidirektion wird demnach 100 % Polizei drin sein, und das zu jeder Tages- und Nachtzeit, was in der Vergangenheit nicht immer gegeben war. Nur so kann sich der Bürger darauf verlassen, auch einen Ansprechpartner anzutreffen, und nur so kann die Bürgernähe zu 100 % gewährleistet werden. So sieht zeitgemäße Polizeiarbeit in Schleswig-Holstein aus.

(Beifall SSW)

In einem anderen Fall hat sich ganz aktuell gezeigt, dass die Aufgabenerfüllung einer Direktion oder die von einem ähnlichen Organ auch in Situationen gewährleistet werden muss, in denen einige Kollegen - zum Beispiel in einem Stellwerk - Urlaub haben, krankgeschrieben sind oder zur Fortbildung sind. Alles andere führt anscheinend zu chaotischen Zuständen. Dies gilt es zu vermeiden.

Der nördliche Landesteil gewinnt jetzt an Flexibilität. Für diese Flexibilität müssen wir uns im Sinne der Bürger entsprechend stark machen. Mit einer unflexiblen Direktion ist niemandem geholfen. Das wäre in etwa so, als ließen wir Polizeiarbeit nur zu ganz bestimmten Zeiten zu. Das kann keiner wollen. Deshalb müssen die Polizeidirektionen jetzt zukunftsfähiger gemacht werden. Die Landespolizei muss Handlungsspielräume gewinnen, damit die jeweilige Direktion auch auf der Höhe der Zeit agieren kann. Der Minister hat es schon einmal zutreffend formuliert: Effizienz geht vor Nostalgie. Was wir brauchen, ist eine **starke Polizeidirektion**, die die **kleinen Polizeistationen vor Ort** auch unterstützen kann. Vor diesem Hintergrund ist eine Fusi-

on der Polizeidirektionen in Husum und Flensburg unabdingbar.

Sinnvoll ist auch, dass diese Fusion nicht einfach von oben herab verordnet wird, sondern hier macht es Sinn, die entsprechenden Entscheidungen vor Ort zu treffen. Somit gestalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch was die Aufrechterhaltung von Standorten angeht, in den jeweiligen Direktionen ihre neue Struktur mit. Die jeweiligen Polizeidirektionen befinden sich natürlich nicht in einem luftleeren Raum. Deshalb wurden und werden die betreffenden Kommunen, Fachverbände und Gewerkschaften frühzeitig in den Neuorganisationsprozess einbezogen. Die Fusion wird auch nicht von heute auf morgen durchgeführt, sondern sie verläuft schrittweise schon seit mehreren Jahren. Die **Kooperation** zwischen **Husum und Flensburg** gestaltet sich schon jetzt sehr vertrauensvoll. Wer einmal dort war, kann dies nur bestätigen. Die Ausgangsposition ist somit hervorragend. Ich bin zuversichtlich, dass die weitere Zusammenarbeit in den nächsten Jahren reibungslos verlaufen wird und dass die Polizeiarbeit im nördlichen Landesteil damit perfektioniert wird. - Schönen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/1019 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung für den heutigen Tag sieht keine weiteren Punkte vor. Damit schließe ich die heutigen Beratungen und wünsche Ihnen allen einen schönen Nachmittag und einen guten Abend. Wir sehen uns morgen früh um 10 Uhr hier im Plenarsaal wieder. Bis dahin alles Gute!

Schluss: 17:07 Uhr

Reden zu Protokoll

Erste Lesung des Entwurfs eines Anerkennungsgesetzes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/994

Tobias von Pein [SPD]:

Meine Damen und Herren! Erst einmal vielen Dank an die Regierung für den zeitnah vorgelegten Gesetzentwurf. Es ist richtig, dass wir in Schleswig-Holstein für die landesgesetzlich geregelten Berufe ähnliche Voraussetzungen festschreiben sollten, wie sie im Bund vorgeschrieben sind. Immerhin geht es dabei um ein wichtiges Ziel: Menschen, die aus anderen Ländern nach Deutschland kommen, sollen hier arbeiten können.

Dazu gehört meiner Meinung nach auch eine vernünftige Lösung für die Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse. Das bringt nicht nur dem Arbeitsmarkt was, wo in vielen Bereichen Fachkräfte gesucht werden. Es nützt auch den Menschen, die hier herkommen und Arbeit suchen, und wenn es darum geht, ihre Qualifikationen und Fähigkeiten in den neuen Job einzubringen.

Deutschland tut sich schwer mit dem Abbau von Diskriminierungen am Arbeitsmarkt - ob es nun, wie mit dem vorliegenden Gesetz, um die Anerkennung von Qualifikationen geht, oder um andere Beschränkungen bei Zugang und beruflichem Aufstieg. Vielfalt und Unterschiedlichkeit wird erst langsam ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenskultur. Zum Glück sind viele Betriebe bereits auf einem guten Weg. Aber es gibt noch viel zu tun!

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte dieses wichtige Thema bei dieser Debatte zunächst etwas grundsätzlicher aufgreifen. Die Landesregierung hat schon gewusst, warum sie das Gesetz der schwarz-gelben Bundesregierung nahezu eins zu eins übernommen hat, von daher müssen wir die Debatten der Bundesebene hierzu nicht komplett wiederholen.

Meine Damen und Herren, viel zu lange wurde in diesem Land das vorhandene Potenzial vieler Menschen, die hier leben und über im Ausland erworbene Qualifikationen verfügen, sprichwörtlich links liegen gelassen. Damit wurde nicht nur vorhande-

nes wirtschaftliches Potenzial verschenkt, sondern es wurden vor allem diesen Menschen Chancen in unserem Land verbaut. Es ist bedauerlich, dass dieses Problem erst mit dem 2011 beschlossenen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz angepackt wurde. Die Zuwanderungspolitik der Vergangenheit war oft völlig kurzsichtig, und anstatt dringend benötigte Fachkräfte, die nach Deutschland kommen wollten, mit offenen Armen zu empfangen, wurde nicht selten mit Ressentiments gespielt und mit populistischen Parolen wie „Das Boot ist voll“ oder „Kinder statt Inder“ gezeigt, dass diese hier gar nicht willkommen sind. Ich möchte da keineswegs mit dem Zeigefinger auf einzelne Parteien zeigen. Es haben da leider viele mitgemacht, auch Gewerkschaften und Parteien des linken Spektrums. Ich hoffe jedenfalls, dass solche Fehler künftig nicht wiederholt werden. Als jüngstes Beispiel lässt sich auch anführen, dass wir von Pflegekräften aus EU-Ländern anfänglich ein unangemessen hohes Sprachniveau verlangt haben.

Auch wenn es vielleicht nur mittelbar damit zu tun hat, weil es sich um Bürgerkriegsflüchtlinge handelt: Es bereitet mir große Sorgen, dass derzeit in Berlin-Hellersdorf Menschen, die bei uns Schutz suchen, von der Polizei vor einem aggressiven Mob geschützt werden müssen. Die NPD mischt da vor Ort kräftig mit, und ich hoffe, dass es zu keinen Übergriffen kommt und sich die Lage schnell beruhigt. Es ist auf jeden Fall eine große Schande, was da derzeit in Berlin vor sich geht.

Der Blick zurück zeigt uns ja auch, dass die Warnungen und Schreckensszenarien von der Industrie - auch den Gewerkschaften - vor einer ungezügelter Zuwanderung nach Deutschland mit der Öffnung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die osteuropäischen Staaten nicht zutreffend waren. Vielmehr müssen wir uns rückwirkend fragen, ob nicht gerade zu lange Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit manche Probleme erst haben entstehen lassen.

Wenn man sich mit dem demografischen Wandel und den Auswirkungen auf unseren Arbeitsmarkt beschäftigt, dann stellt man fest, dass wir, wenn wir unser Wohlstandsniveau langfristig halten wollen, erstens eine bessere Ausschöpfung der hier vorhandenen Potenziale brauchen - damit meine ich vor allem eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf - sowie insgesamt eine größere Anzahl höher qualifizierter Arbeitskräfte und zweitens eine höhe-

re Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland. Verließen 2008 und 2009 noch mehr Menschen dieses Land als hineinkamen, so hat sich dieser Trend seitdem umgekehrt. 2012 gab es ein positives Wanderungssaldo. Es kamen rund 369.000 Menschen mehr in unser Land, als unser Land verließen. 43 % der Zuwanderer 2010 hatten einen Hochschulabschluss vorzuweisen und waren damit besser qualifiziert als die durchschnittliche Bevölkerung.

In den letzten vier Jahren hat die schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene die gesetzlichen Weichen für einen notwendigen Zuzug von Fachkräften gestellt:

So wurden zum Beispiel die nachzuweisenden Mindesteinkommengrenzen für zuwanderungswillige Fachkräfte aus Drittstaaten deutlich gesenkt; der Zeitraum, in dem ausländische Hochschulabsolventen nach Abschluss ihres Studiums in Deutschland zur Suche eines Jobs aufenthaltsberechtigt sind, wurde von 12 auf 18 Monate verlängert, und die mögliche Nebenbeschäftigungszeit von Studenten wurde von 90 auf 120 Tage erhöht, um nur einige Punkte zu nennen.

Unser Land benötigt eine offene Willkommenskultur. Diese kann nicht angeordnet oder beschlossen werden, die muss vielmehr täglich neu vorgelebt werden - von der Politik ebenso wie von der Wirtschaft, den Gewerkschaften und der Gesellschaft allgemein. Darauf wird es nun entscheidend ankommen, ob es uns gelingt, die benötigten Arbeitskräfte anzuwerben, um weiterhin erfolgreich zu sein und um unser Wohlstandsniveau dauerhaft halten zu können. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.